

Thüringen

SPD

Beschlüsse des Parteitag

Landesparteitag der SPD Thüringen
Erfurt, 23. März 2019

www.spd-thueringen.de

Inhaltsverzeichnis

A1	Regierungsprogramm 2019-2024.....	3
B1	Familienrecht vs. Kindeswohl	50
I1	Für einen echten Schutz von Urheber*innen und den Erhalt des freien Internets – Aktuellen Entwurf der EU-Urheberrechtsreform ablehnen	50
I3	Dopingstrukturen in Thüringen aufarbeiten und Konsequenzen ziehen	50
I4	Angleichung der Arbeitszeit Ost – für die 35-Stundenwoche in der Metall- und Elektroindustrie Ostdeutschlands	51

A1 | Regierungsprogramm 2019-2024

Mutig. Konkret. Sozial. Lust auf Zukunft. Lust auf Thüringen.	3
Unsere Politik. Was wir tun werden.	5
... für einen guten Start ins Leben - mit guten Kindergärten	5
... für eine gute Schule	7
... für das Lernen ein Leben lang - gute Erwachsenenbildung	11
... für Familien	11
... für junge Menschen	12
... für bezahlbare Mieten	13
... für einen lebenswerten ländlichen Raum	14
... für gute Arbeit jetzt und für morgen	15
... damit Arbeitssuchende fair behandelt werden	17
... auf dem Weg in die digitale Gesellschaft	18
... für eine digitale Verwaltung – modern, einfach, bürgernah	19
... für eine starke und innovative Wirtschaft	21
... für eine gute Gesundheitsversorgung	24
... für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen	25
... für ein sicheres Thüringen	26
... für ein starkes demokratisches Gemeinwesen	30
... für die Gleichberechtigung der Geschlechter	31
... für eine starke Wissenschaft, gute Lehre und innovative Forschung	32
... für Zugewanderte und ihre Familien	35
... für ein gutes und sicheres Leben von Seniorinnen und Senioren	37
... für Menschen mit Behinderung	38
... für eine pragmatische Umweltpolitik, nachhaltige Landwirtschaft und verantwortungsvollen Tier- und Verbraucherschutz	39
... für den Durchbruch erneuerbarer Energien	43
... für zukunftsweisende Mobilität	44
... für eine lebendige Kultur	45
... mit Lust auf Europa und die Welt	47
... für solide Finanzen und Gestaltungsspielräume von morgen	48
... für ein sportliches Thüringen	49

Mutig. Konkret. Sozial. Lust auf Zukunft. Lust auf Thüringen.

Thüringen geht es gut. Wir können stolz sein auf die Leistung der letzten Jahrzehnte: Die Wirtschaft floriert, die Arbeitslosigkeit ist niedrig, Wissenschaft und Kultur haben internationalen Rang, Investitionen in Städte und Gemeinden konnten deren Gesicht positiv verändern. Es lebt sich gut in Thüringen. Thüringen ist stark. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten auf allen politischen Ebenen haben dazu einen wichtigen Beitrag geleistet. Wir können stolz sein auf diese überaus positive Entwicklung. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben mit Überzeugung, Sachverstand und Durchsetzungskraft an den entscheidenden Stellen in Kommunen, in Land und Bund unseren Beitrag geleistet, dass Deutschland, dass Thüringen so stark ist. In den Regierungen und Landtagen der letzten Legislaturen hat sich die Sozialdemokratie als zukunfts zugewandte, vor allem aber als stabilisierende, verlässliche und zwischen der Politik für wenige und für das Gemeinwohl ausbalancierende Kraft erwiesen.

Wir haben eine lange Tradition, wir wissen um unsere Mission und haben den Mut, eine Vision zu entwickeln. Wir stehen seit mehr als 150 Jahren für Solidarität, Gerechtigkeit und Freiheit. Diesen Anspruch will unsere Politik auch zukünftig verkörpern: Den sozialen Zusammenhalt in diesem Land zu sichern. Die zunehmende Individualisierung, den Rückzug ins Private nehmen wir nicht einfach als unveränderbar hin. Wir wollen eine Gesellschaft, in der Mitmenschlichkeit einen höheren Wert hat als Egoismus und Ausgrenzung. Wir wollen eine offene Gesellschaft, die Teilhabe auf allen Ebenen ermöglicht und die Menschen positiv in die Zukunft blicken lässt. Wir sind überzeugt: Sozialdemokratische Politik ist notwendiger denn je. Deshalb werben wir um das Vertrauen der Wählerinnen und Wähler.

Zu viele schauen voller Sorge in die Zukunft. Es geht unserem Land besser als je zuvor, doch zu viele sind zutiefst verunsichert. Vielen Menschen geht es so gut wie nie zuvor, aber noch zu wenige haben teil an diesem Wohlstand. Die Polarisierung der Gesellschaft schreitet voran. Die ungleiche Teilhabe am Wohlstand und die Ohnmacht, die gesellschaftlichen Entwicklungen zu beeinflussen, schürt Unmut und hinterlässt Zweifel am politischen System, an unserer Demokratie. Auch die Sozialdemokratie hat einen Anteil an dieser Situation in Deutschland. Wir haben Ungerechtigkeiten zugelassen.

Wir Ostdeutsche haben viel erreicht. In den vergangenen Jahrzehnten haben wir eine enorme Aufbauleistung vollbracht. Trotzdem sind noch immer in vielen Bereichen die Löhne im Osten niedriger als im Westen, noch immer droht eine anwachsende Altersarmut. Nicht wenige haben das Gefühl, ihre Lebensleistung werde nicht anerkannt. Es bleibt deshalb eine zentrale Aufgabe für uns, Ostdeutschen Respekt für ihre Lebensleistung zu zollen, die Unterschiede weiter abzubauen und selbstbewusst ostdeutsche Erfahrungen und Positionen geltend zu machen.

Wir werden die Menschen stärker in die politische Entscheidungsfindung einbeziehen. Wir stellen uns noch mehr den Lebenswirklichkeiten und entwickeln daraus gemeinsam mit den Betroffenen unsere Politik. Unsere SPD ist offen für andere Sichtweisen, für neue Wege, offen für Gleichgesinnte, die mit uns Zukunft neu denken. Die SPD will unser Land aktiv gestalten und mit frischen Ideen ins nächste Jahrzehnt führen. Allein schaffen wir das nicht. Wir verbünden uns mit den Partnern aus der Zivilgesellschaft, denn diese aktive Beteiligung trägt unsere Gemeinschaft.

Uns leitet ein neuer Politikansatz: In Thüringen zeigen was geht. Wir bleiben nicht stehen beim Aufdecken von Ungerechtigkeiten und Problemlagen, wir maßen uns nicht an, durch politisches Handeln allein die Situation zum Besseren wenden zu können. Wir wollen stattdessen zeigen, wo in Thüringen positive Beispiele der Problemlösung zu finden sind, wir befördern Vorreiterprojekte. Wir werden Menschen verstärkt ermutigen und in die Lage versetzen, vor Ort Gelungenes auf ganz Thüringen zu übertragen. Mit einer neuen Qualität des Dialogs und der gegenseitigen Bestärkung werden wir so unseren Beitrag dazu leisten, in der Bevölkerung mehr Verständnis für die politischen Prozesse zu wecken, populistische Scheinlösungen zu entlarven und Bürgerinnen und Bürger aus der Rolle des Zuschauens und Beklagens in die des gemeinsamen verantwortungsvollen Gestaltens unseres Gemeinwesens zu führen.

Tagespolitik und Vision sind kein Gegensatz. Wir legen dieses Regierungsprogramm vor, das unsere politischen Projekte der kommenden Legislatur beschreibt. Darüber hinaus haben wir Leit- und Orientierungslinien, die über eine Legislatur hinausreichen. Langfristige Ziele lassen sich in der praktischen Politik nicht im Handumdrehen erreichen. Wir sind nicht allein deshalb wortbrüchig, weil wir zunächst praktisch mögliche Schritte gehen und das große Ziel nicht sofort erreichen. Uns leitet ein hoher Anspruch: Wir wollen Thüringen gerechter und sicherer für alle machen, die hier leben. Ein wohlhabendes Land, wie unseres bietet dafür gute Voraussetzungen. Die Aufgabe ist trotz allem gewaltig. Wir wollen sie anpacken, gemeinsam mit allen, die sich dafür begeistern lassen.

Unsere Politik zielt auf ein lebenswertes Thüringen für alle ein Leben lang. Wir wollen ein Land, in dem Menschen gern leben und arbeiten, Familien gründen und sich darauf verlassen können, dass ihre Kinder und Enkel die besten Bildungs-, Ausbildungs- und Entwicklungschancen erhalten. Ein Land, das von einer starken innovativen Wissenschaft und Wirtschaft geprägt ist und zugleich seine Ressourcen für spätere Generationen sichert. Ein Land, das die Vorteile von urbanen Zentren und kleinteiligen Strukturen im ländlichen Raum erkennt und nicht gegeneinander ausspielt. Ein weltoffenes und zugleich sicheres Land, in dem es keine Angsträume gibt und sich Menschen – ganz gleich, ob sie hier geboren oder zugewandert sind – sicher bewegen können und zuhause fühlen. Wir wollen Bewährtes bewahren und zugleich den Aufbruch in die Zukunft gestalten, Stabilität und Dynamik sind für uns kein Widerspruch, sie brauchen einander.

Sicher und gut leben. Grundsicherheit in Thüringen. Die Bürgerschaft erwartet gerade von der Sozialdemokratie, dass sie die Lebenswirklichkeiten kennt, nicht nur die Wenigen im Blick hat, sondern quer durch alle Bevölkerungsschichten und ausgewogen in jedem Landstrich ihren Beitrag leistet, Ungerechtigkeiten und Unzulänglichkeiten zu beseitigen und vor allem für einen funktionierenden Staat zu sorgen, der eine bürgerfreundliche, effizient arbeitende öffentliche Hand auf allen Ebenen garantiert.

Uns leitet ein hoher Anspruch, die Grundsicherheit für alle. In den kommenden Jahren setzen wir uns dafür ein, dass Schritt für Schritt jede und jeder hierzulande ein sicheres und gutes Leben führen kann, jede und jeder soll sich auf die soziale und innere Sicherheit verlassen

können. Wir setzen uns dafür ein, dass in den Städten und Gemeinden, in Ballungszentren wie im ländlichen Raum für alle Bürgerinnen und Bürger in den zentralen Politikfeldern wie Arbeit, Bildung, Wohnen, Gesundheit, Pflege, Familie, Rente, Mobilität und innerer Sicherheit Mindeststandards gelten, eine klar definierte und garantierte Grundsicherheit. Mit den Betroffenen werden wir diese Standards diskutieren und für verbindlich erklären. Wir wissen, es braucht mehr als das. Aber zunächst und zuallererst sollte in unserem Land jede und jeder einen Anspruch darauf haben, ein gutes, sicheres und würdevolles Leben zu führen.

Unsere Politik. Was wir tun werden.

... für einen guten Start ins Leben - mit guten Kindergärten

Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist die frühkindliche Bildung ein zentrales bildungspolitisches Aufgabenfeld, weil ein guter Start ins Leben von höchster Bedeutung ist. Die soziale Herkunft eines Menschen entscheidet leider noch immer viel zu oft über den späteren Lebensweg, die Möglichkeiten in der Arbeitswelt und die Höhe des Einkommens. Aus diesem Grund müssen optimale und individuelle Bildungs- und Förderangebote möglichst früh sichergestellt werden. Das ist unser zentraler Anspruch: Wir wollen endlich ermöglichen, dass alle unabhängig von ihren Voraussetzungen und ihrer Herkunft beste Lebenschancen haben.

Seit der Übernahme von Regierungsverantwortung 2009 schenken wir daher der frühkindlichen Bildung besondere Aufmerksamkeit. Wir tun das mit Erfolg: Der Freistaat verfügt nicht zuletzt dank der SPD über ein flächendeckend ausgebautes und qualitativ hochwertiges Angebot an Krippen und Kindergärten, das von den Thüringer Familien in hohem Maße nachgefragt und geschätzt wird. Die Kindertagesbetreuung in Thüringen ist gut. Rund 97 % der Kinder ab 3 Jahren besuchen einen Kindergarten, fast alle bleiben mehr als 7 Stunden. Das ist eine nahezu flächendeckende Ganztagsbetreuung. Die Mehrzahl der Kinder nimmt ihr Mittagessen in den Einrichtungen ein. Der gesetzliche Bildungsanspruch im frühkindlichen Bereich umfasst in Thüringen zehn Stunden.

Allerdings gibt es in diesem Bereich akute Herausforderungen und Problemlagen. In Thüringen wird es immer schwieriger, qualifizierte Fachkräfte zu finden. Die Fachkräftesicherung ist daher die zentrale Aufgabe in den kommenden Jahren. Das gilt insbesondere für den ländlichen Raum. An einigen Stellen ist es heute schon schwierig, die geforderte Betreuungsrelation dauerhaft zu garantieren. Wir werden die Ausbildung, das Berufsbild und die Arbeitsbedingungen der Erzieherinnen und Erzieher verbessern.

Das werden wir tun:

- Hauptziel der SPD ist es, das Angebot in Krippen und Kindergärten ab 2019 qualitativ weiter auszubauen und weitere Verbesserungen bei den Betreuungsrelationen und den Arbeitsbedingungen der mit großem Engagement tätigen Erzieherinnen und Erzieher zu erreichen. Wir werden einen Personalschlüssel einführen, der über alle Altersgruppen hinweg im ersten Schritt 20 % der Arbeitszeit von Erzieherinnen und Erziehern für Urlaub und Krankheit, sowie 15 % für die fachliche Arbeit außerhalb von Gruppen (z.B. Vor- und Nachbereitung, Fortbildung, Elterngespräche) vorsieht und sich im Weiteren Schritt für Schritt dem von Experten und Verbänden empfohlenen Schlüssel von 1:3 für Kinder unter 3 Jahren und 1:7,5 im Alter von 3 Jahren bis Schuleintritt deutlich annähert.
- Einrichtungen mit höherem Bedarf an Betreuungs- und Förderleistungen und größeren Herausforderungen durch soziale Problemlagen werden wir personell stärker unterstützen als bisher. Die ungleiche Verteilung sozialer Problemlagen auf Wohngebiete und Stadtviertel spiegelt sich in der Arbeit der Krippen und Kindergärten. Findet eine räumliche Konzentration sozialer Problemlagen statt, sind diese auch in den jeweiligen Krippen und Kindergärten gehäuft. So liegt der Anteil derjenigen Kinder, deren Krippen- und Kindergartengebühren vollständig vom Jugendamt übernommen werden, in einigen Einrichtungen bei über 70 Prozent. In anderen Einrichtungen liegt der Anteil hingegen bei null. Der ungleichen Verteilung der Problemlagen muss durch bedarfsgerechte

Zuweisungen der Ressourcen begegnet werden. Dort, wo ein höherer Bedarf an Betreuungsleistung und spezifischen Förderbedarfen vorliegt, muss auch eine stärkere Unterstützung durch das Land erfolgen. Das Gleiche gilt für Einrichtungen mit einem hohen Anteil an Kindern mit Migrationshintergrund.

- Erzieherinnen und Erzieher tragen in der frühkindlichen Bildung eine hohe pädagogische Verantwortung, deshalb muss ihr Beruf weiter aufgewertet werden. Dafür benötigen wir eine stetige Verbesserung der Ausbildungsangebote. Dazu gehören für uns der Ausbau von Ausbildungsangeboten an Hochschulen ebenso, wie die kritische Überprüfung und Weiterentwicklung der Berufsausbildung, z.B. durch die Einführung der in anderen Bundesländern bereits bewährten praxisintegrierten Ausbildung (PIA) mit einer fairen Ausbildungsvergütung.
- Die Arbeit in den Krippen und Kindergärten und in der Tagespflege muss beständig weiterentwickelt werden, um die frühkindliche Bildung in Thüringen auf einem hohen Niveau zu halten. Die Erzieherinnen und Erzieher im Krippen und Kindergarten-Bereich brauchen daher kontinuierliche Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten. Dies gilt für die pädagogische Arbeit am Kind ebenso wie für die Arbeit mit Eltern und Kooperationspartnern. Hinzu kommen spezifische Herausforderungen in den Bereichen Inklusion, z. B. im Hinblick auf die bessere Gestaltung des Übergangs zur Schule. Um einheitliche hohe Qualitätsstandards in der Fort- und Weiterbildung zu ermöglichen, werden wir zudem die Einrichtung einer vom Land und allen Partnern der Kindertagesbetreuung getragenen „Thüringer Akademie Frühe Bildung“ und ein integriertes Kindergarten-Institut für Qualitätsentwicklung durchsetzen.
- Die Qualifikation des Leitungspersonals muss kontinuierlich weiterentwickelt und verbessert werden. Wir schaffen ein ausreichendes Angebot zur Weiterbildung von Leiterinnen und Leitern von Krippen und Kindergärten.
- Gleichzeitig streben wir an, die Beitragsfreiheit an den Krippen und Kindergärten und sowie im Hort Schritt für Schritt auf sämtliche Jahre auszudehnen. Unsere Grundüberzeugung ist und bleibt, dass die Bildung vom Kindergarten bis zum Meister, vom Kindergarten bis zum Master grundsätzlich beitrags- und gebührenfrei sein muss.
- Um auch in Zukunft hohe pädagogische Standards in der frühkindlichen Bildung zu garantieren, halten wir im Krippen- und Kindergartenbereich am Fachkräftegebot fest.
- Pädagogische Arbeit muss unterstützend begleitet werden. Hier werden wir Teamqualifizierungen und Supervisionen sicherstellen.
- Wir werden dafür sorgen, dass gesunde Ernährung in den Krippen und Kindergärten tatsächlich angeboten wird. Hierzu gehört ausgewogenes Essen, das frisch und vor Ort oder in der Nähe der Einrichtung zubereitet wird. Wir werden daher Einrichtungen fördern, die eigene Küchen vorhalten oder ausbauen. Wir werden Wege finden, wie das Land gesundes Essen bezuschussen kann.
- Eine moderne Pädagogik und die Wertschätzung der Arbeit mit den Kindern erfordern gute Rahmenbedingungen für Kindergärten. Wir setzen uns für investive Maßnahmen in Kindergartengebäuden und die Krippen und Kindergärten ein. Gerade in dichter besiedelten Bereichen sind Lern- und Bewegungsorte im Freien noch nicht überall in der angemessenen Quantität und Qualität vorhanden – dabei jedoch von immenser Bedeutung für die eigene Körper- und Naturerfahrung.
- Um die Ausbildungsentscheidung junger Menschen für den Erzieherberuf zu erleichtern und landesweit die Fachkräftesicherung zu garantieren, ist das Berichtswesen zur Personalsituation, zum Personalbedarf und zur geplanten Personalentwicklung in der frühkindlichen Bildung erforderlich. Auf Landesebene werden wir die Ergebnisse aus der regelmäßigen Evaluierung der Ausbildungseinrichtungen, wie etwa die Vermittlungsquote in den Arbeitsmarkt, und der zukünftige Fachkräftebedarf in Thüringer Krippen und Kindergärten ausweisen.
- Gute Arbeit muss fair entlohnt werden. Unser Ziel ist es, dass die Beschäftigten aller Krippen und Kindergärten gute, tarifvertraglich geregelte Arbeitsbedingungen haben. Die

Trägerschaft der Einrichtungen darf dabei keine Auswirkung auf die Löhne haben. Daher werden wir eine landesweite Orientierung an den Bestimmungen des Tarifvertrags für den Öffentlichen Dienst und eine entsprechende Abbildung im Landeshaushalt durchsetzen. Nur so können Arbeitsplatzwechsel aufgrund von Lohnunterschieden verringert und die personelle Kontinuität in den Einrichtungen erhöht werden.

... für eine gute Schule

Es ist vor allem Bildung, die den Menschen zu dem macht, was er ist. Bildung ist Sprache, Wissen und Können. Bildung formt den Umgang der Menschen miteinander. Sie ermöglicht ein Verständnis für die Welt und bestimmt unsere Grundwerte. Bildung bietet Orientierung und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Bildung öffnet die Möglichkeit auf ein gutes und erfülltes Leben. Sie erleichtert den sozialen Aufstieg.

Aus diesem Grund gehört Bildung von jeher zu den Schwerpunkten sozialdemokratischer Politik. Bildung ist die Antwort auf die soziale Frage des 21. Jahrhunderts. Sie darf nicht von der sozialen Herkunft, dem Geschlecht oder der Ethnie abhängen. Jeder Mensch soll die Förderung erhalten, damit er sich durch eigene Anstrengung oder verlässliche Unterstützung seine Position in der Gesellschaft erarbeiten kann. Dafür braucht es ein offenes und gerechtes Bildungssystem.

Zentrale bildungspolitische Herausforderung in den kommenden Jahren ist die Bekämpfung des Unterrichtsausfalls und des Lehrermangels an den Schulen. Nur so kann flächendeckend ein hochqualitativer Unterricht für alle Schülerinnen und Schüler in Thüringen gewährleistet werden.

Doch die Rahmenbedingungen dafür sind denkbar schwierig: Bis 2025 werden etwa 40 Prozent der Thüringer Lehrerinnen und Lehrer altersbedingt ausscheiden. Zudem wächst entgegen aller früheren Prognosen die Zahl der Schülerinnen und Schüler in Thüringen bis 2025 um deutlich über 6 Prozent. Das macht zusätzliche Lehrereinstellungen notwendig. Damit nicht genug: Auch andere Bundesländer stehen vor diesen Problemen. So hat sich ein harter bundesweiter Wettbewerb um Lehrerinnen und Lehrer entwickelt. Die erfolgreiche Bewältigung des anstehenden Generationswechsels in der Lehrerschaft hat daher für die unsere Bildungspolitik in den kommenden Jahren absolute Priorität.

Das werden wir tun:

... Maßnahmen zur Absicherung des Unterrichts zügig umsetzen

- Unser oberstes Ziel muss es sein, dass kein Kind die Schule ohne mindestens den Hauptschulabschluss verlässt.
- Im Gegensatz zu früheren Prognosen ist mindestens bis 2025 mit steigenden Schülerzahlen zu rechnen. Die bisherigen Berechnungen zum landesweiten Personalbedarf im Schulbereich werden wir daher regelmäßig evaluieren und anpassen.
- Erste Priorität im Schulbereich hat die flächendeckende Absicherung des Unterrichts. Schulzeugnisse, bei denen Benotungen fehlen, weil in den betreffenden Fächern der Unterrichtsausfall zu groß war, darf es in Thüringen nicht länger geben. Der Schlüssel hierzu ist eine verlässliche Personalplanung. Wir werden sie optimieren.
- Wir treten dafür ein, in den kommenden Jahren alle altersbedingt aus dem Thüringer Schuldienst ausscheidenden Pädagoginnen und Pädagogen 1:1 zu ersetzen. Das wird uns aber nur gelingen, wenn wir den Lehrerberuf im Freistaat noch attraktiver machen. Unser Ziel ist es deshalb, nach den Verbesserungen in den Regelschulen auch die Eingangsbesoldung der Grundschullehrerinnen und -lehrer schrittweise auf A 13 anzuheben.
- Gleichzeitig muss es uns im Hinblick auf steigende Schülerzahlen gelingen, das vorhandene pädagogische Personal noch effizienter einzusetzen. Nur so schaffen wir es, den Unterrichtsausfall besser als bisher zu bekämpfen. Wir werden das pädagogische Personal so weit wie möglich von nichtpädagogischen Aufgaben entlasten, damit es sich vollständig auf die pädagogische Arbeit – auch außerhalb des Unterrichts – konzentrieren kann. Beim Personaleinsatz gilt für uns folgende Prämisse: Erhalt

wohnnaher Schulstandorte bei gleichzeitiger Sicherung und Weiterentwicklung der Bildungsqualität auch an kleinen Schulen. Das sind seit langem zentrale Zielsetzungen sozialdemokratischer Bildungspolitik in Thüringen.

- Wir stellen kleine Schulstandorte nicht in Frage. Unser Ziel ist es, ihnen einen Ausweg aus dem Dilemma einer schülerzahlenbedingt niedrigen Personalausstattung und den damit einhergehenden Schwierigkeiten bei der Unterrichtsabdeckung sowie bei der konzeptionell-inhaltlichen Weiterentwicklung aufzuzeigen. Dafür bieten wir zwei Lösungsmodelle an: die Thüringer Gemeinschaftsschule und die Bildung von Sprengelschulen. Beide Modelle sind geeignet, um insbesondere Grundschulen und Regelschulen im ländlichen Raum langfristig zu erhalten und zeitgemäß weiterzuentwickeln.
- Neben der Ausweisung der landesweiten Personalbedarfe werden wir eine langfristige schulart- und fachspezifische Bedarfsausweisung auf den Weg bringen. Damit soll den Lehramtsstudierenden, den Hochschulen, den Studienseminaren und nicht zuletzt den Schulämtern Orientierung und Planungssicherheit gegeben werden.

... den Lehrerberuf attraktiv gestalten

- Zur Erhöhung der Attraktivität des Lehrerberufs werden wir verschiedene Maßnahmen umsetzen: Die bedarfsgerechte Fortentwicklung des Studienplatzangebotes, die Umsetzung der Reform des Lehramtsstudiengangs mit einer Orientierung nach Schulstufen statt Schularten, die Auflage eines Stipendienprogramms für Lehramtsstudierende in Mangelfächern und verbesserte Beförderungsmöglichkeiten im Schuldienst. Gleichzeitig werden wir die Ausbildungskapazitäten an den Studienseminaren schrittweise erhöhen, die Bewerbungs- und Einstellungsverfahren für den Schuldienst entbürokratisieren und spürbar beschleunigen. Im Ergebnis sollen sich Studienbewerberinnen und -bewerber sicher sein: Wenn sie in Thüringen ein Lehramtsstudium aufnehmen und gute Leistungen zeigen, erhalten sie hier eine verlässliche und attraktive Perspektive. Aufgrund der angespannten Lage werden wir im Ausnahmefall die Einstellung von Seiteneinsteigern ermöglichen und deren Qualifizierung optimieren.
- Wir werden Anreize schaffen, dass sich junge Lehrer für eine Schule im ländlichen Raum entscheiden!

... Schulen mit dem richtigen Know-How ausstatten

- Neben guten Lehrerinnen und Lehrern braucht Schule einen geregelten Ablauf, kontinuierliche interne Kommunikation, gemeinsame Ziele und nachvollziehbare Entscheidungen. Für all dies ist eine funktionierende und professionell arbeitende Schulleitung der Schlüssel. Der Schulalltag kann nur in einem funktionierenden Team mit nachvollziehbaren Entscheidungs- und Organisationsstrukturen gelingen. Auf diese schwierige Aufgabe müssen Schulleiterinnen und Schulleiter sowie deren Vertretungen besser vorbereitet werden. Daher werden wir eine Qualifizierung und Weiterbildung der Schulleitungen sicherstellen.
- Genau wie bei der frühkindlichen Bildung spiegelt sich in den Schulen die ungleiche Verteilung sozialer Problemlagen auf Wohngebiete und Stadtviertel. Deshalb werden wir auch im Schulbereich zu einer an Sozialindikatoren orientierten Ressourcenvergabe übergehen. Dort, wo es höheren pädagogischen Bedarf an Betreuungs- und Förderleistungen für die Schülerinnen und Schüler und große Herausforderungen durch soziale Problemlagen für die Lehrkräfte gibt, werden wir zusätzliche Unterstützung geben. Die sächliche Ausstattung dieser Schulen werden wir vordringlich verbessern, aber auch die dauerhafte Bereitstellung von Schulsozialarbeiterinnen und -arbeitern oder speziell geschultem Personal (z.B. logopädisch) vornehmen, sowie DaZ-Lehrkräfte stärker am konkreten Bedarf vor Ort orientiert einsetzen.

- Wir werden die zukünftigen Lehrerinnen und Lehrer auf die Herausforderungen der Digitalisierung von Bildung gut vorbereiten. Sie müssen mit den neuen technischen Möglichkeiten, ihrer Nutzung und didaktischen Vermittlung vertraut sein. Sie müssen digitale Instrumente sinnvoll in den Unterricht integrieren können. Sie brauchen grundlegende Kenntnisse über die Sammlung, Verarbeitung und die Nutzung großer Datenmengen und die Fragen des Datenschutzes. Auf diese Themen werden wir die Lehrerbildung in Thüringen neu ausrichten.
- Wir werden die technische Ausstattung an unseren Schulen spürbar und flächendeckend verbessern und dazu die Chancen, die der Digitalpakt bietet, sinnvoll nutzen.
- Die Schulen benötigen mehr Kompetenzen bei der Personalauswahl, Personalentwicklung und Personalführung, wir werden sie ihnen eröffnen. Hierzu gehört auch, dass wir schrittweise allen Schulen die Möglichkeit zur individuellen Stellenausschreibung eröffnen. Damit können Lehrerinnen und Lehrer gewonnen werden, die nicht nur fachlich qualifiziert sind, sondern auch zum jeweiligen Profil der Bildungseinrichtung passen.
- Viele Lehrerinnen und Lehrer haben gute und innovative Ideen für neue Ansätze im Unterricht. Wir werden ihr Engagement fördern und ihnen die Gelegenheit geben, ihre Vorstellungen in die Praxis umzusetzen. Dabei ist es zunächst erforderlich, den Pädagoginnen und Pädagogen eine Plattform zum fachlichen Austausch und zur gemeinsamen Diskussion der unterschiedlichen Vorhaben zu bieten. Die besten Innovationsvorschläge sollten „Schule machen“. Wir werden unsere Schulen im Sinne des Europäischen Gedankens weiterentwickeln.
- Um allen Schülern unabhängig von der weiteren Bildungslaufbahn die Chance zu geben, europäische Erfahrungen zu sammeln, setzen wir uns für die Förderung und den Aufbau eines europäischen Austauschprogramms für Schülerinnen und Schüler ab der siebten Klassenstufe ein und zwar schulformunabhängig.
- Die Thüringer Schulen brauchen mehr Eigenverantwortung. Wir werden dafür sorgen, dass sie künftig über ein eigenes Schulkonto und ein Sachmittelbudget verfügen. Bei größeren Schulen und Schulverbänden soll zudem die Stelle einer eigenständigen Verwaltungsleiterin bzw. eines Verwaltungsleiters eingerichtet werden, um die Schulleitungen von rein organisatorischen Aufgaben zu entlasten und Freiraum für pädagogische Kernaufgaben zu eröffnen.

... länger gemeinsam und inklusiv lernen

- Die Thüringer Gemeinschaftsschule hat sich erfolgreich als leistungsstarke und sozial gerechte Schulart etabliert. Um das längere gemeinsame Lernen flächendeckend auszubauen, werden wir alle Entwicklungshemmnisse beseitigen, die eine vor Ort gewünschte Gründung von Gemeinschaftsschule verzögern oder aufhalten. Gleichzeitig wird an der Vielfalt möglicher Organisationsmodelle der Gemeinschaftsschule festgehalten, um in Stadt und Land passgenaue und bedarfsgerechte Angebote des längeren gemeinsamen Lernens realisieren zu können. Aufgrund der spezifischen pädagogischen Anforderungen, die mit der Arbeit an der Thüringer Gemeinschaftsschule verbunden sind, werden wir einen entsprechenden Lehramtsstudiengang und das korrespondierende Lehramt einführen. Dies ist auch ein wichtiger Schritt hin zu unserem Ziel, von der schularten- zur schulstufenbezogenen Lehrerbildung überzugehen.
- Thüringen hat sich auf den Weg gemacht, schrittweise ein inklusives Schulsystem zu realisieren, das den Prinzipien der Chancengleichheit und Diskriminierungsfreiheit verpflichtet ist. Es soll das gemeinsame Leben und Lernen von Menschen mit und ohne Behinderungen bei bestmöglicher individueller Förderung ermöglichen. Konzeptionelle Ausgangsbasis und Richtschnur dieses Prozesses ist der bundesweit vorbildliche „Entwicklungsplan Inklusion“. Er ist für die kommenden Jahre fortzuschreiben und weiterhin regional differenziert umzusetzen. Das bedeutet aber vor allem, dass den Schulen die notwendigen personellen und materiellen Ressourcen (Pflegekosten, Sachkosten sowie pädagogischer Aufwand) für eine gelingende Inklusion zur Verfügung

gestellt werden und dass die Förderschule als Bestandteil des Bildungswesens in ihrer bisherigen Form so lange wie nötig erhalten bleibt. Die Letztentscheidung darüber, welchen Bildungsweg die Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf gehen, obliegt den Eltern. Wir wollen die notwendigen Ressourcen bereitstellen, damit Inklusion noch besser gelingen kann, denn Kinder mit Behinderungen haben einen Anspruch auf gemeinsamen Unterricht. Gemeinsame Bildung ist Bürgerrecht – für alle!

- Eine Herausforderung der kommenden Jahre wird die schulische und berufliche Qualifizierung von Zugewanderten sein. Wir werden keine Trennung der Kinder und kein Auspielen verschiedener Schülergruppen gegeneinander zulassen. Wir setzen uns für gleiche und gute Bildungschancen für alle ein. Deshalb werden wir den Schulen mit besonderen Herausforderungen in der Integration das erforderliche Sprachlehr- und sozialpädagogische Personal zur Verfügung stellen.
- Ganztagschulen bieten mehr Zeit für gute Bildung und bessere Chancen für eine enge Verzahnung von Schulen mit dem kommunalen und regionalen Lebensumfeld. Mit dem Thüringer Modell der Einheit von Grundschule und Hort wird allen Grundschülerinnen und Grundschulern ein offenes und freiwilliges Ganztagsangebot eröffnet. Wir werden weitere Schritte in der qualitativen Entwicklung schulischer Ganztagsangebote gehen. Wir werden die Beitragsfreiheit in Horten durchsetzen, sie hat für uns die gleiche Priorität wie die Beitragsfreiheit in Krippen und Kindergärten.

... Schulen als gemeinsame Lern- und Erlebnisorte entwickeln

- Schule ist weit mehr als Fachunterricht. Schule ist auch ein Lern- und Lebensort für Demokratie. Daher müssen Schülerschaft und Eltern ihre Mitsprache- und Mitwirkungsmöglichkeiten an den Schulen wahrnehmen und schrittweise ausbauen. Sie sollen aktiv an der Schulentwicklung teilhaben und damit auch verstärkt Verantwortung für ihre Schule übernehmen. Die Schulkonferenz als Ort demokratischer Entscheidungen der Schulgemeinde werden wir in ihren Kompetenzen weiter stärken. Schülerparlamente werden wir besser fördern.
- Guter Unterricht basiert nicht allein auf erfolgreichen pädagogischen Konzepten und zeitgemäßen Schulstrukturen. Guter Unterricht hängt auch davon ab, in welchem baulichen Zustand sich Schulgebäude und rahmende Freiräume befinden und über welche Raum- und Sachausstattung sie verfügen. Wer die Schulgebäude in Thüringen kennt weiß, dass hier an vielen Stellen trotz großer Bemühungen einzelner Schulträger nach wie vor Handlungsbedarf besteht. Gemeinsam mit dem Bund werden wir die Kommunen auch weiterhin bei der Sanierung und beim Ausbau von Schulen und Sporteinrichtungen und den rahmenden Freiräumen unterstützen. Wir werden hierfür ein zeitgemäßes Arbeitsumfeld für die an den Schulen tätigen Pädagoginnen und Pädagogen und für die Schulsozialarbeit schaffen. Zudem werden wir die Schulbaurichtlinie des Landes kontinuierlich fortschreiben, damit sie den sich wandelnden spezifischen Bedarfen der einzelnen Schulen mit ihren eigenen Profilen besser gerecht wird.
- Integrierte barrierefreie Schul-Campus-Gestaltungen müssen zu Regel werden. Dazu kommen durchfinanzierte Kooperationsvereinbarungen, um „Lernen am anderen Ort“ zu ermöglichen. Pilotprojekte hierzu gibt es bereits im Unstrut-Hainich-Kreis. Lehrplaninhalte können kreisweit auch an anderen Orten, wie z.B. Museen, Theaterwerkstätten oder Umweltzentren projektmäßig erarbeitet und vertieft werden.
- Wir werden für Kinder und Jugendliche die kostenfreie Fahrt zur Schule ermöglichen.
- Nachdem die Klassenfahrten für die Lehrerinnen und Lehrer rechtssicher geregelt sind, brauchen wir in Thüringen ansprechende Reiseziele für alle Klassen an unseren Schulen. So können Schülerinnen und Schülern den Freistaat besser kennenlernen. Wir wollen kurze Anfahrtswege. Daher werden wir eine Qualitätsoffensive für Schullandheime und ländliche Jugendherbergen starten.
- Wir werden die Schulen in die Lage versetzen, eine systematische und praxisnahe Berufsorientierung sicherzustellen. Dies kann nur mit ausreichendem und authentischem

Praxisbezug und der Begleitung auf dem Weg in die Arbeitswelt gelingen. Dafür werden wir spezifische Formate initiieren, beispielsweise die Jugendunternehmenswerkstätten ausbauen, Patenschaften von Handwerksbetrieben mit einzelnen Schulklassen oder „Erzähltage“ ausweiten, in denen Berufstätige aus ihrem beruflichen Alltag berichten. Aber auch unter den Eltern werden wir für das Erlernen von Berufen werben, indem wir über die vielfältigen Perspektiven der dualen Ausbildung noch besser aufklären.

... für das Lernen ein Leben lang - gute Erwachsenenbildung

Jeder Mensch muss am gesellschaftlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Leben selbstbewusst und selbstbestimmt teilhaben können. Dafür braucht es eine qualitativ hochwertige frühkindliche und schulische Bildung, die beste Startchancen ins Leben eröffnet, sowie eine wohnortnahe und bezahlbare Erwachsenenbildung, die im späteren Leben neue Chancen bietet.

Volkshochschulen sind daher beim lebensbegleitenden Lernen für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten von zentraler Bedeutung.

Bildungsangebote für Erwachsene können vorhandene Kenntnisse und Kompetenzen an eine sich wandelnde Welt anpassen und den Umgang mit dem Neuen ermöglichen. Die Gestaltung des digitalen Wandels ist eben nicht nur eine technische, sondern insbesondere eine pädagogische Herausforderung. Digitale Bildung umfasst eine auf allen Ebenen des Thüringer Bildungssystems zu befördernde Befähigung zur digitalen Mündigkeit.

Das werden wir tun:

- Das vielfältige und qualitativ hochwertige Bildungsangebot für Erwachsene freier und öffentlicher Träger in Thüringen werden wir in den kommenden Jahren erhalten und weiter stärken. Deshalb werden wir dauerhaft für eine verlässliche und transparente Landesförderung der Erwachsenenbildung sorgen, bei der die allgemeine Lohn- und Preisentwicklung als Dynamisierungsfaktor berücksichtigt wird.
- Zudem unterstützen wir die Bemühungen der Gewerkschaften, auch in der Erwachsenenbildung zu guten, tarifvertraglich geregelten Arbeitsbedingungen zu kommen – unabhängig von der Trägerschaft der Einrichtungen und mit Löhnen, die sich an der Höhe des Tarifvertrages für den Öffentlichen Dienst orientieren.
- Jeder Mensch soll aktiv am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Dies ist allerdings nur möglich, wenn er über grundlegende Bildungskompetenzen verfügt. Wir werden dafür sorgen, dass Veranstaltungen der Erwachsenenbildung zur Grundbildung und zur Alphabetisierung auch künftig flächendeckend in Thüringen angeboten und erweitert werden.
- Wir werden das Angebot der Bildungsfreistellung stärken und weiterentwickeln, damit noch mehr Thüringerinnen und Thüringer ihren Rechtsanspruch auf lebensbegleitendes Lernen umsetzen können. Wir werden dazu künftig auch unter Einsatz von Landesmitteln die Teilnahmegebühren für die Bildungsangebote bezuschussen, um den Anreiz zur Nutzung zu verstärken.
- Die Thüringer Erwachsenenbildung stellt sich erfolgreich und mit hohem Engagement der Integration zugewanderter Menschen. Diese Integrationsarbeit wird auch in den kommenden Jahren erforderlich sein und absehbar zu einer Daueraufgabe der Erwachsenenbildung werden. Um diese Herausforderung auch langfristig bewältigen zu können, werden wir eine dauerhaft verlässliche Förderung durch das Land sicherstellen.

... für Familien

Das Zusammenleben in Familien ist in den zurückliegenden Jahrzehnten vielseitiger geworden. Neben das klassische Familienmodell sind alleinerziehende Eltern und Patchwork-Familien getreten. Es gibt eheliche, nichteheliche und gleichgeschlechtliche Partnerschaften.

Sozialdemokratische Familienpolitik nimmt alle diese Familienformen in den Blick.

Familienmitglieder wollen eigenverantwortlich leben, Zeit füreinander haben, wirtschaftlich

unabhängig sein und gute Bedingungen für das Aufwachsen ihrer Kinder bieten. Im Mittelpunkt sozialdemokratischer Familienpolitik steht, dass diese Ziele unabhängig von der gelebten Familienform verwirklicht werden können. Die Pflege von Angehörigen gehört genauso zur Familie, wie die Erziehung der Kinder, die gemeinsame Freizeitgestaltung und die Erwerbsarbeit.

Das werden wir tun:

- Alle Familienformen müssen anerkannt und rechtlich gleichgestellt werden. Rechtliche Privilegien dürfen nicht für traditionelle Familienformen reserviert bleiben.
- Familien brauchen Zeit und Rückzugsräume. Es muss die gesicherte Möglichkeit geben, die Arbeitszeit den Anforderungen des Familienlebens bedarfsgerecht anzupassen. Wir setzen uns für ein vollständiges Rückkehrrecht von der Teilzeit in Vollzeit ein, um für die Kindererziehung und die Pflege von Angehörigen gute Voraussetzungen zu bieten.
- Wir setzen uns dafür ein, dass Familien mit Kindern jedwede Unterstützung in Form von hochqualitativen Kinderbetreuungsangeboten und Ganztagschulen erhalten.
- Kinder dürfen kein Hemmnis beim Streben nach beruflichem Erfolg sein. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss gezielt ermöglicht werden. Wir nehmen hierfür die Arbeitgeberschaft in die Pflicht.
- Wir werden Familien in schwierigen Situationen eine besondere Unterstützung durch handlungsfähige und gut ausgestattete Jugendämter und Beratungsstellen geben. Alleinerziehende besitzen unsere besondere Aufmerksamkeit. Wir erarbeiten für diese Familien ein Maßnahmenpaket zur besonderen Unterstützung bei der Kindererziehung, für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf bzw. Ausbildung und für die Pflege der Eltern.
- Mit Hilfe des Landesprogramms „Solidarisches Zusammenleben der Generationen“ werden wir eine dauerhafte familienunterstützende Infrastruktur in den Kommunen fördern.
- Wir werden mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen, indem wir den gemischten sozialen Wohnungsbau deutlich verstärken. Die von Bund und Land hierfür zur Verfügung gestellten Mittel werden wir in vollem Umfang einsetzen.

... für junge Menschen

Jugend ist eine eigenständige Lebensphase. Kindheit und Jugend haben sich in den vergangenen Jahren verändert. Mehr Freizeit und eine Fülle von Angeboten zur Berufsausbildung gehören genauso zur Jugendphase wie Leistungsdruck und Orientierungslosigkeit. Die Welt erscheint heute unsicher und dynamisch zugleich. Im jugendlichen Alter entwickeln junge Menschen eine eigene Sicht auf die Welt. Aufgabe sozialdemokratischer Jugendpolitik ist es, junge Menschen bei der kritischen Auseinandersetzung mit der Welt zu unterstützen. Eine eigenständige Jugendpolitik zu etablieren gehört genauso dazu, wie der Abbau von Ungleichheit und Benachteiligung. Es ist das Ziel sozialdemokratischer Jugendpolitik, die Selbstbestimmtheit und Teilhabe junger Menschen unabhängig vom sozialen Status, Geschlecht, von sexueller Orientierung, Herkunft oder Wohnort nicht nur sicherzustellen, sondern auszubauen. Aktuelle Studien dokumentieren, dass Jugendämter, öffentliche und private Träger personell und sächlich ungenügend ausgestattet sind. Das werden wir ändern.

Das werden wir tun:

- Jugendliche brauchen Freiräume, die sie eigenständig gestalten können genauso, wie sie ein flächendeckendes und bedarfsorientiertes Angebot an außerschulischen Freizeit- und Sportangeboten benötigen. Für die Begleitung dieser Angebote braucht es angemessen bezahlte und gut ausgebildete Fachkräfte, dafür setzen wir uns ein. Mit der Jugendpauschale unterstützen wir die Kommunen bei der Umsetzung dieser Aufgabe.
- Jugendliche müssen mobil sein können, um die bestehenden Angebote wahrnehmen oder eigene Projekte realisieren zu können. Wir setzen uns für eine schrittweise Kostenfreiheit für Jugendliche für die Nutzung des ÖPNV ein. Eine Ausweitung des

Azubi-Tickets auf Freiwilligendienstleistende, Schülerinnen und Schüler der Oberstufe und das BVJ werden wir vornehmen.

- Jugendliche müssen mitbestimmen können, wenn es um ihre Belange geht. Dafür werden wir die Maßnahmen der "Landesstrategie Mitbestimmung" umsetzen und die Mitbestimmungsrechte in der Kommunalordnung verankern.
- Jugendliche brauchen Unterstützung. Wir setzen uns für leistungsfähige Jugendämter, öffentliche und private Träger mit einer verlässlichen Personalausstattung ein, weil sie die entscheidende Voraussetzung für die landesweite Umsetzung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes sind.
- Die Mittel für die schulbezogene Jugendsozialarbeit werden wir Schritt für Schritt ausbauen. Ziel ist es, jeder Thüringer Schule, vorrangig aber den Schulen mit besonderem sozialpädagogischen Bedarf, eine Sozialarbeiterstelle zur Verfügung zu stellen.
- Wir setzen uns dafür ein, dass Jugendliche eine Mindestausbildungsvergütung erhalten, die eine Staffelung nach Branchen vorsieht und sich an die Berechnungen des DGB anlehnt.
- Wir setzen uns dafür ein, das Wahlrecht ab 16 für die Thüringer Landtagswahl einzuführen.
- Wir werden die Möglichkeit, studieren zu können, verbessern. Hierfür werden wir zum einen die geplante BAföG-Reform des Bundes aktiv begleiten und vor allem Verbesserungen in der Höhe und Bezugsdauer des BAföG erreichen. Darüber hinaus werden wir eine Anrechnungsmöglichkeit auf die Bezugsdauer in Fällen von chronischer Erkrankung, Teilzeitausbildung und Teilzeitstudium umsetzen.
- Wir werden das Wohnheimsanierungsprogramm fortschreiben, um günstigen Wohnraum für die Studierenden in Thüringen zu ermöglichen. Wir setzen uns für die Fortführung und Ausweitung des Vario-Programmes des Bundes ein.
- Gemäß einer Studie des Deutschen Zentrums für Hochschul- und Wissenschaftsforschung liegen die Studienabbrecherquoten bundesweit an Universitäten bei 32 Prozent und an Fachhochschulen bei 27 Prozent. Der häufigste Grund sind die Leistungsanforderungen im Studium, denen man sich doch nicht gewachsen fühlt. 15 Prozent der Befragten geben an, doch eher einer praktischen Arbeit oder Ausbildung nachgehen zu wollen. Wir werden jungen Menschen mit verbesserten Beratungsangeboten die Vorteile einer Berufsausbildung nahebringen, um ihnen Alternativen zum Studium aufzuzeigen.
- Wir werden bei der kulturellen Förderung verstärkt jugendgerechte Angebote der Hochkultur, insbesondere aber auch soziokulturelle Projekte berücksichtigen.
- Angebote wie das Freiwillige Soziale Jahr oder das Freiwillige Ökologische Jahr bieten Jugendlichen Orientierungs- und Engagementmöglichkeiten. Wir werden diese Angebote sichern und finanziell angemessen ausstatten.
- Eine nachhaltige Lebensweise ist vor allem für die nachfolgenden Generationen von großer Bedeutung. Wir werden Initiativen von Jugendlichen, die sich für Umwelt- und Klimaschutz einsetzen, besonders unterstützen.

... für bezahlbare Mieten

Die alte Faustformel von maximal einem Drittel des Einkommens bzw. der Rente für die Miete ist in den Städten Thüringens mittlerweile zu einem Traum geworden. Die Anzahl der belegungsgebundenen Wohnungen geht stetig zurück, der Neubau von Sozialwohnungen findet aktuell nicht in ausreichendem Maße statt. Während die Nachfrage in den großen Städten das Angebot weit übersteigt, ist für viele der ländliche Raum trotz des Wohnraumangebots unattraktiv.

Wie sich Quartiere sozial mischen, zeichnet auch unser zukünftiges Zusammenleben vor. Während in den Innenstädten und ausgewählten Vierteln einkommensstarke Mieter und Eigentümer die Mehrheit stellen, steigt die Zahl der Haushalte mit staatlichen Transferleistungen an den Randgebieten unserer großen Städte. Auch das ist eine soziale Frage: Wir dürfen die Spaltung unserer Wohnquartiere nicht hinnehmen. Eine Wohnanschrift darf keine Auskunft über die soziale Herkunft geben. Wohnen muss auch für Menschen mit geringem Einkommen bezahlbar sein. Dafür werden wir neuen Wohnraum schaffen und Wohnungen erhalten, die den Mietpreis- und Belegungsbindungen unterliegen.

Das werden wir tun:

- Wir werden ein Bündnis schmieden aus Kommunen, der organisierten Wohnungswirtschaft und dem Mieterbund. Gemeinsam wollen die besten Lösungen für die Mieterschaft, für gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaften und die Eigentümer privat genutztem Wohnraum in Thüringen zu finden.
- Wir werden den Wohnungsneubau vereinfachen. Das kann gelingen, in dem Planungsverfahren, Wohnungsbau-Richtlinien und Standards überprüft werden.
- Wir werden den sozialen Wohnungsbau attraktiver machen. Wir unterstützen die Kommunen, mit Konzeptausschreibungen für einen Anstieg des gemischten sozialen Wohnungsbaus zu sorgen. Die Baukosten und Baunebenkosten gehören auf den Prüfstand. Wer Sozialwohnungen falsch belegt, wird wegen der Fehlbelegungsquote finanziell sanktioniert.
- Wir werden Kommunen durch geeignete Maßnahmen, wie zum Beispiel durch die Unterstützung beim Erwerb von Bauland, fördern, um der Spekulation mit Bauland entgegen zu wirken.
- Wir setzen uns für die Unterstützung von Wohneigentumsbildung und des gemeinnützigen genossenschaftlichen Wohnungsbaus im Bund ein.
- Wir unterstützen alternative Wohnformen.
- Wir greifen die Vorschläge der iba Thüringen zu moderner Stadtteil- und Wohngebäudegestaltung auf und prüfen sie auf deren Realisierung.

... für einen lebenswerten ländlichen Raum

Rund 90 Prozent der Fläche Thüringens zählt zum ländlichen Raum. Für die Menschen hier bietet er eine besondere Form von Lebensqualität. Mit seinen Lebens- und Erholungsräumen, seiner vielfältigen Kulturlandschaft und der diversifizierten Unternehmenslandschaft hat der ländliche Raum maßgeblichen Anteil an der Identität Thüringens und bietet Heimat für viele Thüringerinnen und Thüringer. Die Thüringer Bevölkerung wird bis 2035 um rund 10 % sinken. Während Städte wie Erfurt, Eisenach, Nordhausen und Jena mit konstanten bzw. leicht steigenden Einwohnerzahlen planen können, müssen sich ländlich geprägte Gebiete auf negative Wachstumsraten von mehr als 20 % einstellen. Gleichzeitig sind es gerade diese Regionen, die sich mit den Anforderungen einer alternden Gesellschaft konfrontiert sehen.

Die demografische Entwicklung, geprägt von stetigem Bevölkerungsrückgang und einer alternden Gesellschaft, stellt viele ländliche Regionen vor große Herausforderungen. Hier fehlt es häufig an sozialen Einrichtungen, an öffentlichem Nahverkehr und einer digitalen Infrastruktur. Durch die demografische Entwicklung werden die Unterschiede zwischen urbanen und ländlichen Regionen weiter zunehmen, wenn wir dem nicht entgegenwirken. Die Lebensqualität insbesondere im ländlichen Raum zu erhalten und zu verbessern, die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Thüringen sind für uns zentrale Herausforderungen der kommenden Jahre. Einschränkungen in sozialen und kulturellen Angeboten oder im öffentlichen Personennahverkehr führen dazu, dass der ländliche Raum unattraktiver wird. Wenn Schulen, Begegnungs- und Jugendzentren, Freibäder und Bibliotheken schließen, wenn der öffentliche Nahverkehr nicht mehr die Möglichkeit bietet, in die nächste größere Stadt zu gelangen, wenn Ärzte unerreichbar sind und die Pflege nicht gesichert ist, sinkt die Lebensqualität erheblich. Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse bedeutet für uns, den besonderen Verhältnissen im

ländlichen Raum Rechnung zu tragen, dieser Aufgabe stellen wir uns. Wir setzen uns dafür ein, vor Ort Strukturen zu etablieren, die auch für junge Menschen und Familien attraktiv sind. Nur so wird der ländliche Raum nicht mehr in Frage gestellt und gewinnt an Attraktivität.

Das werden wir tun:

- Wir werden verhindern, dass sich Lebensbedingungen zwischen Stadt und Land weiter auseinanderentwickeln. Wir werden mit den kommunalen Spitzenverbänden Standards für Kernbereiche öffentlicher Daseinsvorsorge entwickeln und diese garantieren.
- Wir wirken darauf hin, dass ein Mindestmaß an Infrastruktur vorhanden ist, ohne das ausschließlich an Nutzungszahlen zu koppeln.
- Wir setzen auf Breitbandversorgung und Mobilfunk überall als Zugang zu flächendeckender gesellschaftlicher Teilhabe und als wirtschaftlichen Standortvorteil. Um von den Chancen der Digitalisierung profitieren zu können, werden wir sicherstellen, dass Unternehmen, Bildungs- und medizinische Einrichtungen, Verwaltungen und touristische Einrichtungen und Betriebe sowie private Haushalte in ganz Thüringen auf schnelles Internet zurückgreifen können. Wir werden den Breitbandausbau mit modernsten Technologien weiter vorantreiben, bis 2025 soll jeder Haushalt und jedes Unternehmen über einen Glasfaseranschluss verfügen.
- Wir setzen uns für kostengünstige Nahverkehrsangebote ein, die im ganzen Land verfügbar sind. Wir unterstützen Modellvorhaben für Ruftaxis und Rufbusse finanziell, kleine Schulstandorte erhalten wir über Kooperationsmodelle, Arztpraxen sollen über öffentliche Trägerschaft erhalten bleiben.
- Wir werden die Finanzkraft der Kommunen stärken, die Fläche einer Gemeinde im ländlichen Raum stärker beim kommunalen Finanzausgleich berücksichtigen und so Gestaltungs- und Entscheidungsspielräume für die Menschen vor Ort schaffen.
- Wir werden die interkommunale Zusammenarbeit ausbauen.
- Wir werden die regionale Wirtschaftsentwicklung vorantreiben. Förderanfragen aus dem ländlichen Raum haben hohe Priorität. Wir unterstützen weiterhin die Entwicklung und Nutzung kleiner Gewerbegebiete und die Qualitätsverbesserung der ländlichen touristischen Betriebe und Infrastrukturen.
- Wir werden ein Förderprogramm auflegen, das den Bau und die Sanierung von Dorf- und Stadtteilzentren unkompliziert unterstützt. Die modular aufgebauten Zentren sollen möglichst vielseitig einsetzbare Räume für z. B. Vereine, kommunale Verwaltung, Bibliotheken, Computerkabinette, einfach ärztliche Untersuchungen, Jugendräume, Geschäfte und Gastronomie bereitstellen.

... für gute Arbeit jetzt und für morgen

Arbeit ist mehr als Einkommen. Arbeit ist mehr als Erwerbsarbeit. Sie ist Teil des Selbstverständnisses von Menschen. Sie sichert gesellschaftliche Teilhabe. Arbeit kann sinnstiftend sein und ist Ausgangspunkt für Anerkennung. Es geht uns daher um die politische Vision einer Gesellschaft der guten Arbeit und um eine Neudefinition von Arbeit, die sich nicht nur an der klassischen Erwerbsarbeit festmacht. Wir werden den Wandel der Arbeitswelt aktiv gestalten, indem wir gemeinsam mit dem Bund die erforderlichen Rahmenbedingungen gesetzlich regeln und Standards setzen, die im gesellschaftlichen Interesse Grundrechte gewährleisten.

Der Thüringer Arbeitsmarkt hat sich in den letzten Jahren dynamisch entwickelt. Die Arbeitslosenquote im Freistaat ist die niedrigste der ostdeutschen Länder und liegt mittlerweile unter dem Niveau einiger westdeutschen Flächenländern. Bis zum Jahr 2030 werden in Thüringen voraussichtlich rund 350.000 Fachkräfte benötigt, um neue bzw. freiwerdende Stellen zu besetzen. Die gute Lage am Arbeitsmarkt zwingt die Thüringer Unternehmerschaft, die Niedriglohnpolitik vergangener Jahre zu überdenken. So verzeichnet Thüringen die höchste Lohnsteigerungsrate bundesweit.

Diese positiven Kennziffern dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Jahre als Niedriglohnland - von der CDU gern als Standortvorteil propagiert - noch lange nicht vorbei sind. Geringe Tarifbindung, weniger betriebliche Mitbestimmung, ein überdurchschnittlicher Anteil prekärer Beschäftigung, schlechte Arbeitsbedingungen und Überstunden sind für viele Beschäftigte die Regel. Wir werden unseren Beitrag leisten, das zu ändern. Gute Arbeitsbedingungen, faire Löhne, eine gelebte Sozialpartnerschaft, Mitbestimmung und demokratische Teilhabe sind die Basis der sozialen Marktwirtschaft. Sie sorgen in Krisen für Stabilität und sind Erfolgsfaktoren im internationalen Wettbewerb. Sie sind die wirksamsten Maßnahmen zur Sicherung des Fachkräftebedarfs der Zukunft.

Das werden wir tun:

- Wir setzen uns beim Bund für eine Einschränkung von Zeitarbeit und Leiharbeit ein. Wir fordern, dass mindestens 10% mehr Lohn bzw. Gehalt als für die Stammarbeitnehmerschaft gezahlt wird und in der Regel die unbefristete Übernahme nach zwölf Monaten gewährleistet wird.
- Wir setzen uns für die Wiedereinführung des Synchronisationsverbots ein. Das Ende eines Einsatzes in einem Betrieb darf nicht zum Ende des Arbeitsvertrages mit dem Leiharbeitsunternehmen führen.
- Wir setzen uns dafür ein, dass eine gesetzliche Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro zum 1. Januar 2021 wirksam wird. Auf Grundlage dieses neuen Sockelwertes soll die Mindestlohnkommission den Mindestlohn nach den bisherigen Regelungen weiter fortentwickeln.
- Wir halten an den bewährten Regelungen zum Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei Samstags-, Sonn- und Feiertagsarbeit sowie bei der Ladenöffnung fest. So sorgen wir auch im Einzelhandel für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.
- Wir werden die Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch den Ausbau der finanziell geförderten Familienarbeitszeit stärken, so dass neben berufstätigen Eltern auch diejenigen davon profitieren, die Angehörige zu pflegen haben. Wir setzen uns für einen Rückkehranspruch von Teilzeit- auf Vollzeitbeschäftigung ein, von dem alle Thüringer Beschäftigten profitieren.
- Wir setzen uns für das Recht auf Nichterreichbarkeit für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein, um die negativen Auswirkungen der Störung der Privatsphäre bei zunehmender Flexibilisierung der Arbeit zu begrenzen. Wir bauen die Förderung von Maßnahmen zum Arbeits- und Gesundheitsschutz aus, um psychische und physische Belastungen von Beschäftigten zu minimieren.
- Wir stärken Gewerkschaften und Mitbestimmung. Hierzu setzen wir uns beim Bund für ein Verbandsklagerecht für Gewerkschaften zur Einhaltung von Mindestarbeitsbedingungen ein.
- Wir werden das novellierte Vergabegesetz nach vier Jahren evaluieren und auf seine Wirkung bzw. Veränderungsnotwendigkeit in Bezug auf Tarifbindung, Mitbestimmung sowie den Arbeits- und Gesundheitsschutz überprüfen.
- Wir setzen uns für die ausschließliche Mitgliedschaft von Arbeitgebern mit Tarifbindung in den Arbeitgeberverbänden ein, um zu verhindern, dass Tarifbindungen weiter unterlaufen werden. Wir unterstützen die Initiativen auf Bundesebene durch den Bundesarbeitsminister, Unternehmen mit Tarifbindung steuerlich zu entlasten.
- Wir stellen uns den Herausforderungen der Digitalisierung: Hierzu fordern wir gegenüber dem Bund eine Weiterentwicklung des Betriebsverfassungsgesetzes mit Blick auf die Herausforderung der Digitalisierung. Zugleich wollen wir die Entwicklung von Angeboten für die Qualifizierung und berufliche Weiterentwicklung für die Herausforderungen des digitalen Wandels unterstützen.
- Wir starten eine Qualifizierungsoffensive „Ausbildung“, um die Abbruchquoten in der beruflichen Ausbildung zu senken. Zugleich wollen wir die Chancen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ohne abgeschlossene Berufsausbildung erhöhen,

indem wir allen Altersklassen die Möglichkeit eröffnen, einen Berufsabschluss nachzuholen. Wir stärken das Recht auf Weiterbildung und wollen den Zugang zur Bildungsfreistellung erweitern.

- Wir werden die Berufsorientierung in der Schule stärken und ausweiten; zugleich schaffen wir zusätzliche Unterstützungs- und Hilfsangebote, um alle Jugendlichen für die Berufsausbildung fit zu machen.
- Wir entwickeln eine Strategie für ältere Beschäftigte. Sie zielt darauf, das Bewusstsein in der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberschaft etwa für eine Anpassung von Tätigkeitsanforderungen zu wecken, für gezielte Fortbildungsangebote und ein vorausschauendes Gesundheitsmanagement.
- Wir werden ein Monitoring für Arbeit, Ausbildung und Leben in Thüringen etablieren.

... damit Arbeitssuchende fair behandelt werden

Wir werden uns mit der Agenda 2010 und ihren Folgen auseinandersetzen. Wir sind überzeugt, dass Arbeitslosigkeit mehr gesellschaftliche als individuelle Ursachen hat. Der Grundansatz der Agenda 2010, ungenügend zwischen aktiven und inaktiven Arbeitssuchenden zu unterscheiden, ungenügend die Lebensarbeitsleistung anzuerkennen, gehört auf den Prüfstand. Veränderungen müssen dort ansetzen, wo die Regularien die Ursachen von Arbeitslosigkeit verkennen und Arbeitssuchende stigmatisiert und demotiviert werden. Wir wollen Hartz IV überflüssig machen.

Neben der gezielten Unterstützung der Arbeitssuchenden treten wir für eine gerechte Verteilung von Arbeit ein, für den Abbau von Zugangshürden in Betrieben und für ein ausreichendes Arbeitsangebot für Geringqualifizierte. Aus den Erfahrungen der letzten Jahre ziehen wir die Lehren und gehen die notwendigen Veränderungen an. Dies gilt insbesondere für die Frage der Grundsicherung für Arbeitssuchende, die Anrechnungsfragen bei Kindern und Jugendlichen und die Sanktionsmechanismen.

Das werden wir tun:

- Wir setzen uns auf Bundesebene für eine Reform und Weiterentwicklung der Grundsicherung für Arbeitssuchende und der Sozialhilfe zu einer Grundsicherung ein, die eine angemessene und diskriminierungsfreie soziale Teilhabe ermöglicht ein. Hierzu zählen u.a.:
- ein längeres Anrecht auf Arbeitslosengeld I. Es soll ab dem 50. Lebensjahr 18 Monate und ab dem 58. Lebensjahr wie bisher 24 Monate betragen
- die Abschaffung von Sanktionen für aktive Arbeitssuchende
- kein Heranziehen des erarbeiteten Vermögens spätestens ab dem 50. Lebensjahr für den Bezug von Arbeitslosengeld II
- Abschaffung der gegenseitigen Anrechnung von Einkommen in Bedarfsgemeinschaften von Arbeitssuchenden
- keine Verrechnung von Zusatzleistungen für Kinder, wie beispielsweise Kindergeld und Unterstützungsleistungen mit den Regelsätzen
- die Anhebung der Bagatellgrenzen für Anrechnungsfragen z.B. für Schülerjobs oder Entschädigungen für ehrenamtliche Tätigkeiten
- Wir werden die Maßnahmen zur Integration in den Arbeitsmarkt für Menschen mit besonderen Vermittlungshemmnissen prüfen und weiterentwickeln.
- Wir werden das Landesarbeitsmarktprogramms als System aufeinander aufbauender Förderinstrumente zur sozialen und beruflichen Integration weiterentwickeln. Dafür stellen wir mindestens 15 Millionen Euro jährlich zur Verfügung.
- Wir setzen uns im Bund für die Einführung des Passiv-Aktiv-Transfers und eine Verbesserung von öffentlich geförderter Beschäftigung als gesetzliche Pflichtleistung des Bundes und ein.

... auf dem Weg in die digitale Gesellschaft

Durch den Einzug des Digitalen vollzieht sich ein tiefgreifender gesellschaftlicher Wandel, der in alle Lebensbereiche eingreift. Die Veränderungen sind in allen Formen des sozialen Austausches erkennbar. Kommunikation, Kooperation und Interaktion wandeln sich im privaten und im beruflichen Umfeld rasant. Menschen sollen kompetent und selbstbestimmt an der digitalen Welt teilhaben. Dazu brauchen sie freien Zugang zu einem schnellen und sicheren Netz, starke Rechte als Bürger, als Verbraucher und Erwerbstätige sowie einen Anspruch auf gute Bildung, ein Leben lang. Es gilt, die Chancen nutzen, ohne die Risiken aus dem Blick zu verlieren. Digitalisierung bedeutet, Daten als wichtigsten Rohstoff unserer Zeit wertschöpfend zu nutzen, Produkte, Produktionsprozesse und Geschäftsmodelle innovativer zu machen und die neuen Kommunikations- und Vernetzungsmöglichkeiten zu nutzen und Menschen vor Missbrauch und Manipulation schützen. Sie umfasst eine technologische und daraus abgeleitet eine gesellschaftliche Entwicklung. Die Digitalisierung der Arbeitswelt muss den arbeitsmarktpolitischen und rechtlichen Rahmen mitdenken. Den digitalen Wandel zu gestalten, ist eine Querschnittsaufgabe über alle Bereiche staatlichen und gesellschaftlichen Handelns hinweg. Wir wollen das durch den digitalen Wandel mehr Freiheit und keine neuen Diskriminierungen entsteht. Daten und Verbraucherschutz sowie verlässliche IT-Sicherheit sind wichtige Grundlagen für das Vertrauen und die Akzeptanz jeder weiteren Digitalisierung. Digitale Souveränität, sichere Infrastrukturen und digitale Produkte sind dafür ebenso unerlässlich, wie starke und unabhängige Kontrollinstanzen.

Zum Gelingen müssen wir die notwendigen Grundlagen schaffen: So muss die digitale Infrastruktur, sowohl kabelgebunden als auch mobilfunkgestützt den heutigen und zukünftigen Anforderungen genügen. Es bedarf einer Antwort auf die Frage, wie wir den Umgang mit Daten und unsere Kommunikation im Netz künftig rechtssicher und orientiert an unseren ethischen Grundwerten gestalten wollen. Daher müssen wir mit einer werteorientierten Netzpolitik den Rechtsrahmen für das digitale Zeitalter setzen. Schließlich muss auch der Staat sich in seinem Handeln verändern. Unter dem Stichwort E-Government müssen wir Verwaltung neu denken und konzipieren.

Das werden wir tun:

- Wir werden die Digitale Strategie des Landes konsequent weiterentwickeln. Hierzu gehört auch der Aufbau einer Digitalagentur für den Freistaat Thüringen.
- Wir werden die Glasfaserstrategie zügig umsetzen. Wir werden bis 2022 die Gewerbegebiete, bis 2023 die Bildungs-, Forschungs- und medizinische Versorgungseinrichtungen sowie bis 2024 die öffentlichen Gebäude von Land und Kommunen an das Glasfasernetz anschließen. Die dafür notwendigen Landesmittel in dreistelliger Millionenhöhe stellen wir sicher.
- Wir werden die Kommunen weiterhin bei der Erstellung von Ausbauplänen unterstützen und so sicherstellen, dass zukünftig bei allen relevanten Tiefbauarbeiten Leerrohre bedarfsgerecht mitverlegt werden können.
- Wir werden uns für flächendeckende Mobilfunkversorgung im ländlichen Raum einsetzen. Auf Ebene des Bundes werden wir darauf hinwirken, dass überall im Land Basismobilfunkdienste, insbesondere Sprachtelefonie, anbieterunabhängig zur Verfügung stehen. Und wir werden potenzielle Mobilfunkstandorte bei den Ausbauplanungen berücksichtigen und deren Anschluss mit Glasfaser fördern. Damit schaffen wir die Voraussetzungen für den zeitnahen Aufbau des Mobilfunks der 5. Generation (5G).
- Mit Jena verfügt Thüringen über einen ausgewiesenen High-Tech-Standort von nationaler Bedeutung mit allein rund 100 IT-Unternehmen, zwei Hochschulen und zwölf Forschungseinrichtungen. Wir werden zusammen mit der Stadt und den relevanten Akteuren Jena zu einer „Smarten“ Modellstadt für Thüringen und Deutschland als Ganzes machen. Mit der Modellstadt werden Lösungen entwickelt, die auch im ländlichen Raum genutzt werden können.

- Wir werden eine Modellregion im ländlichen Raum identifizieren. Hier wollen wir zeigen, wie sich die Herausforderungen im ländlichen Raum etwa in den Bereichen Mobilität, Bildung, Energie, Abfallentsorgung oder Gesundheitsversorgung mit Hilfe des schnellen Internets lösen lassen.
- Wir werden das Kompetenzzentrum Verwaltung 4.0 weiter stärken und somit die Kommunen bei der digitalen Transformation effektiv und praxisorientiert unterstützen. Dabei wollen wir neue Konzepte in Modellkommunen testen, aber auch Best-Practice aus den Kreis-, Stadt- und Gemeindeverwaltungen bewerben. Die Kommunen sind hierbei unsere Verbündeten.
- Daten sind der Treiber für die Generierung von Wissen und das Entstehen neuer Geschäftsmodelle. Wir wollen, dass Open Data vermehrt genutzt wird. Das wird nicht nur der Wirtschaft, sondern auch der öffentlichen Verwaltung sowie der Gesellschaft neue Impulse setzen.
- Datenschutz muss das Recht auf digitale Selbstbestimmung gewährleisten. Die Digitalisierung von Wirtschaft, Arbeit und Leben führt zu umfangreichen Vernetzungen von Daten, aus der Zusammenführung personenbezogener Daten entstehen detaillierte persönliche Profile jedes einzelnen Menschen. Kriterien und Methoden zur Erfassung und Auswertung personenbezogener Daten, die zunehmend auf künstliche Intelligenz und Algorithmen gestützt werden, müssen transparent und diskriminierungsfrei sein. Für jede automatisierte personenbezogene Entscheidung muss es eine Kontroll- und Interventionsmöglichkeit durch Menschen geben. Unverhältnismäßige Belastungen der Bürgerinnen und Bürgern, gerade im Ehrenamt, von Vereinen und Verbänden sowie von kleineren und mittleren Unternehmen wollen wir vermeiden.
- Wir werden uns für eine positive Innovationskultur und mehr digitale Gründungen in Thüringen einsetzen. Dafür werden wir mit den Partnern dafür sorgen, dass sich Thüringen als attraktiver Standort für Unternehmensgründungen weiter entwickelt.
- Wir unterstützen moderne Formen der innovativen Zusammenarbeit von Unternehmen wie z.B. in Coworking Spaces.
- Wir werden verstärkt die Bürgerinnen und Bürger in Thüringen dazu motivieren, die Digitalisierung als Innovationschance für Thüringen zu verstehen. Die Akzeptanz für Digitalisierung werden wir daher erhöhen und erarbeiten dafür entsprechende Programme. Wir wissen, dass viele Menschen Bedenken und Sorgen bzgl. der digitalen Zukunft haben. Wir werden weiterhin öffentlichkeitswirksam dafür sorgen, dass diese Bedenken abgebaut werden.
- Thüringen soll digitale Modellregion in Deutschland werden. Ob 5G, Smart City/Region, eHealth, eMobility oder eLearning, wir werden Unternehmen, Hochschulen und Schulen aktiv einladen, in Thüringen digitale Modelle zu testen und unseren innovativen Standort bewusst für die nächste technologische Revolution zu nutzen.
- Wir setzen uns für gute Arbeit in der digitalen Welt ein. Die Digitalisierung erfordert eine grundlegende Bildung lebensbegleitend. Daher werden wir im Bereich der beruflichen Weiterbildung die entsprechenden Angebote unterstützen und ausbauen.

... für eine digitale Verwaltung – modern, einfach, bürgernah

Eine Welt ohne Internet, soziale Medien oder Online-Shopping ist für uns nicht mehr vorstellbar. Per Smartphone oder Tablet sind wir überall und jederzeit erreichbar. Schier grenzenlos erscheinen die Möglichkeiten digitaler Kommunikations-, Informations- und Speichertechnologien. Die Digitalisierung wird das Leben der Menschen auch in Thüringen in den nächsten Jahren so nachhaltig verändern, wie seit der politischen Wende 1989 nicht mehr geschehen. Unser Ziel ist es, Thüringen bis zum Jahr 2025 zum deutschen Spitzenland und einer Top-Adresse in Europa für die digitale Verwaltung und das E-Government zu entwickeln.

Die technologische Entwicklung und die sich daraus auch für die öffentliche Verwaltung ergebenden Konsequenzen wurden bis 2014 in Thüringen weitgehend ignoriert. Die Thüringer

CDU hat in den vielen Jahren ihrer Verantwortung keinerlei Konzept oder Plan für den Einsatz moderner Informationstechnologien in der Verwaltung erarbeitet, um alle Ebenen der öffentlichen Hand modern und zukunftssicher aufzustellen. Vielmehr wurden technologische Fortschritte verschlafen, notwendige Investitionen gekürzt oder nicht auf den Weg gebracht. Diese fatale Entwicklung haben wir gestoppt und eine Trendwende eingeleitet. Wir verstehen die Digitalisierung als wichtigen Baustein für die Entwicklung Thüringens, dies gilt insbesondere für die Digitalisierung der Verwaltung und ihrer Angebote für Bürgerinnen, Bürger, Unternehmen, Vereine und andere Initiativen. Digitalisierung bietet Chancengleichheit für alle Bürgerinnen und Bürger, weil sie unabhängig vom Wohnort Vorteile bringt. Digitalisierung kann helfen, die Lebensqualität in Thüringen, egal ob in Stadt oder Land, zu verbessern und eine nachhaltige und generationengerechte Entwicklung in den Kommunen voranzutreiben. Der Freistaat, die Landkreise, Städte und Gemeinden können gemeinsam in diesem Prozess der Verwaltungsmodernisierung viel für die Menschen, die Unternehmen, Einrichtungen und Organisationen erreichen.

Das werden wir tun:

Die Digitalisierung der Verwaltung des Freistaates und der Thüringer Kommunen wird von uns zum Leitthema der nächsten Legislaturperiode erhoben. Dafür werden wir bis zum Ende der aktuellen Wahlperiode alle nötigen Weichenstellungen vornehmen, um Thüringen in den nächsten 5 Jahren zum Marktführer für digitale Verwaltungsleistungen zu entwickeln. Die digitale Verwaltung soll zum entscheidenden Standortfaktor ausgebaut und zum Markenkern Thüringens entwickelt werden.

Dafür werden wir folgende Maßnahmen und Initiativen angehen:

- Wir richten ein One-Stop-Governments durch ein zentrales Portal des Freistaats mit moderner Suchen- und Finden-Funktion und Anbindung an den Portalverbund des Bundes ein.
- Wir richten sichere digitale Identitäten für die Bürgerinnen und Bürger ein, damit Datenschutz und informationelle Selbstbestimmung auch in der Digitalisierung gewährleistet sind.
- Wir schaffen Infrastrukturen für elektronische Fernsignaturen, um die aktuelle Hürde der Schriftformerfordernis zu überwinden.
- Wir richten das Thüringen WLAN an öffentlichen Plätzen und in/um Gebäuden der Landesverwaltung ein.
- Wir setzen uns für eine starke Nutzerzentrierung bei neuen Angeboten ein, um eine weite Akzeptanz und hohe Nutzungsgrade zu erreichen.
- Wir setzen die Etablierung von Kooperationen zwischen Verwaltung und Wirtschaft für branchenübergreifende Angebote, z.B. Single-Sign-On-Dienste, fort.
- Wir erweitern konsequent das Angebot an E-Government-Anwendungen.
- Bis zum Jahr 2021 werden wir insgesamt 200 Verwaltungsleistungen, die bisher in Papierform beantragt werden, digitalisieren.
- Wir werden die Verwaltungsgebühren bei elektronischen Verwaltungsleistungen senken.
- Wir werden die Vorschriften des Landes auf Vereinfachungen bei jedem Digitalisierungsprozess prüfen und optimieren. Die Notwendigkeit des persönlichen Erscheinens sowie des Schriftformerfordernisses sind Beispiele hierfür.
- Wir werden Thüringer Kommunen unterstützen, sie sind wichtige Partner beim Ausbau von Online-Angeboten und der Zusammenarbeit in gemeinsamen Projekten, z.B. in Bezug auf zentrale Basisdienste.
- Wir werden den Wandel der Arbeitsaufgaben wie auch des Arbeitsumfeldes der Beschäftigten in den Verwaltungen aktiv und zum Wohle der Beschäftigten gestalten, um die öffentliche Verwaltung als regionalen Arbeitgeber attraktiver zu machen.
- Wir öffnen das Beamtenrecht und die Besoldung für IT-Fachkräfte.

- Wir bündeln die Aktivitäten und Haushaltsmittel zu E-Government, Digitalisierung und moderne Verwaltung 4.0 in einem Ressort. So soll ab der kommenden Legislatur eine stärkere zentrale Steuerung ermöglicht werden.
- Der CIO (Chief Information Officer, entspricht Leiter/in Informationstechnik) des Freistaats Thüringen soll wegen der Bedeutung der Digitalisierung der Verwaltung für die Zukunft des Freistaats Kabinettsrang erhalten.
- Wir werden ein Innovationslabor für den öffentlichen Sektor (GovLab) zusammen mit der Wirtschaft (z.B. Startups) gründen. Es soll zur Erprobung neuer Technologien für den Einsatz in der Verwaltung dienen und den Wirtschaftsstandort Thüringen für innovative Unternehmen aufwerten.
- Wir werden innovative Projekte der Verwaltung aufwerten, z.B. Lifechain – Rechte- und Identitätsmanagement auf Basis von Blockchain-Technologien ausbauen.
- Wir werden Weiterbildungsangebote schaffen, damit die gesamte Bürgerschaft die Angebote einer digitalisierten Verwaltung besser nutzen kann.
- Wir werden Bürgerservicebüros – auch mobil – einrichten, um im ländlichen Raum Anlaufpunkte für diejenigen zu schaffen, die die digitalen Angebote der Verwaltung nicht von zu Hause aus nutzen können oder wollen.

... für eine starke und innovative Wirtschaft

Unser Land hat in den letzten Jahren beachtliche Fortschritte auf dem Weg zu einem modernen Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort gemacht. Das zeigt sich in wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstrukturen, modernen Produktionsanlagen, attraktiven Industrie- und Gewerbeflächen, gut ausgebauten Verkehrsverbindungen sowie einer hohen Beschäftigungsquote. Für den wirtschaftlichen Wiederaufbau in den 90ern steht eine Vielzahl zumeist kleiner und mittlerer Unternehmen. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben in den letzten zehn Jahren diese Entwicklung maßgeblich mitbestimmt und geprägt.

Thüringen verfügt über eine krisenfeste, ausgewogene Wirtschaftsstruktur und ist Industrieland mit Tradition und Zukunft. Die Zahl der Industriearbeitsplätze je 1.000 Einwohner liegt mit 81 deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 75. Der unternehmensnahe Dienstleistungssektor hat sich in den letzten Jahren zu einer Erfolgsgeschichte entwickelt, an der rund 150.000 Beschäftigte mitwirken. Das Handwerk floriert – Umsatz und Unternehmensgrößen steigen. Tourismus und Gastgewerbe, über den in Thüringen einschließlich mittelbarer Effekte – z. B. auf den Einzelhandel – jährlich Umsätze von über drei Mrd. € erwirtschaftet werden, sind wichtige Wirtschaftsfaktoren.

Diese positive Entwicklung ist aber kein Selbstläufer. Auch die Thüringer Wirtschaft steht vor der Aufgabe, in den kommenden Jahren durch Strukturänderungen und die Entwicklung von innovativen Produkten und Produktionsprozessen ihre Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten. Allein der demografische Wandel wird dazu führen, dass das Erwerbspersonenpotenzial in Thüringen bis ins Jahr 2035 um 25 Prozent sinkt. In einigen Landkreisen – auch in den industriellen Zentren – wird der Rückgang weit mehr als 30 Prozent betragen. Nach einer langen Phase der Massenarbeitslosigkeit besteht nun ein Fachkräftemangel. Gleichzeitig werden mit der Digitalisierung nicht nur technologische Umwälzungen, sondern auch Veränderungen von Berufsbildern und Arbeitsformen verbunden sein. Schließlich bedürfen Globalisierung und die zunehmende Ungleichheit bei den Einkommen sozialdemokratischer Antworten. Trotz guter wirtschaftlicher Entwicklung bleibt viel tun.

Das werden wir tun:

- Nach wie vor bestehen zwischen Thüringen und insbesondere westdeutschen Flächenländern erhebliche Unterschiede in der Wirtschaftsstruktur. Unternehmen in unserem Land sind kleiner, durch fehlende Forschung und Entwicklung weniger produktiv und zahlen bei längerer Arbeitszeit geringere Löhne als in den westdeutschen Flächenländern. Auch das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen liegt fast 30 Jahre

nach 1990 noch unter dem Bundesdurchschnitt, auch wenn die Lücke seit 2009 kontinuierlich geringer geworden ist. Um zukünftig im Werben um Fachkräfte mit guten Löhnen und guter Arbeit erfolgreich sein zu können, müssen wir die Produktivität der Thüringer Unternehmen weiter erhöhen. Entscheidend dafür werden Investitionen und Innovationen des Mittelstands in Thüringen sein. Wir werden daher die 10-Punkte-Agenda Mittelstand fortschreiben und die Förderprogramme auf dem Hintergrund der neuen EU-Rahmenbedingungen in einer „Investitions- und Innovationsoffensive Mittelstand“ bündeln. Dafür werden wir nicht nur die notwendigen finanziellen Mittel bereitstellen, sondern die bestehenden Förderrichtlinien optimieren mit dem Ziel die Verfahren noch mehr als bisher zu vereinfachen, zu standardisieren und zu digitalisieren. Die erfolgreiche Großflächeninitiative zur Bereitstellung größerer Gewerbe- und Industrieflächen werden wir fortsetzen. Thüringen hat im bundesdeutschen Durchschnitt eines der höchsten Gewerbesteuer-Hebesatzniveaus. Damit sich diese nicht zu einem Standortnachteil entwickeln, werden wir den Nivellierungshebesatz und Gemeindegrößenklassen überprüfen.

- Demografie und Digitalisierung stellen erhöhte Anforderungen an die Unternehmen. Es wird zunehmend schwierig, Fachkräfte zu gewinnen bzw. zu halten. Wir werden daher mit den zuständigen Stellen der Landesregierung sowie den Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden, Kammern und Hochschulen die bestehenden Aktivitäten in eine ganzheitliche Strategie zur Fachkräftegewinnung und -bindung überführen und umsetzen. Dabei werden wir dafür Sorge tragen, dass Thüringen sein Image als Niedriglohnland ablegt und stattdessen als attraktiver Ort zum Leben und Arbeiten anerkannt wird.
- Wir werden die Digitalisierung des industriellen Mittelstands und der produktionsnahen Dienstleistungen weiter vorantreiben, damit die Unternehmen in unserem Land ihren Platz in den zunehmend international ausgerichteten Wertschöpfungsnetzwerken behaupten und auch in Zukunft qualitativ hochwertige Arbeitsplätze mit guten Löhnen anbieten können. Wir werden die erfolgreiche Förderung von Modellprojekten zu digitalen Innovationen und digitalen Plattformen fortsetzen und zusätzliche finanzielle Mittel für die unbürokratische Förderung von digitaler Technologien und Geschäftsmodelle gerade kleinerer Unternehmen im Rahmen des Digital Bonus Thüringen bereitstellen. Das Thüringer Kompetenzzentrum Wirtschaft 4.0 in Erfurt sowie das Kompetenzzentrum Mittelstand 4.0 Ilmenau wollen wir fortführen und weiterentwickeln.
- In den laufenden Diskussionen auf Bundes- und EU-Ebene zur Zukunft der Regionalförderung setzen wir uns dafür ein, ein gesamtdeutsches Fördersystem für strukturschwache Regionen zu entwickeln, das Impulse für wirtschaftliche Entwicklung, Innovation und Wachstum setzt. Wir wollen einen Pakt für strukturschwache Regionen. Dafür wollen wir die Regionalpolitik mit den Programmen für ländliche Räume, der Wirtschafts- und Innovationsförderung, Forschungsförderung und Städtebauförderung zusammenführen.
- Vor dem Hintergrund von Digitalisierung und demografischem Wandel werden wir die Industriepolitik in Thüringen kontinuierlich weiterentwickeln, und die Ansiedlungspolitik auf Branchen mit hohem Lohnniveau und Produktivität fokussieren. Mit den Kommunen haben wir 2019 einen Dialogprozess zur kommunalen Wirtschaftsförderung aufgesetzt, der die Aufgabenteilung zwischen dem Land und den Kommunen offenlegen und neu aufsetzen soll. Wir werden die Kommunen finanziell unterstützen, dieser Aufgabe auch nachkommen zu können. Die Außenwirtschaftsförderung wollen wir noch stärker auf erfolgreiche Branchen und Absatzmärkte ausrichten. Dazu gehört auch, dass wir das Profil der Regionalen Innovationsstrategie schärfen und konsequent an den im unserem Land vorhandenen Stärken ausrichten, sowie die Clusterförderung fortführen.
- Darüber hinaus wollen wir neue Förderformate insbesondere zur Verbesserung der Kommunikation zwischen Wissenschaft und Wirtschaft sowie des Technologietransfers entwickeln. Konkret sollen an bestehende Forschungseinrichtungen Innovation Hubs entstehen. Hierzu gehören beispielsweise das an den wirtschaftsnahen

Forschungseinrichtungen angesiedelte WiNaFo-Acceleratorprogramm „Get started“, das Pilot-Vorhaben „Digital Innovation Hub Photonics“ am Leistungszentrum Photonik oder der Innovation Hub „TH-Automobilindustrie“. Gleichzeitig werden wir den Transfer aus Forschung und Entwicklung in die Wirtschaft befördern. Hierzu werden wir die Verbundforschung, die Vernetzung der Akteure sowie die Bemühungen um eine innovationsfreundliche Atmosphäre verstärken.

- Angesichts der sich abzeichnenden Veränderungen in der Automobilindustrie stehen die von kleinen und mittleren Unternehmen dominierte Thüringer Automobil- und Zulieferindustrie vor großen Herausforderungen. Wir sind überzeugt: Richtig gestaltet, eröffnet der Wandel große Chancen. Wir werden daher die erfolgreiche „Automotive Agenda Thüringen“ fortsetzen, um insbesondere die Zusammenarbeit der vielen Unternehmen im Sinne einer neuen Innovationskultur in unserem Land zu stärken. Die individuelle Mobilität der Zukunft hat viele Facetten. Verbrennungs- und Elektromotor, angetrieben durch Batterie oder Brennstoffzelle, werden noch längere Zeit nebeneinander und in Hybridantrieben sogar miteinander existieren. Mit strategischen Ansiedlungen, dem Zusammenführen von Hochschulen, Forschungseinrichtungen sowie Unternehmen wollen wir Thüringen zu einem Standort von nationaler Bedeutung für die Entwicklung und Produktion von batteriegetriebenen Lösungen machen.
- Wir werden die Thüringer Wirtschaft zum Vorreiter für Künstliche Intelligenz (KI) in der Produktion machen. Hierzu werden wir das Mittelstand 4.0-Kompetenzzentrum an der TU Ilmenau zu einem nationalen KI-Zentrum weiterentwickeln und im Verbund aus Hochschulen, Forschungseinrichtungen, Clustern und Netzwerken sowie Unternehmen bedarfsgerechte und zukunftsfähige Lösung für die Industrie 4.0 erarbeiten.
- Thüringen soll das attraktivste Bundesland für Gründerinnen und Gründer sowie für junge Unternehmen bleiben. Mit dem Thüringer Zentrum für Existenzgründungen und Unternehmertum (ThEx) als Anlaufstelle für Erstberatungen kann unser Land mit einer im bundesweiten Vergleich einmaligen Beratungsstruktur aus einer Hand punkten. Zukünftig werden wir den Fokus noch stärker auf die Förderung von jungen Menschen, Frauen und Migranten legen. Unternehmensnachfolgen und die Zukunftssicherung für kleinere und mittlere Unternehmen gewinnen zunehmend an Bedeutung, mithilfe von Nachfolgelotsen und -moderation werden wir dieses Thema verstärkt adressieren. Zudem wollen wir die Vernetzung von Gründern und Unternehmern sowie die Kooperation mit Hochschulen und Forschungseinrichtungen stärken.
- Das Handwerk ist das Rückgrat der mittelständisch geprägten Thüringer Wirtschaft. Es bietet für viele Menschen gute Arbeit in allen Regionen unseres Landes. Jungen Menschen haben in handwerklichen Berufen beste Entwicklungsperspektiven, sei es als Angestellter oder als Unternehmer und Gründer. Vor allem aber ist das Handwerk zutiefst mit der Wirtschaft und Gesellschaft in unserem Land verwoben: Ein florierendes Handwerk ist Voraussetzung für qualitative Ausbildungsplätze, für die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung, für Arbeitsplätze vor Ort und die Unterstützung des Ehrenamts. Daher werden wir gemeinsam mit dem Handwerk die vor uns liegenden Herausforderungen des demografischen Wandels und der Digitalisierung im Rahmen eines Aktionsprogramms auf eine neue Stufe heben. Eine Ausbildung im Handwerk bietet beste Chancen. Damit das noch bekannter wird, werden wir die berufliche Orientierung und die duale Ausbildung stärken, Ausbildungsinhalte digitalisieren und das Azubi-Ticket dauerhaft einführen. Wir setzen uns dafür ein, das Aufstiegs-BAföG zu einer kostenfreien Meisterausbildung weiterzuentwickeln.
- Mit der Landestourismusstrategie haben wir den Tourismus allgemein und das touristische Marketing für Thüringen im Besonderen neu ausrichten und fokussieren. Tourismus lebt vom Engagement vor Ort. Daher werden wir die lokalen und regionalen Organisationsstrukturen im Rahmen der Landestourismusstrategie durch einen „Bottom-up“-Prozess vorantreiben. Mit einer Neufassung des Landesprogramms Tourismus werden wir zukünftigen die Förderung von Destination Management Organisationen (DMO), des touristischen Marketings und der touristischen Infrastrukturen bündeln. Wir werden die Betriebe des Gastgewerbes fit für die Zukunft machen, die

Beratungsangebote verbessern und das Ansiedlungsmanagement ausdehnen. Wir werden die Digitalisierung des Tourismus konsequent vorantreiben. Dabei hat für uns die Umsetzung der Thüringer Content Architektur Tourismus (ThüCAT) Priorität, um digitale Inhalte nachhaltig zu organisieren und die Aufmerksamkeit für touristische Angebote aus Thüringen in allen Zielgruppen zu erhöhen. Darüber hinaus werden wir digitale Innovationen im Tourismus fördern und dabei insbesondere die Digitalisierungsprozesse in den Betrieben unterstützen.

- Wirtschaftliche Entwicklung beginnt vor Ort in den Regionen. Wir werden daher das erfolgreiche Projekt „Zukunft Thüringer Wald“ fortsetzen. Die Region wird damit zum Zukunftslabor für innovative Maßnahmen und Konzepte für die wirtschaftliche und touristische Entwicklung in allen Regionen. Daneben werden wir in verschiedenen Regionen mit engagierten Gemeinden die Umsetzung der Landestourismuskonzeption modellhaft vorantreiben. Damit zeigen wir, dass die Verbindung von Engagement vor Ort und Know-how von außen nachhaltigere Ergebnisse bringt. Diese Erfahrungen wollen wir für ganz Thüringen nutzbar machen.

... für eine gute Gesundheitsversorgung

Eine gute medizinische Versorgung gehört zu den Grundpfeilern des vorsorgenden Sozialstaats. Bei der Ausgestaltung des Gesundheitssystems muss der Mensch im Mittelpunkt stehen und nicht die Gewinnmaximierung. Sozialdemokratische Gesundheitspolitik bedeutet, diese Grundbedürfnisse unabhängig von Einkommen, dem Wohnort oder dem Alter Geltung zu verschaffen. Der uneingeschränkte Zugang zu medizinischer Versorgung ist ein elementarer Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge und von existenzieller Bedeutung für die Attraktivität Thüringens, insbesondere des ländlichen Raumes.

Das Vertrauen in die Ärzte und Ärztinnen ist in Thüringen hoch. Es gibt hervorragende Kliniken und Praxen. Aber die Medizinerinnen und Mediziner sowie die Pflegekräfte sind im Land ungleich verteilt. Oft sind es ländliche Regionen, die eine relative Unterversorgung beklagen müssen. Wir werden Maßnahmen ergreifen, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken. Wir brauchen neue Konzepte und werden auf deren Basis Innovationen im Bereich der Medizin und der medizinischen Versorgung unterstützen.

Das werden wir tun:

- Wir werden dafür sorgen, dass Jede und Jeder innerhalb einer angemessenen Anfahrtszeit einen Hausarzt oder Facharzt erreichen kann. Zur medizinischen Versorgung zählt auch die Apotheke im ländlichen Raum, auch sie muss mit ihrem Angebot und der Beratung in guter Erreichbarkeit bleiben.
- Die Apotheken vor Ort als Schnittstelle zwischen Patient und Arzt versorgen die Bevölkerung dezentral mit Arzneimitteln (AM) und medizinischen Produkten. Sie bieten Leistungen, wie persönliche Information und Beratungen zu AM, Herstellung von Rezeptur-AM, Nacht und Notdienste, eine Sicherstellung der Versorgung im Katastrophenfall, einen niederschweligen Zugang zu medizinischer Versorgung sowie wohnortnahe Arbeitsplätze. Damit sind die als Infrastruktur im ländlichen Raum unverzichtbar. Deshalb setzen wir uns für eine klare Gesetzgebung bezüglich der Honorierung von pharmazeutischen Leistungen, für eine wirtschaftliche Sicherung von Apotheken, sowie für die Gleichpreisigkeit von rezeptpflichtigen AM zwischen Apotheke vor Ort und dem Online-Handel ein.
- Wir unterstützen eine Erweiterung des Instituts für Pharmazie an der Friedrich-Schiller-Universität in Jena mit dem Ziel, einen wichtigen Beitrag gegen den Fachkräftemangel von approbierten Apotheken in Deutschland zu leisten. Dies ist dringend notwendig, um eine nachhaltige, flächendeckende Versorgung mit AM auch im ländlichen Raum durch Apotheken zu erhalten.
- Besonders das flächendeckende Angebot der klinischen und außerklinischen Geburtshilfe stellen wir sicher. Wir unterstützen die freiberuflichen Hebammen bei ihrer

Berufsausübung, z.B. im Hinblick auf die Haftpflichtversicherung für in der Geburtshilfe tätigen Hebammen.

- Wir werden einen verbindlichen Pflegeschlüssel für die stationäre Alten- und Krankenpflege von 1:4 einführen.
- Wir setzen uns dafür ein, dass die zukünftigen Bedarfsplanungen reformiert werden mit dem Ziel, dass sich die Zulassung von Ärzten am Bedarf vor Ort orientiert.
- Wir versetzen Kommunen und Landkreise in die Lage, in eigener Regie Sorge für eine bedarfsgerechte Versorgung zu tragen.
- Die bundesweit einmalig hohe Privatisierungsquote in der Thüringer Krankenhauslandschaft führt zu erheblichen Problemen bei der notwendigen strukturellen Weiterentwicklung. Wir bekennen uns zu einer Rekommunalisierung von Krankenhäusern, wenn sich dafür die Gelegenheit bietet und sie finanziell vertretbar ist. Wir werden es ermöglichen, dass Landkreise mit Kliniken Versorgungsverträge auch dann schließen können, wenn sie selber nicht Miteigentümer sind.
- Wir setzen uns beim Bund dafür ein, dass die Finanzierung der Gesundheitsvorsorge solidarisch erfolgt. Dazu gehört auch die Einführung einer Pflegevollversicherung.
- Wir sehen in der Generalisierung der Ausbildung für Kranken-, Kinderkranken- und Altenpflege Chancen und Risiken. Solange ein erhebliches Einkommensgefälle die drei Berufe voneinander unterscheidet, droht ein Ausbluten der Altenpflege. Daher nutzen wir die Generalisierung als Chance, einen Impuls für einen Flächentarifvertrag und eine erhebliche Gehaltsanhebung in der Altenpflege zu setzen.
- Wir werden die Nachwuchsgewinnung nicht nur im Ärzte- und Pflegebereich verbessern, sondern auch in weiteren Mangelberufen, wie beispielsweise Hebammen, Physiotherapeuten oder pharmazeutisch-technischen Assistenten. Ein Ausbau kostenloser Ausbildungsangebote an staatlichen Schulen ist dabei unabdingbar.
- Öffentliche Krankenhausinvestitionen werden wir prioritär in Abhängigkeit von der Qualität der Einrichtung und der Tarifbindung der Mitarbeiter vornehmen.
- Wir setzen uns für eine bedarfsgerechte Ausweitung der qualifizierungsbegleitenden Hilfen sowohl für Erstauszubildende als auch für Weiterbildung und Umschulung unter Nutzung des bewährten Thüringer Modells der Jugendberufshilfe ein.
- Im Bereich der Medizin ist die Digitalisierung ein vielversprechendes Hilfsmittel. Die Möglichkeiten der Telemedizin, eine höhere Priorität von Praxen und Kliniken beim Breitbandausbau und eine bessere Kommunikationsinfrastruktur zwischen Ärztinnen und Ärzten sowie Notdiensten unterstützen wir finanziell.
- Wir werden die Etablierung der Telemedizin und den Ausbau digitaler Angebote parallel zu etablierten Angeboten fördern, um grundlegende medizinische Leistungen möglichst vor Ort anbieten zu können.
- Wir setzen uns für die Förderung von lokalen Gesundheitszentren in öffentlicher Trägerschaft ein. In solchen Ärztehäusern wird viel fachärztliche Kompetenz gebündelt, sie sichern die Versorgung in der Breite.
- Wir werden die Krankenhausplanung als Instrument der Strukturentwicklung verstärkt nutzen und den Öffentlichen Gesundheitsdienst attraktiver machen.
- Zur Verbesserung von Präventions- und Hilfsangeboten werden wir ein Landeskonzept zur Suchtprävention entwickeln und die Einrichtung einer zentralen Koordinierungsstelle für Sucht und Prävention in Erwägung ziehen.

... für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen

Die Gesellschaft wird älter. Die Zahl der Pflegebedürftigen in Thüringen, wie auch bundesweit, steigt kontinuierlich an. In 2005 gab es in Thüringen knapp 67.000 Pflegebedürftige, in 2017 waren es mit 115.000 fast doppelt so viele und in den kommenden Jahrzehnten wird sich diese

Entwicklung fortsetzen. Knapp die Hälfte der Pflegebedürftigen werden nicht in einer ambulanten oder stationären Einrichtung, sondern ausschließlich von Angehörigen gepflegt.

Deutschlandweit gibt es mehr als 13.000 stationäre Pflegeeinrichtungen mit über einer Million Beschäftigten und noch einmal so viele ambulante Pflegedienste. Die Leistungsausgaben der sozialen Pflegeversicherung haben sich in den zurückliegenden zehn Jahren auf 35,5 Milliarden Euro verdoppelt. Der Handlungsbedarf ist hoch. Dabei sind wir uns bewusst, dass wir in diesem Feld die Perspektive der Pflegebedürftigen, ihrer Angehörigen und die Fachkräfte in der Pflege in den Blick nehmen müssen.

Um den Herausforderungen angemessen begegnen zu können, braucht es eine Reform der Pflegeversicherung. Aufgaben und finanzielle Lasten müssen neu durchdacht und verteilt werden. Die Arbeitsbedingungen der Pflegekräfte müssen verbessert werden. Bestehende Hürden bei der Berufswahl gehören abgebaut. In Thüringen ist die Lage besonders prekär. Der Bedarf an Pflegekräften ist weiterhin hoch. Nach Angaben der Arbeitsagentur kommen im Freistaat auf 100 offene Stellen nur 14 Fachkräfte. In 2017 waren im Durchschnitt mehr als 730 Stellen nicht besetzt.

Das werden wir tun:

- Wir setzen uns dafür ein, dass für den Pflegebereich ein deutschlandweit einheitlicher Mindestlohn eingeführt wird, der für Pflegefachkräfte schrittweise bis 2023 an das Niveau der Krankenpflege angepasst wird. Dies ist notwendig, um die Altenpflege für Fachkräfte attraktiv zu machen. In 2023 werden die ersten Fachkräfte die generalisierte Pflegeausbildung absolviert haben.
- Wir setzen uns weiter dafür ein, dass sowohl die ambulante als auch die stationäre Versorgung im Pflegebereich flächendeckend in Thüringen gegeben sind.
- Wir setzen uns dafür ein, dass der Personalschlüssel in der Altenpflege auf ein mit der Krankenpflege vergleichbares Maß angehoben wird. Nur so kann neben der tatsächlichen Arbeit auch ein Mindestmaß an menschlicher Zuwendung gewährleistet werden. Darüber hinaus steigert eine Entlastung der Pflegekräfte die Qualität der Arbeit und die Attraktivität des Berufes deutlich.
- Wir werden die Sozial- und Tarifpartner dabei unterstützen, die unübersichtliche Tariflandschaft in Thüringen mithilfe von Branchentarifverträgen in der Altenpflege zu beenden.
- Die Pflegeversicherung muss zu einer echten Vollversicherung umgebaut werden, die mindestens die Personalkosten der Pflege komplett trägt, hierfür setzen wir uns ein. Geschieht dies nicht, sind Lohnerhöhungen und ein verbesserter Personalschlüssel zu 2/3 von den gepflegten Menschen, ihren Angehörigen oder zuletzt von den Sozialämtern zu zahlen, das müssen wir verhindern.
- Die Finanzierung der Gesundheitsvorsorge – und dazu gehört ausdrücklich auch die Pflege – muss solidarisch erfolgen, dafür setzen wir uns ein.
- Wir versetzen durch Beratungsangebote und eine entsprechende finanzielle Ausstattung Kommunen und Landkreise in die Lage, Sorge für eine bedarfsgerechte Versorgung in eigener Regie zu tragen.

... für ein sicheres Thüringen

Die Statistik zeigt, Thüringen ist ein sicheres Bundesland. In einer unübersichtlich gewordenen Welt gilt es aber auch, die subjektiven Ängste der Menschen ernst zu nehmen. Nur wenn alle Menschen Sicherheit und Gerechtigkeit erfahren, bewahren wir den Zusammenhalt in der Gesellschaft. Dem wird die SPD Thüringen Rechnung tragen.

Damit Thüringen seinen Spitzenplatz im bundesweiten Vergleich der Sicherheit auch in Zukunft behält, setzt wir uns für eine personell aufgestockte und technisch bestmöglich ausgestattete Polizei und Justiz ein. Wer die öffentliche Sicherheit garantiert und ein hohes Berufsrisiko trägt,

muss die bestmöglichen Arbeitsbedingungen haben. Spätestens bis zum Ende der kommenden Legislatur will die SPD Thüringen alle Defizite im Bereich der Polizei und Justiz abbauen. Um das zu erreichen, braucht es neben Personal und sächlicher Ausstattung auch Innovationen im Sicherheitsbereich.

Respekt, Dank und Anerkennung zollen wir den oft freiwilligen Feuerwehr- und Rettungskräften. Ihre Leistung und Einsatzfreude werden wir weiterhin durch finanzielle Förderung der Feuerwehren und des Katastrophenschutzes unterstützen. Wir sorgen für ein modernes technisches Material, weil das entscheidend für Retter und Menschen in Notsituationen ist.

Die Arbeit der Thüringer Polizeibeamtinnen und -beamten erfährt unsere Anerkennung und Wertschätzung. Angriffe auf Polizistinnen und Polizisten, aber auch auf andere Staatsbedienstete sowie auf Rettungskräfte, verurteilen wir aufs Schärfste. Die Thüringer Polizei ist ein Abbild der Gesellschaft und steht im ständigen Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern. Versuche, die Thüringer Polizei in ihrer Gesamtheit oder einzelne Beamtinnen und Beamte zu diskreditieren und zu diffamieren weisen wir zurück.

Das werden wir tun:

- Eine verbesserte Personalausstattung der Thüringer Polizei ist Grundvoraussetzung, um die Präsenz in der Fläche aufrechtzuerhalten bzw. zu erhöhen. Wir werden daher die Zahl der Anwärterinnen und Anwärter im Polizeibereich auf 350 pro Jahr erhöhen und verstetigen. Zusätzlich werden wir deutlich mehr Stellen für Polizistinnen und Polizisten schaffen.
- Seit Jahren sinkt das Interesse junger Menschen für den Polizeiberuf in Thüringen. Westliche Bundesländer verzeichnen dagegen steigende Bewerberzahlen. Durch gute Besoldung auf Basis des Stellenhebungsprogramms und der Verstetigung der 10-prozentigen Beförderungsquote, mittels Jobperspektiven durch Aufstiegs- und Weiterbildungsmöglichkeiten wollen wir die Attraktivität der Thüringern Polizei als Arbeitgeber erhöhen. Wir Förderung die Vereinbarkeit von Familie und Beruf u. a. indem wir eine an die Einsatzzeiten angepasste Kinderbetreuung für die Beamten und Beschäftigten der Thüringer Polizei auf den Weg bringen. Mit einer Personalmarketingkampagne für den Polizeidienst in Thüringen werden wir mehr Frauen, aber auch Menschen mit Migrationshintergrund für den Polizeidienst begeistern.
- Der Polizeiberuf verlangt denjenigen, die ihn ausüben, große körperliche und seelischen Belastungen ab. Dem werden wir durch ein modernes und speziell auf die Polizei zugeschnittenes Gesundheitsmanagement begegnen. Zu diesem Zweck werden wir gesundheitsfördernde Maßnahmen innerhalb der Polizei ausbauen und für eine bedarfsgerechte qualitativ hochwertige Ausstattung der Polizeibeamtinnen und -beamten sorgen. Außerdem werden wir dafür sorgen, dass die Thüringer Polizeibeamtinnen und -beamten ausreichend Regenerations- und Ruhephasen haben. Bei geschlossenen Einheiten ist zu gewährleisten, dass diese mindestens an einem Wochenende im Monat planbar Freizeit haben. Außerdem werden wir überprüfen, bei welchen Aufgaben Polizeibeamte durch den Einsatz von Tarifbeschäftigten entlastet werden können. Mit der freien Heilfürsorge werden wir einen zusätzlichen Anreiz für das Berufsbild der Polizei schaffen. Wer in einem Dienstverhältnis steht, das körperliche Fitness voraussetzt, indem aber gleichzeitig die körperliche Unversehrtheit oft Risiken ausgesetzt ist, verdient eine besondere Zuwendung durch den Dienstherrn.
- Wir werden dafür Sorge tragen, dass die Thüringer Polizeibeamtinnen und -beamten die bestmögliche Ausbildung erhalten. Deshalb setzen wir uns für eine kontinuierliche Verbesserung des Lehr- und Lernumfeldes an der Polizeischule Meiningen ein. Zur intelligenten Bekämpfung neuer Deliktfelder wie der organisierten Kriminalität und Cybercrime prüfen wir die Einführung neuer Berufsbilder in Polizei und Justiz. Durch die verstärkte Ansprache von Bewerberinnen und Bewerbern mit Migrationshintergrund wollen wir die interkulturelle Kompetenz der Thüringer Sicherheitsbehörden stärken. Den Einsatz einer sporadisch ausgebildeten Wachpolizei, wie in anderen Bundesländern praktiziert, lehnen wir entschieden ab.

- Um die Präsenz der Polizei in der Fläche zu erhöhen, werden wir diese durch eine konsequente Trennung von front-office und back-office deutlich von Verwaltungsaufgaben entlasten. Damit diese gelingt, investieren wir in moderne Ausrüstung, IT-Strukturen und die Qualifizierung des Personals – alle Polizeikräfte erhalten mobile Endgeräte. Sachfremde Aufgaben, wie z. B. die Begleitung von Schwertransporten, wollen wir auf den Prüfstand stellen und wo möglich die Polizistinnen und Polizisten davon befreien.
- Durch die gezielte Verstärkung mit wissenschaftlicher Expertise werden wir die Thüringer Sicherheitsbehörden fit machen für die Nutzung modernster Methoden und Instrumente zur Verbrechensbekämpfung und Gefahrenabwehr. Dazu gehört auch die Nutzung neuer Möglichkeiten im Bereich der Datenanalyse. Im Rahmen eines Modellprojekt „PPaB“ (Predictive Policing against Burglary) wollen wir Erfahrungen in der falldatenbasierten Verbrechensbekämpfung im Deliktfeld Wohnungs- und Ladeneinbrüche sammeln.
- Wir wollen ein weltoffenes Thüringen in einem humanen Europa. Menschen, die aus für uns unvorstellbaren Verhältnissen fliehen und hier Asyl begehren, bieten wir unser Willkommen und gute Nachbarschaft. Zum Asylverfahren gehört auch, dass bei Nichtgewährung des Schutzstatus' auch eine Aufenthaltsbeendigung erfolgt. Dies ist Teil des rechtsstaatlichen Verfahrens. Bei abgelehnten Asylanträgen verlassen heute im Übrigen die meisten Menschen Deutschland wieder durch selbstständige Ausreise. Denen, die durch eine Straftat ihr Bleiberecht verwirkt haben, müssen wir die Tür weisen. Allerdings gilt auch hier die Einzelfallprüfung: In der Regel steht die Verbüßung der Strafe in einem deutschen Gefängnis vor der Abschiebung. Erst nach Verbüßung der Straftat ist bei schweren Straftaten zu prüfen, ob unmittelbar danach eine Abschiebung erfolgt. Wir unterstützen und fordern europäische Lösungen für Asylverfahren, Rückführung oder Integration von Asylbewerbern und Kriegsflüchtlingen. Wir unterstützen diejenigen, die sich ehrenamtlich und täglich hundertfach um Integration bemühen.
- Feinden der Demokratie, der Verfassung und der Menschenrechte, dem Extremismus jeglicher Art stellen wir uns entschieden entgegen. Dabei setzen wir zur frühzeitigen Erkennung und Gefahrenabwehr sowohl auf den Thüringer Verfassungsschutz, die Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden als auch auf die zivilgesellschaftlichen Akteure. Nicht zuletzt die enge Bindung zwischen der AfD und rechtsradikalen Gruppierungen dokumentiert die Notwendigkeit für ein Überwachungsorgan, um die freiheitlich demokratische Grundordnung in der Bundesrepublik und Thüringen gewährleisten zu können. Das Amt für Verfassungsschutz muss dabei personell und materiell ordentlich ausgestattet sein, um die Gefahrenabwehr in unserer Demokratie zu unterstützen.
- Durch einen landesweiten Ausbau der regionalen Präventionsstrukturen wollen wir vermeidbaren Straftaten vorbeugen. Dazu gehört auch der flächendeckende Aufbau von Jugendstationen analog zu den erfolgreichen Modellprojekten in Jena und Gera. Um Menschen jeden Alters vor Kriminalität im Netz zu schützen konzipieren wir eine Präventionsstrategie Cybercrime und setzen sie um.
- Wir setzen uns für eine schnelle und effektive Strafverfolgung und Rechtsdurchsetzung ein. Dafür werden wir den Austausch zwischen Justiz und Polizei insbesondere in den Bereichen organisierte Kriminalität, Wohnungseinbruch sowie zu Mehrfach- und Intensivstraftäter durch z. B. die Errichtung einer gemeinsamen Datenaustauschplattform von Justiz und Sicherheitsbehörden verbessern. Die länderübergreifende Zusammenarbeit zwischen Polizei und Justiz bei überregionalen Strafbarkeitsphänomenen werden wir ausbauen. Möglichkeiten zur Verfahrensbeschleunigung nach StPO werden wir konsequent nutzen. Zusätzlich werden wir die Einführung von Schnellverfahren bei Bagatelldelikten prüfen.
- Wir sind stolz auf die vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer bei Feuerwehren und Rettungsdiensten in Thüringen. Als Anerkennung werden wir ihre Leistungen mit einer öffentlichkeitswirksamen Kampagne „Bürger als Helfer“ würdigen. Die hohe Leistungsbereitschaft und Einsatzfreude von Feuerwehren und Rettungskräfte werden

wir durch Investitionen in der Fläche unterstützen. Wir sind uns bewusst, dass durch die demografische Entwicklung und die steigende Anzahl von Berufspendler viele freiwillige Wehren die Tagesbereitschaft nur schwer gewährleisten können. Umso wichtiger ist für uns die Unterstützung der Nachwuchsarbeit im Feuerwehrbereich. Diese werden wir stärken, um die hohe Qualität und Einsatzbereitschaft zu erhalten. Durch Investitionen in Infrastruktur und Lehrangebote, insbesondere mit Blick auf klima- oder technologiebasierten Veränderungen der Einsatzszenarien (Waldbrände, Löschen von E-Autos) werden wir die Thüringer Landesfeuerwehr- und Katastrophenschutzschule weiterentwickeln.

- Die Feuerwehren im Land sind das Rückgrat des Katastrophenschutzes. Sie müssen auch in Zukunft handlungsfähig sein. Dazu gehören gute Bedingungen für die Kameradinnen und Kameraden sowie modernes Gerät, um auch neuen Herausforderungen begegnen zu können.
- Wir werden die zentrale Beschaffung von Feuerwehrausstattung prüfen und die Beschaffung der Feuerwehrfahrzeuge in Zweckverbänden oder auf Landesebene bündeln.
- Ein moderner Justizvollzug ist auf Resozialisierung der Gefangenen ausgerichtet. Gute Ausbildungs-, Arbeits- und Therapieangebote eröffnen straffällig gewordenen Menschen Zukunftschancen und helfen, ein eigenständiges und eigenverantwortliches Leben nach dem Verbüßen der Strafe zu führen. Dazu sind vorhandene Diagnose- und Therapiemaßnahmen regelmäßig den praktischen Anforderungen gegenüberzustellen. Der im Thüringer Justizvollzugsgesetzbuch verankerte Behandlungsvollzug erfordert aber auch ein Mindestmaß an Personal, in den Fachdiensten durch Psychologen, Sozialarbeiter, Pädagogen ebenso wie im gehobenen und mittleren allgemeinen Vollzugsdienst. Wir werden deshalb für eine Einstellung von personellem Nachwuchs, insbesondere im mittleren allgemeinen Vollzugsdienst, aber auch in den Fachdiensten die notwendigen Planstellen und Haushaltsmittel bereitstellen.
- Die Vorkommnisse in Thüringer Vollzugsanstalten wie Suizide und Gefangenenausbrüche seit dem Jahr 2016 sind auch die direkte Folge einer ausgedünnten Personaldecke. Derzeit fehlen, gemessen am tatsächlichen personellen Bedarf, landesweit zwischen 70 und 100 Beschäftigte im allgemeinen Vollzugsdienst. Diese Lücke werden wir durch Neueinstellungen schließen. Zur Gewinnung von motivierten und qualifizierten Nachwuchskräften werden wir die Attraktivität des Berufsfeldes „Justizvollzug“ steigern. Wir setzen uns für gute Arbeitsbedingungen, eine moderne Ausrüstung und für Aufstiegsmöglichkeiten auf allen Ebenen des Justizvollzugs ein.
- Wir werden die berufliche Bildung im Justizvollzug über das Jahr 2020 hinaus erhalten. Derzeit wird die berufliche Bildung der Gefangenen als eine der wichtigsten Behandlungsmaßnahmen durch externe Bildungsträger (bfw, Grone) organisiert. Diese Bildungsmaßnahmen werden in der aktuellen EU-Förderperiode mit insgesamt ca. 14 Millionen Euro aus dem ESF kofinanziert. Sollten in der kommenden Förderperiode ESF-Mittel nicht mehr in gleicher Höhe zur Verfügung stehen, werden wir diese durch Landesmittel ersetzen.
- Moderner menschenwürdiger Vollzug setzt grundsätzlich die Einzelunterbringung der Gefangenen während der Einschlusszeiten voraus. In Thüringen ist dies bisher in zwei Anstalten (JVA Tonna, JSA Arnstadt) gewährleistet. Die Justizvollzugsanstalten Hohenleuben, Untermaßfeld und Goldlauter dürfen noch bis zum 31. Dezember 2024 bis zu sechs Gefangene auf einem Haftraum unterbringen. An dem Gemeinschaftsprojekt mit dem Freistaat Sachsen „JVA Zwickau-Marienthal“ soll daher festgehalten werden. Zusätzlich wollen wir aber auch die Erweiterung und Modernisierung bestehender Einrichtungen in Thüringen als Ergänzung ergebnisoffen prüfen.

... für ein starkes demokratisches Gemeinwesen

Die SPD Thüringen will ihren Beitrag leisten, die Demokratie in unserem Freistaat zu schützen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Menschen in Thüringen zukünftig noch besser politische Prozesse gestalten und an den Entscheidungsfindungen partizipieren können. Eine stabile Demokratie braucht Menschen, Vereine und Parteien die sich beteiligen und sich in verschiedenen Bereichen unserer Gesellschaft einbringen wollen. Darum setzen wir auf demokratisch legitimierte repräsentative Strukturen. Dafür brauchen wir verlässliche Parteien, eine öffentliche Diskussion und die Zusammenarbeit mit Vereinen und Initiativen.

Das werden wir tun:

- Wir werden das aktive Wahlalter auch für Landtagswahlen auf 16 Jahre senken. Aufgrund der demografischen Entwicklung in unserem Land geraten Jugendliche unweigerlich in eine Minderheitensituation. Durch gezielte Bildungsangebote in der Schule wollen wir die Jugendlichen auf ihre erste Wahl oder Abstimmung vorbereiten.
- Wir setzen uns dafür ein, dass Frauen entsprechend ihres Anteils an der Gesamtbevölkerung auch im Thüringer Landtag vertreten sind. Wir streben deshalb an, dass künftig die Hälfte der Thüringer Landtagsabgeordneten weiblich sein soll. Zu diesem Zweck werden wir ein Paritégesetz auf den Weg bringen.
- Öffentliche Unternehmen stehen unter der Kontrolle des Staates. In der Regel sind sie im Bereich der Daseinsvorsorge tätig. Dazu gehört z. B. die Versorgung mit Wasser und Strom, die Müllabfuhr und gegebenenfalls die Wohnungsverwaltung und das Betreiben von Krankenhäusern. Als ein neues Instrument der demokratischen Kontrolle führen wir eine Privatisierungsbremse ein. Sie sieht vor, dass öffentliche Unternehmen der Daseinsvorsorge nicht verkauft werden können, wenn die Bürgerinnen und Bürger der Privatisierung in einem Referendum mit Mehrheit ablehnen. Dadurch wollen wir erreichen, dass die langfristigen Interessen der Menschen nicht einem kurzfristigen Interesse an einmaligen finanziellen Erlösen durch den Verkauf dieser Unternehmen zum Opfer fallen. Wo diese Aufgaben in der Vergangenheit privatisiert wurden, werden wir die Gemeinden und Landkreise bei der Rekommunalisierung unterstützen. Die Partnerschaft mit den frei-gemeinnützigen Trägern auf Augenhöhe im Rahmen des sozialstaatlichen Subsidiaritätsprinzips werden wir weiter stärken.
- Wir stärken die politische Bildung im schulischen und außerschulischen Bereich.
- Wir werden die Bürgerschaft in die politische Entscheidungsfindung verstärkt und direkt einbeziehen. Hierzu nutzen wir auch die digitalen Technologien. Dabei werden wir darauf achten, dass Menschen ohne Zugang zu digitalen Technologien, nicht ausgegrenzt werden.
- Wir schaffen zusätzliche Weiterbildungsmöglichkeiten zur Auseinandersetzung mit Rassismus und Diskriminierung für Beschäftigten im öffentlichen Dienst.
- Wir werden das Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit verstetigen und ausbauen. Insbesondere muss es für bewährte Projekte möglich sein, eine verlässliche und langfristige Ausfinanzierung zu erhalten.
- Wir setzen uns für ein Demokratiefördergesetz auf Bundesebene ein, um eine rechtliche Grundlage für eine dauerhafte Finanzierung von Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus zu schaffen
- Für uns endet Mitbestimmung und Demokratie nicht am Fabrikator oder an der Bürotür. Wir setzen uns für die Stärkung gesetzlich garantierter Mitbestimmungsrechte in der Privatwirtschaft wie im öffentlichen Dienst ein. Das wollen wir z.B. über verbindliche Mitbestimmungsmöglichkeiten von Betriebs- und Personalräten sowie Jugend- und Auszubildendenvertretungen erreichen.
- Wir setzen uns dafür ein, bestehende Beteiligungs- und Informationsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger bspw. bei Gesetzgebungs- oder Planungsverfahren bekannter zu machen.

- Wir stehen für eine offene Debattenkultur. Dazu werden wir neue Formen der Bürgerbeteiligung bei der Entscheidungsfindung etablieren. Entscheidungen durch Volksentscheide sind allenfalls die ultima ratio.
- Wir setzen auf ein Demokratieverständnis, für das gemeinsamer Austausch, Achtung, Sachlichkeit und Rationalität zentrale Bestandteile sind. Hierfür wollen wir eine dialogorientierte Bürgerbeteiligung sicherstellen: Die Bürgerinnen und Bürger, zivilgesellschaftliche und unternehmerische Akteurinnen und Akteure sowie politische Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger sollen frühzeitig im politischen Prozess zusammengebracht werden. Dazu organisieren wir z.B. regelmäßig und verpflichtend bei Gesetzgebungen Werkstattforen mit den Betroffenen.

... für die Gleichberechtigung der Geschlechter

In den letzten Jahrzehnten ist maßgeblich durch die Sozialdemokratie viel im Bereich der Gleichstellung erreicht worden. Dennoch ist es zur umfassenden Gleichstellung von Männern und Frauen noch ein langer Weg. Frauen verdienen für die gleiche Arbeit nach wie vor weniger als die Männer. Sie arbeiten häufiger in Teilzeit und sind in Führungspositionen in der freien Wirtschaft, dem öffentlichen Dienst, Kultur und Wissenschaft unterrepräsentiert. Frauen bekommen im Durchschnitt weniger Rente als Männer. Sie sind häufiger alleinerziehend, damit erhöht sich das Risiko der Altersarmut deutlich. Um diese Situation zu verändern, sind weiterhin gewaltige politische und gesellschaftliche Anstrengungen notwendig.

Das werden wir tun:

- Neben der Verbesserung der Aufstiegschancen von Frauen im öffentlichen Dienst muss auch die Privatwirtschaft stärker als bisher in die Verantwortung genommen werden. Hierfür müssen gemeinsam mit dem Bund Wege gefunden werden. Wir setzen uns im Bund für die Einführung eines Lohngerechtigkeitsgesetzes für die Entgeltgleichheit ein.
- Damit Frauen ein selbstbestimmtes Leben frei von wirtschaftlichen Abhängigkeiten von anderen Personen führen können und sich gleichzeitig ihren – soweit vorhanden – Wunsch nach Familiengründung erfüllen können, werden wir weiter an der Vereinbarkeit von Familie und Beruf arbeiten. Hierzu gehören ausreichend Kindergartenplätze, der Kampf um gute Arbeit mit fairen Löhnen, guten Arbeits- und Weiterbildungsbedingungen und umfangreiche betriebliche Mitbestimmung. Ebenso werden wir die Situation pflegender Angehöriger, die in der Mehrzahl Frauen sind, weiter verbessern, indem wir uns für eine Ausweitung der bezahlten Freistellung einsetzen.
- Wir setzen uns für die deutliche Erhöhung der Löhne und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen in den zum großen Teil durch Frauen ausgeübten sozialen Berufen ein.
- Wir werden die Überarbeitung des Thüringer Gleichstellungsgesetzes vorantreiben und dessen Anpassung an die gesellschaftlichen Gegebenheiten vornehmen.
- Wir werden alle Möglichkeiten nutzen, um Menschen stärker für das Thema häusliche Gewalt zu sensibilisieren. Hiervon sind neben Frauen auch Kinder, Männer, Ältere und Pflegebedürftige sowie Behinderte betroffen.
- Wir begrüßen das „Landesprogramm Solidarisches Zusammenleben der Generationen“ (LSZ). Es versetzt die Thüringer Kommunen in die Lage, eigenständige Sozialplanungen zu erarbeiten. Wir werden verhindern, dass die mit dem LSZ verbundene Förderung von Familien und Familienzentren zu Lasten der Angebote kommunaler Frauenzentren geht, denn sie leisten in ihrer Angebotsspezifika für alleinstehende, gewaltbetroffene, homosexuelle oder ältere Frauen eine zentrale Arbeit, die über die Angebote der Familienzentren hinausgehen. Deshalb werden wir die Ausgestaltung des Landesprogramms evaluieren und weiterentwickeln.
- Durchschnittlich jede dritte Frau wird in Europa mindestens einmal in ihrem Leben Opfer sexueller und/oder häuslicher Gewalt. Frauenhäuser stellen in diesen Fällen wichtige erste Anlauf- und Unterbringungsorte. Gleichzeitig nimmt die Anzahl der Frauenhäuser

und verfügbaren Plätze ab. Wir überprüfen die Mischfinanzierung von kommunaler und Landesfinanzierung der Frauenhäuser, um gute Beratung und sichere Schutzmöglichkeiten von gewaltbetroffenen Frauen und ihren Kindern unabhängig von der Finanzkraft der Kommune sicherzustellen.

- Wir setzen uns für eine verlässliche, langfristige und der Fachlichkeit der Beratungs- und Unterstützungsleistungen angemessene Ausfinanzierung der Thüringer Frauenhäuser und für die Aufrechterhaltung regional verteilter Beratungsangebote auf Landesebene ein.
- Gewalt gegen Frauen ist ein patriarchales Problem und existiert unabhängig von Herkunft, Milieu, Religion oder Kultur. Für migrierte oder geflüchtete Frauen sind an Gewalterfahrungen in der Partnerschaft häufig jedoch erschwerte Bedingungen geknüpft. Sie erfahren Gewalt in ihrer Ehe oder Partnerschaft, ihre Bleibeperspektive in Deutschland ist jedoch an diese Ehe geknüpft. So sehen sie sich häufig mit der Entscheidung konfrontiert, beim gewalttätigen Partner zu bleiben oder aber Schutzeinrichtungen aufzusuchen und eine Verwirkung ihres Bleiberechts bis hin zu einer Abschiebung zu riskieren. Die Problemlagen weiblicher Geflüchteter dürfen wir deshalb nicht aus dem Blick verlieren. Wir setzen uns daher für ein Thüringer Bleiberecht für Opfer von sexueller und häuslicher Gewalt (analog dem Bleiberecht für Opfer rechter Gewalt) ein.
- Gewalt gegen Frauen findet häufig im Kreis der Familie statt, sie hat zwangsläufig emotionale und/oder psychische Folgen für die in diesen Familien lebenden Kinder. Wir setzen uns daher für eine aktive Kinder- und Jugendberatung bei häuslicher Gewalt ein und werden die hierfür notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung stellen.
- Der überwiegende Teil der familiären Betreuungs- und Pflegearbeit wird noch immer von Frauen übernommen, im Resultat bleibt Frauen oftmals nur der Weg in die Teilzeit. Eine Neuverteilung von Erwerbsarbeitszeiten ist daher ein zentraler Beitrag für mehr Geschlechtergerechtigkeit. Wir werden das Thüringer Gleichstellungsgesetz und weitere arbeitszeitbezogene landesrechtliche Regelungen daraufhin prüfen, inwieweit sie Potenziale für eine bessere Verteilung von Erwerbsarbeit bieten und sie entsprechend verbessern.

... für eine starke Wissenschaft, gute Lehre und innovative Forschung

Entgegen vieler folgenloser Sonntagsreden, wonach stärker in unsere Köpfe investiert werden muss, hat das SPD-geführte Wissenschaftsministerium in den letzten fünf Jahren konkrete Taten folgen lassen. Die Grundfinanzierung der Thüringer Hochschulen konnte bis 2020 um rd. ein Fünftel erhöht und zwei neue, überregional geförderte Forschungseinrichtungen gegründet werden. Forschung und Lehre sind auch in Zukunft der Schlüssel zum Erfolg. Innovationen, Digitalisierung und wirtschaftliches Wohlergehen hängen unmittelbar von der wissenschaftlichen Entwicklung ab. Eine Studie der FSU Jena belegt: Jeder vom Land in die Wissenschaft investierte Euro bringt einen Wertschöpfungsnutzen von 2,50 Euro. Deshalb müssen unsere Anstrengungen in der Wissenschaftsförderung hoch bleiben.

Das werden wir tun:

- Eine breit aufgestellte und diverse Hochschullandschaft ist für eine demokratische Gesellschaft unverzichtbar. Die Hochschulen sind Orte des kritischen Denkens, der freien Entfaltung junger Persönlichkeiten und des diversen kulturellen Miteinanders. Um die Freiheit von Forschung und Lehre zu gewährleisten, stärken wir die Unabhängigkeit der Hochschulen von der Privatwirtschaft. Deshalb wollen wir unsere Anstrengungen in der Wissenschaftsförderung weiter ausbauen.
- Wir werden die Standortvorteile der Thüringer Hochschulen nachhaltig sichern und bekannter machen, um mehr Studierende aus anderen Bundesländern und dem Ausland zu uns zu locken. Neben den wissenschaftlichen Bedingungen spielen weiche Faktoren, wie günstige Lebenshaltungskosten, verfügbarer studentischer Wohnraum, kurze Wege, ein attraktiver und bezahlbarer ÖPNV und SPNV eine entscheidende Rolle. Mit digitaler

Werbung und zielgruppengerechten Marketingmaßnahmen können und werden wir auch der demografischen Entwicklung begegnen, damit unsere Hochschulen weiterhin Studierende aus dem In- und Ausland anziehen.

- Wir werden die Grundfinanzierung der Hochschulen auf hohem Niveau bis mindestens 2025 fortschreiben und sichern, um sie als attraktives Lehr-, Lern-, und Forschungsumfeld weiterzuentwickeln.
- Die Empfehlungen des Wissenschaftsrats zu den Ingenieurwissenschaften in Thüringen sehen eine strategische Profilbildung in diesem Schwerpunkt unserer Hochschullandschaft vor. Wir werden eine strategische Allianz der sechs betroffenen Hochschulen unterstützen und gemeinsam mit den Hochschulen Möglichkeiten der Zusammenarbeit in Forschung, Lehre und den zentralen Diensten prüfen. Wir werden damit auch auf die Qualität der Lehre in den Ingenieurwissenschaften verbessern und die Studienabbrecherquoten senken.
- Wir werden die Hochschulen auf dem Weg in die Digitale Gesellschaft unterstützen und die Hochschulverwaltungen evaluieren und die Verwaltungsabläufe hierfür digitalisieren.
- Wir werden das duale Hochschulstudium in Kooperation mit den Fachhochschulen ausbauen.
- Wir werden Langzeitstudiengebühren abschaffen.

... zur Verbesserung der Qualität der Lehre und für Gute Arbeit an den Hochschulen

- Durch ein proaktives Controlling werden wir gemeinsam mit den Thüringer Hochschulen darauf achten, dass die zahlreichen Verbesserungen durch das neue Hochschulgesetz auch konsequent umgesetzt werden. Hierzu gehören vor allem die Personalentwicklungskonzepte für den wissenschaftlichen und nichtwissenschaftlichen Dienst, die Personalstrukturkonzepte, die Tenure-Track-Konzepte und die Qualifizierungsvereinbarung, die obligatorisch mit Promovenden und Habilitanden abzuschließen sind. Gerade im Bereich der Lehre sind wir mit einer vergleichsweise hohen Zahl an befristeten Arbeitsverträgen konfrontiert. An zu vielen Stellen wird die Lehre nur über Lehraufträge sichergestellt, obwohl in einigen Fällen keine fachliche Ergänzung des Lehrangebots erfolgt, sondern eine längerfristige reguläre Vertretung der Lehre vorgenommen wird. Deshalb bietet die Verstärkung des Hochschulpaktes von Bund und Ländern die einmalige Chance, die Absicherung des Lehrangebots auf professionelle Beine zu stellen und unbefristete Beschäftigungsverhältnisse zu schaffen. Durch die Bundesmittel, die zukünftig dauerhaft fließen sollen, können bis zu 300 neue wissenschaftliche Arbeitsplätze entstehen, die der Lehre neue Impulse geben können und eine verbesserte Betreuungsrelation ermöglichen. Damit ermöglichen wir, Lehrangebote attraktiver und digitaler zu gestalten und vor allem die Qualität der Lehre durch geeignetes wissenschaftliches Personal zu verbessern.
- Als wichtige Arbeitgeber in diesem Land werden wir die Thüringer Hochschulen dabei unterstützen, auch in der Zukunft attraktiv für die Fachkräfte von Morgen zu sein: Für den wissenschaftlichen Nachwuchs, Hochschullehrer und nichtwissenschaftliches Personal.
- Tenure-Track-Professuren und mit dem Bund-Länder-Programm für die Nachwuchsgewinnung an Fachhochschulen (PersFH), werden zukünftig bis zu 10 Mio. EUR zusätzlich für die Gewinnung und Entwicklung von professoralem Personal eingesetzt. Auch für die Forschung und Entwicklung stellt der Bund künftig Mittel zur Verfügung. Wir werden dafür Sorge tragen, dass sich Thüringer Fachhochschulen aktiv an künftigen Ausschreibungen beteiligen und erfolgreich partizipieren können. Das Netzwerk kooperative Promotionen, das Fachschul-Absolventen erleichtern soll, an einer Universität zu promovieren, wird fortgesetzt.
- Mit einem attraktiven Stipendienprogramm werden wir vor allem Masterstudierende zusammen mit der Thüringer Wirtschaft an uns binden, damit sie als Absolventen direkt zu unseren Unternehmen wechseln. Damit wollen wir einen wichtigen Beitrag zur Fachkräftesicherung leisten.

- Wir werden weiter darauf hinwirken, in den Thüringer Hochschulen die Aufstiegschancen für Frauen zu erhöhen. Die gesetzliche Verankerung des Thüringer Kompetenznetzwerk Gleichstellung der (TKG) im Thüringer Hochschulgesetz (§ 6 Abs. 12 ThürHG) war ein wichtiger Schritt, das Thema Gleichstellung hochschulstandortübergreifend auf eine höhere Qualitätsstufe zu heben. Daran werden wir anknüpfen.

... Innovationen und Forschungspotentiale heben

Wir brauchen einen gesunden Mix aus Grundlagen- und Anwendungsforschung. Dabei bieten die Hochschulen, die traditionell stark auf die technischen Disziplinen ausgerichtet sind, sehr gute Kooperationsmöglichkeiten für die Thüringer Unternehmen. Über die unverzichtbare Einzelforschung hinaus werden wir die gemeinsamen Potentiale für Innovationen und Forschungsverbünde durch Hochschulen und Unternehmen noch stärker nutzen. Die Regionale Innovationsstrategie (RIS 3) hat die positive Wirkung gehabt, Wissenschaftler und Unternehmer zusammenzubringen und gemeinsame Projekte entwickeln zu lassen. Zukünftig werden wir die wissenschaftlichen Rahmenbedingungen weiter verbessern, damit die Forschungsschwäche in den ostdeutschen Bundesländern überwunden werden kann, verstärkt zählbare Beiträge zur Wertschöpfung entstehen und die Unternehmen ihre Anstrengungen bei Forschung und Entwicklung spürbar erhöhen.

Das werden wir tun:

- Die Bund-Länder-Nachfolgevereinbarung für den Pakt für Forschung und Innovation werden wir nutzen, um die Innovationsfähigkeit Thüringens zu verbessern.
- Aufbauend auf die deutlich verbesserte Grundfinanzierung der Thüringer Hochschulen sollen diese verstärkt großformatige Drittmittelprojekte bei der DFG, beim BMBF und bei der EU einwerben, um den Forschungsstandort Thüringen aufzuwerten und neue Forschungsschwerpunkte aufzubauen. Wir streben an, die Bundesfinanzierungsquote des Thüringer Wissenschaftssystems durch Neugründungen und Neuaufnahmen von Thüringer Forschungseinrichtungen in die gemeinsam mit dem Bund finanzierten Forschungsorganisationen deutlich zu verbessern.
- Wir werden uns dafür einsetzen, dass der Bund eine flächendeckende Hochschulfinanzierung ermöglicht. Gegenwärtige Programme sind zu sehr auf strukturstarke Hochschulen zugeschnitten. Dass die FSU Jena erfolgreich einen Cluster eingeworben hat, ist ein Beleg für die hervorragende und hoch kompetitive Forschungsqualität, die den Thüringer Wissenschaftsstandort international sichtbar macht sowie weitere Spitzenforschung und -wissenschaftler nach sich ziehen wird.
- Wir werden durch neue Instrumente des Zusammenwirkens von Hochschulen, Gründungsinteressierten und einer professionalen Beratungsstruktur die Voraussetzungen schaffen, dass Ausgründungen aus Hochschulen schneller erfolgen können und Gründungsinteressierte zu allen relevanten Themenkomplexen, von Rechtsfragen über Finanzierungs- bis hin zu Patentangelegenheiten, eine kompetente Antwort erhalten.
- Die Regionale Innovationsstrategie (RIS 3) muss für die neue EU-Förderperiode evaluiert und die Forschungs- und Technologieförderung neu ausgerichtet und fortentwickelt werden. Dabei werden zukünftig Verbundprojekte von Hochschulen und Unternehmen einen besonderen Stellenwert erhalten. Wir werden diese Kooperationen mit allen Hochschultypen, außeruniversitären Forschungseinrichtungen und Unternehmen systematisch fördern, um die Anzahl der Projekte deutlich zu erhöhen.
- Wir werden Baumaßnahmen in außeruniversitäre Forschungseinrichtungen weiter fördern. Nach Evaluation durch den Wissenschaftsrat wurde die Forschungsbibliothek Gotha personell und sächlich besser ausgestattet. Zukünftig soll an der neuen Struktur im Grunde festgehalten und die Finanzierung fortgeschrieben werden. Die Zusammenarbeit der Akteure vor Ort (Schloss Friedenstern, Forschungsbibliothek und Forschungszentrum) soll institutionenübergreifend und qualitativ den Standort voranbringen.

- Wir werden Hochschulbaumaßnahmen weiter fördern. Der Campus Inselplatz in Jena soll errichtet und der Campus der Universität Erfurt soll saniert werden. Der dritte Bauabschnitt des neuen Universitätsklinikums Jena (UKJ) startet im Sommer 2019. Thüringen stellt sich auch weiterhin seiner Verantwortung, die medizinische Versorgung auf höchstem Niveau zu sichern, sowie die Lehre und die Forschungskompetenzen im Bereich der Gesundheit und Lebenswissenschaften infrastrukturell zu fördern.

... für Digitale Hochschulen und Wissenschaft

- Mit der Digitalisierungsstrategie an den Thüringer Hochschulen wurden 2017 die ersten Schritte zu einem standortübergreifenden Agieren gegangen. Die Pilotprojekte und Angebote mediengestützter Lehrformate sollen evaluiert und bei Erfolg auf das Land ausgerollt werden.
- Im Bereich der Forschung werden wir insbesondere Open Access im wissenschaftlichen Publizieren stärken, ein professionelles Forschungsdatenmanagement aufbauen und die Langzeitarchivierung digitaler Daten voranbringen. Als Grundlage dient die digitale Infrastruktur und Vernetzung zwischen den Thüringer Hochschulen, die wir ausbauen wollen. Dazu soll eine Digitale Hochschule Thüringen als hochschulübergreifende Plattform dienen, die bestehende Ansätze strategisch zusammenführt und langfristig sichert.

... für Zugewanderte und ihre Familien

In Thüringen leben nach dem Mikrozensus aus dem Jahr 2016 sechs Prozent der Gesamtbevölkerung mit einem Migrationshintergrund im engeren Sinne. Der bundesdeutsche Vergleich mit 22,5 Prozent zeigt damit deutliche Unterschiede zu anderen Bundesländern auf. Wir begreifen Zuwanderung auch als Chance, dem demografischen Wandel etwas entgegen zu setzen und schon heute bestehende Fachkräftebedarfe zu decken. Wir brauchen Zuwanderung, aber diese Zuwanderung braucht Regeln. Die zum Teil bestehenden Vorbehalte in der Bevölkerung nehmen wir ernst. Es gilt, ihnen argumentativ und mit einer ausgewogenen Zuwanderungspolitik zu begegnen.

Wir erkennen Integration als Querschnittsaufgabe an, die nicht nur Migrantinnen und Migranten betrifft, sondern uns alle angeht. Wir bieten Lösungen für alle an. Wir alle wollen sicher in Thüringen leben, wir alle wollen faire Arbeitsbedingungen und guten Lohn, wir alle wollen die gleichen Bildungschancen unabhängig von unserer Herkunft und wir alle wollen einen handlungsfähigen, verlässlichen Rechtsstaat. Unsere Politik ist immer eine Politik für alle, die in Thüringen leben. Menschen mit Migrationshintergrund denken wir dabei immer mit. Unsere Solidarität und unser Gerechtigkeitsgefühl enden nicht bei Staatsangehörigkeit, Hautfarbe oder Muttersprache.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden den Anspruch auf ein selbstbestimmtes Leben in unserer Gesellschaft mit Leben füllen und uns dafür einsetzen, allen gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Unser Ziel ist eine alle Gesellschafts- und Lebensbereiche umfassende inklusive Gesellschaft. Am Umgang mit Flüchtlingen und der Integration von Migrantinnen und Migranten bemisst sich die Humanität einer Gesellschaft. Deshalb bekennen wir uns zu einer uneingeschränkten Achtung der Grund- und Menschenrechte jedes und jeder Einzelnen. Dafür setzen wir uns ein.

Das werden wir tun:

... Zuwanderung gestalten

- Wir begreifen die Zuwanderung auch als Chance, dem demografischen Wandel etwas entgegen zu setzen. Wir unterstützen auf Bundesebene die Einführung eines Einwanderungsgesetzes mit einem einheitlichen Fachkräftebegriff. Es muss den Wegfall der Vorrangprüfung als bislang größter Zuwanderungshürde umfassen, die Öffnung des Arbeitsmarkts für alle beruflich Qualifizierten aus Nicht-EU-Ländern und nicht nur für

Akademiker und Fachkräfte in Mangelberufen. Kritisch sehen wir für geduldete, aber bereits gut integrierte Asylbewerber die „Beschäftigungsduldung“ bis maximal Mitte 2022. Wir setzen uns dafür ein, dass auch für die Zeit danach Möglichkeiten vorgesehen werden, sich als Arbeitsmigranten um eine dauerhafte Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis in Deutschland zu bemühen. Die bisher vorgesehene Möglichkeit des sogenannten Spurwechsels vom Asyl in die Arbeitsmigration bleibt als Motor für die Integration unbefriedigend. Gleichzeitig setzen wir uns für Nachbesserungen am aktuellen Entwurf und die Einführung eines Punktesystems nach kanadischem Vorbild ein, das Kriterien für Zuwanderung gewichtet und in eine Gesamtbewertung einfließen lässt. Ein einzelnes Kriterium darf nicht zum Ausschluss führen.

- Wir werden ein Ausbildungsprogramm zur Gewinnung von ausländischen Fachkräften auflegen, das maßgeschneiderte Betreuung und Sprachkurse enthält und verstärkt Menschen unabhängig von einer sogenannten Bleibeperspektive offen steht. Das erachten wir für notwendig, um diesen Menschen die aktive Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen und dazu beizutragen, dass das neu erlernte Wissen auch bei einer Rückkehr ins Heimatland Nutzen stiftet.

... Integration begleiten

- Wir werden die interkulturelle Öffnung von Verwaltungs- und Bildungseinrichtungen ausbauen, denn wir begreifen Vielfalt als Ressource in Thüringen.
- Wir werden das Thüringer Integrationskonzept umsetzen, weiter mit Leben füllen und fortschreiben.
- Wir werden die Inklusion im gesellschaftlichen Leben, die Teilhabe in Bildungs-, sozialen und kulturellen Einrichtungen von Menschen mit Migrationshintergrund stärken.
- Wir setzen in der Integrationspolitik einen Schwerpunkt bei Kindern und Jugendlichen. Wir setzen uns daher für eine möglichst frühe und individuelle Förderung ein, um Benachteiligungen gar nicht erst entstehen zu lassen. Das umfasst sowohl die Ansprache und Beteiligung der Eltern als auch die Aus- und Weiterbildung der Fachkräfte. Wir werden mehr Lehr- und Erziehungskräfte mit Migrationshintergrund ansprechen, wir werden unseren Beitrag leisten, die interkulturelle Kompetenz an unseren Bildungseinrichtungen zu steigern. Wir werden die Sozialbetreuungsrichtlinie fortschreiben.
- Der Zugang zu Angeboten für Integration, Sprache und Qualifizierung soll Menschen aus dem Ausland unabhängig vom Herkunftsland und der Bleibeperspektive gesichert werden, das gilt für Arbeitskräfte aus der EU und für Geflüchtete gleichermaßen.
- Die Anerkennung von Berufsabschlüssen stellt noch immer eine große Hürde für eine gelingende Integration in den Arbeitsmarkt dar. Wir setzen uns für eine erleichterte Anerkennung ausländischer Abschlüsse ein, damit vorhandene Qualifikationen besser eingebracht werden können.
- Integration gelingt vor Ort in den Kommunen und Gemeinden. Wir werden sie dabei unterstützen, ihre Ausländerbehörden zu Integrationsbehörden und zu Serviceeinrichtungen weiterzuentwickeln und darüber hinaus das gesellschaftliche Engagement von Zugewanderten stärken.
- Integration bedeutet auch gleichberechtigte politische Teilhabe. Wir treten daher für das aktive und passive kommunale Wahlrecht für alle hier lebenden Menschen ein. Wir unterstützen auch weiterhin die Arbeit der kommunalen Ausländerbeiräte und ihrer Dachorganisation.

... eine humanitäre Flüchtlingspolitik gestalten

- Unabhängig von der Chance auf die Anerkennung in einem Asylverfahren sollen alle eine unvoreingenommene, würdige und faire Behandlung erfahren. Auf dieser Grundlage bekennen wir uns zur humanitären Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen in

Thüringen. Dazu gehören einheitliche verbindliche Mindestanforderungen für Aufnahme- und Gemeinschaftsunterkünfte.

- Sprache ist der Schlüssel für Teilhabe an unserem Leben. Deshalb setzen wir uns dafür ein, Sprachkurse und Bildungsangebote von Anfang an zu ermöglichen.
- Wir setzen uns für eine pragmatische Förderung der Arbeit der psychosozialen Beratungsstelle für Geflüchtete refugio e.V. durch das Land ein. Wir stellen so sicher, dass das Knowhow von refugio weiter genutzt werden kann, um traumatisierten Geflüchteten zu helfen, die im Regelsystem keine passenden Angebote finden.
- Wir befürworten den Familiennachzug für alle dauerhaft hier lebenden Menschen, weil es humanitär geboten ist, die Integration positiv beeinflusst und grundgesetzlich mit dem Schutz für die Ehe und Familie gedeckt ist.
- Wir setzen uns für eine unabhängige Verfahrensberatung für neu ankommende schutzsuchende Menschen ein. Wir werden sie besser dabei unterstützen, das komplizierte Asylverfahren zu durchlaufen und ihre Rechte wahrzunehmen.
- Besonders schutzbedürftige Personen wie unbegleitete Minderjährige, Schwangere, Alleinerziehende, Personen mit schweren körperlichen oder psychischen Erkrankungen und traumatisierte Flüchtlinge brauchen besondere Beachtung. Wir werden die dafür bestehenden Versorgungsstrukturen weiter vorhalten und nach dem aktuellen und prognostizierten Bedarf überprüfen und anpassen.
- Bei den Kosten für Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen werden wir die Kommunen auch zukünftig auskömmlich finanzieren.

... für ein gutes und sicheres Leben von Seniorinnen und Senioren

Viele Menschen haben im Alter erstmals Gelegenheit, sich ausschließlich den Dingen zuzuwenden, die sie interessieren. Sie holen nach, was sie versäumt haben. Die Gewissheit, etwas für die Gesellschaft getan zu haben, weckt berechnete Erwartungen auf ein selbstbestimmtes und würdevolles Altwerden. Diese Würde bemisst sich nicht nur an einer auskömmlichen Rente, sondern auch an Lebensqualität und gesellschaftlicher Teilhabe. Alter bedeutet Lebenserfahrung. Viele ältere Menschen leisten weiterhin wichtige Arbeit. Sie betreuen Enkelkinder oder sind in Vereinen oder im Ehrenamt tätig. Für viele ist und bleibt es ein gutes Gefühl, in der Familie und im Umfeld gebraucht zu werden. Wer hingegen auf Hilfe angewiesen ist, braucht andere. Diese Hilfestellung ist mehr als ein Muss, sie gehört zum Selbstverständnis eines Landes. Wir nehmen die Herausforderung an, eine Gesellschaft des aktiven und selbstbestimmten längeren Lebens zu gestalten.

Das werden wir tun:

- 190.000 Thüringerinnen und Thüringer gehen in den nächsten 10 Jahren in den Ruhestand. Nicht wenige von ihnen haben in den vergangenen Jahren über ein sehr geringes Arbeitseinkommen verfügt. Wir werden alles tun, dass in einem reichen Land wie Deutschland Altersarmut verhindert wird. Dazu werden wir Änderungen der Rentenpolitik im Bund einfordern. Es gibt bis heute teilungs- und transformationsbedingte Härtefälle bei der Rente, für die abschließende Regelungen gefunden werden müssen. Etwa für Reichsbahner, Beschäftigte in der Braunkohle oder vor 1992 Geschiedene muss endlich eine Lösung gefunden werden. Wir setzen uns für eine starke gesetzliche Rente ein, die armutsfest ist und einen möglichst hohen Lebensstandard ermöglicht.
- Die Ungleichheit im gesamtdeutschen Rentensystem zwischen West und Ost wollen wir mit Hilfe eines Härtefallfonds überwinden
- Unser Ziel ist die dauerhafte Stabilisierung des Rentenniveaus. Teil der Lösung ist für uns der Umbau des Rentensystems hin zu einer solidarischen Erwerbstätigenrente, die auch Beamte und Selbstständige einschließt.

- Wir wollen die Erreichbarkeit eines Haus- oder Facharztes innerhalb einer angemessenen Zeit ermöglichen.
- Durch buchbare Kurzzeit-Pflegeplätze wollen wir die Ausgangslage für pflegende Angehörige verbessern.
- Arbeitsüberlastung und Qualitätsmängel werden wir durch einen verbindlichen Personalschlüssel in der Pflege entgegenwirken. Notwendig ist dazu auch die Nachwuchsgewinnung im ärztlichen und pflegerischen Bereich durch das Land voranzutreiben.
- Wir wollen ein Wohnungsumbauprogramm zur Umwandlung von Ein- und Zweifamilienhäusern in altersgerechte Seniorenwohngemeinschaften und Mehrgenerationenhäuser auflegen.
- Das Landesprogramm „Solidarisches Zusammenleben der Generationen“ werden wir zu einem Mindeststandard für generationengerechte Infrastruktur in den Kommunen weiterentwickeln.
- Gesellschaftliche und soziale Teilhabe darf nicht vom Alter abhängen. Zusammen mit den Kommunen wollen wir daher einen barrierefreien und bezahlbaren Zugang zu allen Orten der Bildung, der Kultur und des gesellschaftlichen Lebens ermöglichen. Hierzu wollen wir einerseits die Möglichkeiten der Digitalisierung nutzen, andererseits aber auch durch Beratungs- und Unterstützungsprogramme sicherstellen, dass neue technische Möglichkeiten von allen Menschen sinnvoll und sicher genutzt werden können.
- Kriminalität, die die Situation alter Menschen gezielt ausnutzt, ist besonders arglistig. Wir werden Beratungsangebote und polizeiliche Schutzmaßnahmen in Bereichen verstärken, in denen Seniorinnen und Senioren gezielt zum Opfer von Verbrechen geworden sind.

... für Menschen mit Behinderung

In Thüringen leben derzeit etwa 200.000 schwerbehinderte Frauen und Männer. Die Zahl der altersbedingten Schwerbehinderten wird aufgrund der älter werdenden Gesellschaft in den kommenden Jahren weiter steigen.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten setzen uns dafür ein, den Anspruch auf ein selbstbestimmtes Leben in unserer Gesellschaft mit Leben zu füllen und allen gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Unser Ziel ist eine alle Gesellschafts- und Lebensbereiche umfassende inklusive Gesellschaft. Inklusion heißt: Mit den Menschen mit körperlicher Beeinträchtigung und nicht für die Menschen mit körperlicher Beeinträchtigung.

Das werden wir tun:

- Thüringen hat sich auf den Weg gemacht, schrittweise ein inklusives Schulsystem zu realisieren. Es soll das gemeinsame Leben und Lernen von Menschen mit und ohne Behinderungen bei bestmöglicher individueller Förderung ermöglichen. Eine notwendige Bedingung hierfür ist, dass den Schulen die personellen und materiellen Ressourcen für eine gelingende Inklusion zur Verfügung gestellt werden und dass die Förderschulen als Bestandteil des Bildungswesens erhalten bleiben. Wenn diese Ressourcen nicht im ausreichenden Maße zur Verfügung stehen, muss die Geschwindigkeit der Umsetzung des inklusiven Unterrichts dieser Tatsache Rechnung tragen. Wir stehen für eine gelebte Inklusion und keine Überforderung der betroffenen Kinder und Lehrkräfte.
- Diversität ist die Lösung vieler Probleme am ersten Arbeitsmarkt. Ziel der beruflichen Schulen muss es sein, grundsätzlich alle Behinderten für den ersten Arbeitsmarkt fit zu machen. Wir werden mehr Ausbildungs- und Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderung schaffen. Unser Ziel muss es sein, möglichst vielen Menschen eine geeignete sozialversicherungspflichtige Beschäftigung anzubieten. Dazu gehören der

Ausbau von Assistenzen und unterstützter Beschäftigung, ein flächendeckendes Angebot an Integrationsbetrieben und der Ausbau des Integrationsfachdienstes.

- Um Menschen mit Behinderungen eine wirkliche Chance auf dem ersten Arbeitsmarkt zu eröffnen, sollte (neben der Möglichkeit des Budgets für Arbeit) die Schaffung eines zusätzlichen Anreizsystems – in Form einer direkten oder indirekten monetären Entlastung für die Unternehmen – geprüft werden. Diese Entlastung sollte nach Art und Grad der Behinderung unterschieden werden. Um die verschiedenen Arten der Behinderung zu vergleichen, kann man wie z.B. im Behindertenleistungssport ein Klassifizierungssystem nutzen. Die öffentliche Hand hat bei der Ausbildung und Beschäftigung von Menschen mit Behinderung eine Vorbildfunktion.
- Inklusion muss es auch in der Hochschule geben. Dazu gehören Barrierefreiheit und besondere Unterstützungsangebote für Studierende mit Behinderung und chronischer Krankheit. Wir werden auch weiterhin Behinderungen und chronische Krankheiten bei der Bemessung der Förderhöchstdauer bei BAföG-Bezug berücksichtigen.
- Wir werden die Barrierefreiheit für Menschen mit Behinderungen in allen Bereichen weiter vorantreiben. Dazu gehört auch, dass wesentliche Veröffentlichungen des Landes in leichter Sprache vorgehalten werden.
- Wir bauen die staatliche Förderung alternativer Wohnkonzepte, von Mehrgenerationenhäusern und von behindertengerechten Wohnungen aus. Auch halten wir es für sinnvoll, Zuschüsse für die Schaffung barrierefreier Zugänge für Gewerbeimmobilien, wie z.B. Arztpraxen, Friseure, Kultureinrichtungen usw. zu zahlen.
- Wir stärken die politische Vertretung und die Mitspracherechte von Menschen mit Behinderung auf allen Ebenen. Die Wahlrechtsausschlüsse von Menschen mit Behinderung wollen wir weitgehend abschaffen.
- Wir werden eine Qualifizierungsoffensive für Frauen mit Behinderung in Schule, Ausbildung und Beruf sowie spezielle Förderangebote für berufstätige Frauen und Mütter mit Behinderung auf den Weg bringen.
- Wir setzen uns auf Bundesebene dafür ein, dass die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen finanziell besser ausgestattet wird, der Bund die Kosten für die Eingliederungshilfen für Menschen mit Behinderung vollständig übernimmt und dass die pauschalen Steuerfreibeträge für Menschen mit Behinderungen im Einkommenssteuergesetz angepasst werden.
- Wir werden uns für eine Anhebung der Ausgleichsabgabe für unbesetzte Pflichtarbeitsplätze einsetzen.

... für eine pragmatische Umweltpolitik, nachhaltige Landwirtschaft und verantwortungsvollen Tier- und Verbraucherschutz

Die Bedeutung der Umwelt und der natürlichen Lebensgrundlagen ist in den zurückliegenden Jahrzehnten erst allmählich in unser Bewusstsein gerückt. Heute scheint es uns selbstverständlich, dass wir verantwortungsvoll mit Boden, Wasser, Luft und unseren natürlichen Ressourcen umgehen müssen. Dieser Entwicklungsprozess war lang und schmerzhaft. Vor allem aber war er lohnenswert und mit Blick auf die nachfolgenden Generationen von unschätzbare Bedeutung. Schließlich sind gute Luft, saubere Gewässer und gesunde Luft die direkten Voraussetzungen für eine gute Lebensqualität. Die Europäische Union hat sich etwa zur Jahrtausendwende darauf verständigt, dass Wasser über die Grenzen hinweg in ganz Europa als eine der wichtigsten Ressourcen auf Dauer zu schützen ist und damit für uns nutzbar bleibt. Genau das muss auch unser Ansatz in der Umweltpolitik sein: Ökologisch und nachhaltig gestalten, um sozial und gerecht für uns und die nachfolgenden Generationen zu handeln. Gutes Essen, bezahlbare Energie und gute Luftqualität dürfen nicht zur Sozialen Frage des 21. Jahrhunderts werden. Von zentraler Bedeutung ist dabei, dass ökologische Erneuerung, bezahlbare Energiepreise, Versorgungssicherheit und die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft nicht gegeneinander ausgespielt werden. Für uns gilt daher, Ökologie, Ökonomie und Soziales als Dreiklang zu verstehen. Der verantwortungsvolle Umgang mit den natürlichen

Ressourcen unseres Landes erfordert politische Veränderung auf sehr unterschiedlichen Feldern. Eine gut koordinierte und ambitionierte Energiepolitik, die Entwicklung und Bereitstellung von nachhaltiger Mobilität und der verantwortungsvolle Umgang mit den natürlichen Ressourcen unseres Landes müssen dabei Hand in Hand gehen, denn nur so können wir gesunde Ökosysteme schaffen und erhalten. Unser Ziel ist es, nicht nur eine intakte Umwelt und nachhaltige Technologien in die Hände kommender Generationen zu übergeben, sondern sie bereits jetzt in die politischen Entscheidungen mit einzubeziehen, die ihre zukünftige Welt formen.

Das werden wir tun:

- Wir setzen uns für Hardware-Nachrüstungen für Diesel-Fahrzeuge auf Kosten der Automobilkonzerne ein. Die Konzerne dürfen ihr eigenes Versagen nicht auf die Tausenden Pendlerinnen und Pendler abladen, die auf das Auto auf ihrem Weg zur Arbeit alltäglich angewiesen sind. Für die Autoindustrie ist das Versagen gleichzeitig die Chance, mit umweltverträglichen Innovationen verlorenes Vertrauen zurückzugewinnen.
- Wir werden Innovationen in der Kreislaufwirtschaft gezielt fördern. Mit der Entwicklung und dem Transfer neuer Verfahren (z. B. Alternativen zu Kunststoffen) und Prozesse können wir unsere natürlichen Lebensgrundlagen und Naturschätze (z. B. Gipsvorkommen in der Rüdigsdorfer Schweiz) schützen und damit den Menschen vor Ort neue Perspektiven eröffnen. Das trägt auch zu einer weiteren Verbesserung der touristischen Potenziale bei.
- Wir wollen Ressourcen schonen und Müll vermeiden. Das heißt auch, auf Einwegverpackungen und Einweggegenstände weitgehend zu verzichten, als ultima ratio indem die Verpackungsindustrie zur Recyclingfähigkeit gezwungen wird. Die Entscheidung der EU für ein Verbot von Einweg-Plastik begrüßen wir als richtigen Schritt in diese Richtung. Weiterhin werden wir uns für wirkungsvolle Maßnahmen zu Eindämmung von Mikroplastik einsetzen.
- Im Sinne eines verantwortungsvollen Umgangs mit Ressourcen setzen wir uns für eine Kennzeichnungspflicht der Lebensdauer von elektrischen Geräten und die Erhöhung der Reparatur- und Updatefähigkeit von Produkten ein.
- Wir werden Modelle der sogenannten Sharing Economy vorantreiben, die einen ressourcenschonenden Ansatz verfolgen und insbesondere im ländlichen Raum bessere Teilhabe ermöglichen. Gemeindeautos, Genossenschaftsläden und Gemeinschaftsgärten sollen dabei auch den Gemeinschaftssinn stärken.
- Der Boden ist die Grundlage aller Pflanzenformen und damit aller in der Nahrungskette auf ihnen aufbauenden Lebewesen. Unser Ziel ist der Schutz des Bodens und eine Umkehr der Trends zur Flächenversiegelung. Dieser Ansatz beinhaltet die Integration von technologischen Innovationen, die an lokale Kontexte angepasst sind und ein Flächenmanagement, das einer klaren Hierarchie folgt. In dieser steht die Renaturierung, die Schaffung von Ausgleichsflächen und die Umwandlung von ungenutzten Versiegelungsflächen immer über der Neuversiegelung von natürlichem Boden oder landwirtschaftlich genutzter Flächen.
- Weiterhin wollen wir ein ökologisches Flächenmanagement etablieren, das die Aufforstung, Renaturierung und Rekultivierung von industriell oder baulich genutzten Flächen betreibt. Ziel dieser Initiative soll die Rückkehr zu möglichst vielen intakten Ökosystemen im Land sein. Damit einher geht die Umsetzung von Biotopverbänden, der Schutz von urbanen Lebensräumen für Tiere (Alleen, Hecken, Flussläufe, Bahndämme), sowie vielen weiteren Maßnahmen um das weitere Artensterben zu verhindern. Die Kommunen werden wir bei der Schaffung von Biotopen finanziell und personell unterstützen.
- Die landwirtschaftlichen Betriebe, Familienunternehmen und Genossenschaften in Thüringen produzieren auf sehr unterschiedliche Weise. Von ökologisch arbeitenden Kleinbauern bis zu konventionell arbeitenden Großbetrieben sind alle Formen der Agrarwirtschaft und Viehzucht vorhanden. Diese Vielfalt möchten wir unterstützen, um

Verbraucher*innen und Produzenten ein größtmögliches Angebot bieten zu können, aber auch um auf die Spezifik historisch gewachsener Wirtschaftsstrukturen in Ostdeutschland Rücksicht zu nehmen.

- Wir wollen über die gesamte Wertschöpfungskette – von der Aussaat bis zur Preisgestaltung im Einzelhandel – garantieren, dass landwirtschaftliche Erzeuger von ihrer Arbeit gut leben können. Diese wirtschaftliche Stabilität muss im Bedarfsfall auch mit öffentlichen Gelder gefördert werden. Sie bedeutet gute Arbeit, den Erhalt von Arbeitsplätzen in der Region und den Schutz öffentlicher Güter. Letzteres bedeutet insbesondere den Schutz des Wassers, der Bodenfruchtbarkeit, der Biodiversität, der Bestäuber (Insekten) und dem Tierwohl. Ein besonderes Augenmerk legen wir dabei auf die Milchbauern und -bäuerinnen im Freistaat.
- Wir werden die notwendige und gesellschaftlich geforderte Neuorientierung der Land- und Forstwirtschaft zu mehr naturverträglicher Bewirtschaftung durch finanzielle Anreize fördern. Das bedeutet auch, die industrielle Massentierhaltung zurückzudrängen.
- Ein Ökosystem ist ein Netzwerk von Interaktionen zwischen lebenden Organismen und ihrer Umwelt. Oft werden die Bindeglieder zwischen den Bestandteilen vergessen: Insekten. In Europa ist die Honigbiene nicht nur eines dieser Bindeglieder, sondern auch das wichtigste landwirtschaftliche Nutztier. Der Einsatz von Pestiziden und hochkonzentrierten Düngemitteln hat zu einem Bienensterben geführt, dem wir entschieden entgegenwirken müssen. Wir werden einen Bienenaktionsplan ins Leben rufen, der Beratungsleistungen für Kommunen und Unternehmen vorhält ((Mähzyklus, Wildblumensaat, Patenprogramme), Förderungen für Blühstreifen und maßnahmenbezogene Unterstützung für Imkerinnen und Imker vorhält.
- Wir setzen uns für gute Arbeit in der Landwirtschaft ein und dafür, dass die Einkommenssituation und Arbeitsbedingungen sich verbessern. Das bedeutet auch zu prüfen, an welchen Stellen arbeitsintensive Betriebe besser gefördert werden können.
- Wir werden die Erhöhung der regionalen Wertschöpfung und der Innovationskraft als strategische Förderziele auch in der Landwirtschaft verankern.
- Megatrends machen auch vor der Landwirtschaft nicht halt. Das gilt für den Klimawandel genauso wie für die Digitalisierung. Letztere kann der Schlüssel zur Automatisierung arbeitsintensiver Vorgänge, der Verbesserung der betrieblichen Leistungsfähigkeit und der Verbesserung der Bedingungen von Menschen, Tieren und Pflanzen sein. Wir wollen die Chancen digitaler Lösungen bedarfsgerecht fördern und so die Innovationskraft und die regionale Wertschöpfung im ländlichen Raum stärken.
- Faire Erzeugerpreise und gute Arbeitsbedingungen sind notwendig, dürfen vom Handel allerdings nicht als Vorwand für steigende Verbraucherbelastungen genutzt werden. Wir sprechen uns daher für die Entwicklung einer möglichst länderübergreifenden Strategie zur Verbesserung der Position der Erzeuger gegenüber der Marktmacht des Handels aus.
- Viele Landwirtinnen und Landwirte verlassen sich mittlerweile auf industrielles Saatgut. Auch wenn die Erträge und damit die Wettbewerbsfähigkeit oft von Saatgut abhängt, das im Labor statt in der Natur entsteht, verstehen wir Saatgut als öffentliches und damit jedem zugängliches Gut. Einer Verengung der Sortenvielfalt und die Entwicklung von Monopolen bei der Saatgutherstellung werden wir entgegenwirken.
- Wir wollen die Lebensmittelverschwendung und den Lebensmittelverlust im Freistaat eindämmen. Das durch Überproduktion, hohe ästhetische Standards und Ineffizienzen in der Versorgungskette geschaffene Phänomen der Lebensmittelverschwendung wollen wir durch freiwillige Ansätze bekämpfen. Handlungsempfehlungen für Verbraucherinnen und Verbraucher, aber auch für Erzeugerinnen und Erzeuger und Handel sollen ein Bewusstsein für die Wertigkeit von Lebensmitteln schaffen.
- Wir setzen uns für einheitliche und leicht verständliche Siegel auf Lebensmitteln ein. Diese sollen nachvollziehbare Bezugsgrößen zur Herkunft sowie der Art des Anbaus oder der Haltung enthalten. Von der Industrie eingeführte „Bezahlsiegel“ lehnen wir ab.

- Landwirtschaftliche Flächen sollen nicht zum Spielball von Finanzinvestoren werden. Das verstehen wir als sozialen Auftrag und deshalb werden wir alle Handlungsmöglichkeiten des Landes zur Verhinderung von Fehlentwicklungen nutzen.
- Wir werden den zusätzlichen Flächenverbrauch minimieren. Deshalb ist der Verbrauch landwirtschaftlicher Flächen durch Wohnungsbau zu begrenzen und es sind konsequent innerstädtische Brachen und Wohnraumverdichtung zu nutzen. Um notwendigen Wohnraum in den großen Städten schaffen zu können, organisieren wir gemeinsam mit der Thüringer Landgesellschaft ein Programm, dass staatliche landwirtschaftliche Flächen als Ausgleichsflächen für Bauvorhaben bereitstellt.
- Da wo sinnvoll und sozial auch erforderlich sollte der Wohnungsbau den Vorrang erhalten. Wir unterstützen die Thüringer Landgesellschaft, für Thüringen staatliche landwirtschaftliche Flächen auszuweisen, die als Ausgleichsflächen für Bauvorhaben herangezogen werden könnten.
- Wir werden prüfen, wie Antragsverfahren für Umwelt- und Naturschutzmaßnahmen entbürokratisiert und für die Antragsteller vereinfacht werden können.
- Wir werden prüfen, wie die einheitliche Unterhaltung der Gewässer I und II. Ordnung effektiver zu organisieren ist. Zudem setzen wir weiter auf präventiven Hochwasserschutz.
- Auch in der Landwirtschaft braucht es in Zukunft genügend Fachkräfte. Diese müssen nicht nur bereit sein, in den anspruchsvollen Berufen der Branche zu arbeiten, sondern oft auch selbständig ihre Unternehmen führen und sich ständig in Eigeninitiative weiterbilden. Wir wollen das unterstützen und setzen uns insbesondere bestehenden Angeboten die Anwendbarkeit im Bereich der Land- und Forstwirtschaft prüfen und ggf. neue Angebote schaffen.
- Für uns gilt auch im Bereich der Abwasserentsorgung die strikte Einhaltung des Solidarprinzips. Die Abwasserzweckverbände sollen ihre Verantwortung für den ländlichen Raum wahrnehmen.
- Nachhaltigkeit und Umweltschutz sind eine Generationsaufgabe. Wir werden diese Inhalte in den Lehrplänen von Schülerinnen und Schülern und Auszubildenden im Freistaat verankern und ihnen gemeinsam mit Gewerkschaften und Verbänden weitere Möglichkeiten der Beteiligung geben.
- Umweltschutz, Nachhaltigkeit und Verbraucherschutz machen nicht an Grenzen halt. Wir unterstützen deshalb das Manifest der sogenannten Green 10 zur Europawahl. Darin fordern die 10 großen Umweltorganisationen ein gesamteuropäisches politisches Engagement zum Erhalt unserer Umwelt.
- Der Bestand an Fluginsekten und Vögeln ist in den vergangenen 30 Jahren dramatisch zurückgegangen: Wir werden deshalb nach neuen Wegen suchen, uns der Idee eines landesweiten Biotopverbunds im Rahmen der bundesweiten Projektarbeit "Jeder Gemeinde ihr Biotop" anzuschließen. Ziel ist die Wiederherstellung naturnaher Lebensräume und artenreicher Lebensgemeinschaften. Wir werden Kommunen in allen Fragen im Zusammenhang der Umsetzung dieser Initiative beraten und personell und finanziell unterstützen.
- Wir setzen uns für nachhaltigen Tourismus in Stadt und Land ein. Besonders in Thüringen profitieren touristische Angebote von intakter Natur, hochwertigen Nahrungsmitteln und Naturprodukten. Diese besondere Stellung möchten wir bewahren und ausbauen. Die touristische Förderkulisse soll das besonders berücksichtigen.
- Wir unterstützen den nachhaltigen Ausbau und die Finanzierung der Natura 2000-Stationen als Landschaftspflegestationen.
- Wir unterstützen unsere Naturlandschaften, wie den Nationalpark „Hainich“, die Naturparke und die Biosphärenreservate. Das gilt auch für das zu schaffende Biosphärenreservat im Südharz Kyffhäuser.

- Das Land wird die Kommunen beim Umgang mit Standortauswahl- und Planungsverfahren auf überörtlicher Ebene unterstützen. Die Prozesse bei z.B. der Endlagersuche oder der Planung von Hochspannungsnetzen sollen wissenschaftsbasiert und transparent verlaufen. Maßgebliche Kriterien für die Auswahl darf nicht die vordergründige Wirtschaftlichkeitsberechnung sein. Auswahl, Gewichtung und Anwendung der Kriterien müssen vielmehr vorher bekannt sein und den Grundsätzen guter fachlicher Praxis folgen. Um dies zu gewährleisten, werden wir personelle und sachliche Vorsorge treffen.

... für den Durchbruch erneuerbarer Energien

Energiepolitik beeinflusst praktisch alle Lebensbereiche. Sie verändert die Struktur von Wirtschaft und Arbeit, erzwingt neue Wege im Bereich Mobilität und Bauen und beeinflusst ganz konkret unsere täglichen Konsumgewohnheiten. Unsere Aufgabe ist es, diese Bereiche im Rahmen einer integrativen Energiewende sinnvoll miteinander zu verbinden. Wir brauchen hierzu eine gut koordinierte und ambitionierte Energiepolitik, mit gemeinsamen Zielen auf Landes- und Bundesebene, die aber Rücksicht nimmt auf lokale und regionale Besonderheiten, auf die Wirtschaft und die die Bürgerinnen und Bürger vor Ort einbezieht. Die vollständige Energiewende gelingt nur, wenn wir die erneuerbaren Energien in den Mittelpunkt der Erzeugungsstrukturen stellen und die konventionellen Energieträger ergänzend dort einsetzen, wo es nicht anders möglich bzw. aus Gründen der Versorgungssicherheit notwendig ist. Dezentrale, regionale Erzeugungsstrukturen stehen dabei im Vordergrund. Eine dezentral gestaltete Energiewende bringt nicht nur den Klimaschutz voran, sondern auch die regionale Wertschöpfung – gerade in den ländlichen Regionen. Angesichts der tiefgreifenden Veränderungen der Energieerzeugung im Zuge der Energiewende ist allerdings der Aus- und Umbau der Übertragungs- und Verteilungsnetze unvermeidlich. Es gilt, den Um- und Ausbau der Erneuerbaren Energien und den Um- und Ausbau der Netze miteinander zu synchronisieren. Als Transitland zwischen den Stromproduzenten im Norden und den großen Verbrauchern im Süden ist Thüringen aufgrund seiner zentralen Lage durch den Ausbau der Übertragungsnetze, der sogenannten Stromautobahnen, besonders belastet. Das vorrangige Ziel muss sein, einen Neubau von Trassen – wo immer möglich – zu vermeiden und vorhandene Leitungen aufzurüsten.

Das werden wir tun:

- Wir wollen eine Energiepolitik, die sich an den Zielen ökologischer Erneuerung, bezahlbaren Energiepreisen, Versorgungssicherheit und Wettbewerbsfähigkeit orientiert.
- Wir werden Planungs- und Beratungsangebote für Städte und Dörfer bei der Realisierung der Energie- und Wärmeversorgung unterstützen.
- Für setzen uns für ein Landesprogramm zur Unterstützung energetischer Sanierungsmaßnahmen an Häusern und Wohnungen ein.
- Wir halten an unserer ablehnenden Position zu neuen 380 KV-Leitungen durch Thüringen fest. Wir fördern die Beteiligungsmöglichkeiten der Bevölkerung bei allen Entscheidungen zu Maßnahmen der Energiegewinnung.
- Wir setzen uns für die Erforschung der Langzeitwirkungen alternativer Energiegewinnungstechniken ein.
- Wir prüfen die Beteiligung der energieintensiven Industrie an zusätzlichen Energiekosten.
- Wir fördern den Ausbau der Ökostromproduktion in Thüringen zusammen mit den Bürgerinnen und Bürgerinnen unter Berücksichtigung regionaler Besonderheiten.
- Wir wollen eine Vorbildfunktion bei Landesliegenschaften und werden deshalb die energetische Sanierung aller vom Land genutzten Immobilien vorantreiben.
- Wir werden in angemessener Zeit das Thüringer Klimagesetz evaluieren insbesondere im Hinblick auf dessen Wirksamkeit und ob Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen unverhältnismäßigen Belastungen ausgesetzt sind.

- Wir setzen uns dafür ein, die energetische Vorgaben für Sanierungs- und Baumaßnahmen so zu gestalten, dass sie nicht den sozialen Wohnungsbau erschweren.
- Wir unterstützen KMUs bei der Modernisierung von Produktionsprozessen und -gebäuden über Zuschuss- und Darlehensprogramme.

... für zukunftsweisende Mobilität

Mobilität ist Ausdruck individueller Freiheit. Sie ist kennzeichnend für unsere moderne Gesellschaft. Das gilt im Privatleben wie im Beruf. Das gilt für Städte ebenso wie für ländliche Regionen. Menschen wollen und müssen mobil sein. Gleichzeitig belastet das immer weiter steigende Verkehrsaufkommen die Umwelt. Dieselfahrverbote in Ballungsgebieten aufgrund überhöhter Kohlendioxid- und Stickoxidwerte sind nur erste Erscheinungsformen einer globalen Herausforderung. Aber auch E-Autos werden keine alleiniger Lösungsansatz sein. Auch batteriebetriebene Fahrzeuge verursachen einen immensen Rohstoff- und Energieverbrauch.

Ziel einer zukunftsgerichteten Verkehrspolitik ist daher eine intelligente Verknüpfung von Individual- und öffentlichem Personenverkehr. So unterschiedlich die Regionen in Thüringen, so unterschiedlich sind auch die Herausforderungen. Wir setzen uns für regionalspezifische Lösungen ein. Mobilität ist heute mehr denn je auch eine soziale Frage. Der Besitz eines eigenen Autos, der Zugang zu Bussen und Bahn entscheidet über die Teilhabe der Menschen am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben. Wird dieser Zugang erschwert oder verteuert, hat dies immer Konsequenzen für einzelnen Personen oder Gruppen. Wir setzen uns für eine Mobilität ein, die niemanden ausgrenzt und dennoch nachhaltig ist.

Das werden wir tun:

- Solange attraktive und bedarfsgerechte ÖPNV-Angebote auf Städte und ggf. deren Randgebiete konzentriert sind, ist das Auto für viele Menschen in ländlichen Regionen unumgänglich. Diese Tatsache gilt es zu akzeptieren. Wir werden deshalb spezifische verkehrspolitische Konzepte und Strategien für den ländlichen und den städtischen Raum erarbeiten und umsetzen.
- Der Schienenpersonennahverkehr (SPNV) und im Fernverkehr müssen verlässlich sein. Zusammen mit dem Bund, der Deutschen Bahn und den privaten Verkehrsgesellschaften werden wir eine Strategie zur Anbindung aller Regionen entwickeln. Wir schaffen eine enge Taktung zwischen den Thüringer Städten. Wir werden zudem den Abend- und Nachtverkehr auf der Schiene erhöhen. Wir werden darüber hinaus ein Nachtticket einführen.
- Wir setzen uns dafür ein, dass mehr von Thüringen im Bundesverkehrswegeplan angemeldete Vorhaben in die Kategorie dringlicher Bedarf aufgenommen werden und dass der Bund als Anteilseigner mit einem Investitionspaket die Deutsche Bahn bei der Beseitigung der offensichtlichen Missstände im SPNV und im Fernverkehr unterstützt. Investitionen in die Infrastruktur sind mit mehr Bundesmitteln ermöglichen, um notwendige Zugverbindungen zu ermöglichen, bestehende Lücken im Verkehrsnetz und Sanierungsrückstände abzubauen und damit die Attraktivität der Schiene zu erhöhen.
- Der öffentliche Personennahverkehr muss ansprechender werden. Wir setzen uns deshalb für die Schaffung eines flächendeckenden Thüringer Nahverkehrsverbund ein.
- Verkehrsplanung ist Städteplanung. Bei der Städteplanung muss der Individualverkehr immer als ein wichtiger Sachverhalt berücksichtigt werden. Wir werden dafür sorgen, dass die städtische Infrastruktur, wie bspw. Kindergärten, Schulen und Einkaufsmöglichkeiten, bei der Wohnungsbauplanung mitgedacht wird. Wenn öffentliche und kommerzielle Einrichtungen gut erreichbar sind, wird der Verkehr auf der Straße verringert.
- Einkaufsmöglichkeiten wurden in den zurückliegenden Jahrzehnten in vielen Städten und im ländlichen Bereich auf Flächen außerhalb der Siedlungen verlagert. Solche Einkaufszentren müssen zwangsweise mit dem Auto angefahren werden. Das schafft

unnötigen Verkehr. Wir wollen, dass bei der Städte- und Siedlungsplanung wohnortnahe Verkaufsmöglichkeiten Vorrang erhalten.

- Wir werden die Infrastruktur für den Fahrradverkehr verbessern. Hierzu gehören neben innerörtliche Fahrradspuren und sichere Abstellmöglichkeiten auch an geeigneten Stellen Fahrradschnellwege. Wir setzen das Radwegeprogramm im Tourismus auf hohem Niveau fort.
- Der Öffentliche Personennahverkehr muss bezahlbar und kalkulierbar sein. Wir wollen für die Bürgerinnen und Bürger stabile Monats- und Jahresabos für den ÖPNV. Für Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren werden wir ein kostenloses Thüringen Ticket einführen.
- Die Förderung von batteriebetriebenen Fahrzeugen, Brennstoffzellenfahrzeug oder aufladbaren Hybridelektrofahrzeug durch den Bund in Höhe von aktuell 2.000 Euro unterstützt Menschen, die in der Lage sind, 30.000 Euro und mehr für ein familientaugliches Fahrzeug auszugeben. Der Umweltbonus richtet sich damit ausschließlich an Besserverdienende. Wir prüfen, inwieweit parallel zum Umweltbonus für Elektrofahrzeuge einen Umweltbonus in gleicher Höhe für Nachrüstungen herkömmlicher Fahrzeuge möglich ist. Wir setzen uns dafür ein, dass die hierzu notwendigen Mittel die Fahrzeughersteller in Deutschland bereitstellen. Die Deutsche Umwelthilfe hat hier den Vorschlag eines Fonds eingebracht: Von den Fahrzeugherstellern werden pro manipuliertem Dieselfahrzeug 5.000 Euro Strafe abverlangt und in einen Fonds überführt. Aus diesem Fonds wären die Hardware-Nachrüstungen zu finanzieren.
- Der Weg zwischen Arbeitsplatz und Wohnort ist für viele Menschen, der am häufigsten genutzte Weg. Wenn der Individualverkehr und die Umweltbelastung verringert werden sollen, muss an dieser Stelle angesetzt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass Monats- und Jahresabos zusätzliche Anreize für einen Umstieg vom Auto auf die Bahn enthalten.
- Wir werden dafür sorgen, dass Lücken im Personennahverkehr, dort wo es möglich ist, durch Car-Sharing-Angebote, durch Ruftaxis und Rufbusse ersetzt wird. Nur so kann den individuellen Mobilitätsanforderungen der Menschen besonders im ländlichen Raum entsprochen werden.
- Die Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs muss auch finanziell gefördert werden. Wir setzen uns dafür ein, dass Ausgaben für Monats- und Jahresabos im Personennahverkehr sowie Beiträge für Car-Sharing-Angebote für Geringverdiener erschwinglich sind.
- Wir sorgen dafür, dass das viel zu große Delta zwischen Ist und Soll bei Infrastruktur und Baumaßnahmen geschlossen wird, indem wir Planungsabläufe effizienter gestalten und organisatorische bzw. personelle Engpässe beseitigen.

... für eine lebendige Kultur

Kunst und Kultur sind Ausdruck des gesellschaftlichen Lebens. Sie spiegeln unsere vielfältige, lebendige Gesellschaft und deren Entwicklung. Zugleich kritisieren Kunst und Kultur, prangern Missstände an und schaffen zugleich die Grundlage, uns über Grenzen hinweg zu verständigen.

Ziel sozialdemokratischer Kulturpolitik ist es, kulturelle Teilhabe für alle Menschen zu ermöglichen. Deshalb setzen wir uns für flächendeckende Kulturangebote ein und stärken die Angebote zur kulturellen Bildung. Denn kulturelle Bildung fördert die Entwicklung der Persönlichkeit, sie verbindet und ermöglicht gesellschaftliche Teilhabe. Darüber hinaus gehören zu den Leitlinien der Kulturpolitik der Thüringer SPD die Verbesserung der Arbeits- und Existenzbedingungen von Künstlerinnen und Künstlern und die Sicherung der Entwicklungsmöglichkeiten kultureller Einrichtungen.

Das kulturelle Erbe Thüringens ist einzigartig. Es umfasst die Residenzkultur, die ehemaligen Reichsstädte und die Anfänge der Industrialisierung. Von hier aus formten sich soziale und künstlerische Bewegungen. Von hier aus wurde Parteiengeschichte geprägt. Thüringen ist ferner

Geburtsstätte der Weimarer Republik. Wir sind als Land mit dem Erbe zweier Diktaturen mit unterschiedlicher Ausprägung, die bis heute mit ihren Repressionen und dem Zivilisationsbruch des Nationalsozialismus in der Gesellschaft wirkmächtig sind, in besonderer Verantwortung für die Erinnerungskultur. Dies ist zugleich Chance, ein noch stärkeres Bewusstsein für die Demokratie und ihre Gefährdungen zu entwickeln. Wir sehen die zentralen Aufgaben der Thüringer Kulturpolitik darin, dieses geistige und materielle Erbe zu pflegen, zu vermitteln und fortzuschreiben. Denn Kultur muss auch öffnen und Neues schaffen können.

Die unvergleichliche Dichte an kulturhistorischen Bauten stellt in Thüringen eine besondere Herausforderung dar. Dies gilt nicht nur für den Erhalt und die Sanierung der vielen Schlösser, Burgen und Gärten, sondern auch für die Entwicklung von Nutzungskonzepten. Kultur ist mehr als bloßes Bewahren. Wir werden deshalb mit Akteuren vor Ort und auf Landesebene überlegen, wie wir unsere Schlösser, Burgen und Gärten besser mit Leben füllen und so zu Orten machen, die auch neue Impulse in das Land geben.

Das werden wir tun:

- Wir werden die Arbeits- und Existenzbedingungen von Künstlerinnen und Künstlern in Thüringen verbessern. So müssen die öffentliche Hand und die öffentlich geförderten Einrichtungen angemessene Honorare zahlen.
- Einrichtungen wie Bibliotheken, Museen und Archive, die unser kulturelles Erbe erhalten, haben gerade im ländlichen Raum auch eine soziale Funktion als Treffpunkt und als Ort des Austauschs. Wir werden diese Einrichtungen dabei unterstützen, sich als „dritten Ort“ zu profilieren.
- Die Thüringer SPD bekennt sich ausdrücklich zur Einrichtung eines Landesmuseums in der Erfurter Defensionskaserne. Wir anerkennen vorbehaltlos die Chance, die ein solches Landesmuseum für die Entwicklung des Erfurter Petersbergs als Kulturareal sowie als „Fenster zu Thüringen“ für andere Museen und Kultureinrichtungen haben kann. Die Schaffung dieser neuen Einrichtung darf aber nicht dazu führen, dass das traditionsreiche Museum für Ur- und Frühgeschichte Thüringens in Weimar geschlossen wird. Alle Möglichkeiten zum Erhalt des Weimarer Museums, auch dessen Überführung in eine andere Trägerschaft, sind daher vorbehaltlos zu prüfen.
- Wir werden Kultur als freiwillige Aufgabe der Kommunen stärken: Kommunen sollen künftig auch in Haushaltsnotlage einen höheren Anteil ihrer Mittel als bisher für sogenannte freiwillige Aufgaben einsetzen dürfen.
- Unsere Museen können sich noch besser für bisher wenig erreichte Zielgruppen öffnen. Dazu benötigt es ein besseres Vermittlungsangebot und eine größere Reichweite. Wir setzen uns ein für ein Bildungspaket für Museen, das analoge und digitale Vermittlungsangebote häuserübergreifend ermöglicht.
- Wir wollen das Gedenkstättenkonzept des Landes überarbeiten und an heutige wissenschaftliche und museumspädagogische Erkenntnisse und Vermittlungsformen anpassen. Dies auch vor den Hintergrund, dass es Zeitzeugen der NS-Zeit und der frühen DDR zunehmend nicht mehr gibt. Die Initiativen und Einrichtungen zu Aufarbeitung der SED-Diktatur werden partizipatorisch eingebunden. Daraus folgend sind die notwendigen Förderungen zielgerecht anzupassen.
- Wir werden Bibliotheken, Museen und Archive zu modernen, niedrigschwellig nutzbaren Institutionen von kultureller Bildung ausbauen. Geeignete Instrumente sind: Digitalisierung und zielgruppenspezifische Vermittlungsangebote.
- Wir setzen uns auf Bundesebene für eine bessere rechtliche Absicherung künstlerischer Leistungen z.B. im Urheberrecht ein.
- Wir werden Vernetzungen von Akteuren im Kulturbereich stärken. Für Kooperationen von kulturellen Einrichtungen, die gerade im ländlichen Raum ein kulturelles Angebot sichern, werden wir finanzielle Anreize schaffen.
- Wir unterstützen das Programm der Thüringer Projektmanager. Wir werden das Programm evaluieren und, so sich der Bedarf nachweisen lässt, ausweiten.

- Wir werden in der nächsten Legislaturperiode dafür sorgen, dass der Sanierungsstau der Stiftung Thüringer Schlösser und Gärten reduziert wird. Hier halten wir ein Ziel von jährlich zehn Prozent Reduzierung für angemessen und erfüllbar.
- Wir werden die kulturelle Bildung in Thüringen stärken, um noch mehr Jugendlichen – gerade auch im ländlichen Raum – Zugang zu Kunst und Kultur und damit zur gesellschaftlichen Teilhabe zu ermöglichen.
- Wir schaffen einen „Innovationsfonds Jugend und Kultur“, in dessen Rahmen sich Kultureinrichtungen mit Projekten im Bereich der kulturellen Bildung für Kinder und Jugendliche bewerben können.
- Wir werden neue Themenfelder in Kunst und Kreativwirtschaft besser unterstützen. Hierzu wollen wir beispielsweise ein Förderprogramm auflegen, das auf die „Gamesbranche“ als Symbol der Kreativität und Kultur der neuen Generation stärker abzielt.

... mit Lust auf Europa und die Welt

Von einem einigen, starken und weltoffenen Europa profitiert Thüringen im Herzen Deutschlands und Europas ganz besonders. Kein europäisches Land allein kann sich im Konzert der Weltmächte Gehör verschaffen und sich erfolgreich für eine regelbasierte und multilaterale Weltordnung einsetzen. Kein Land allein kann die Flüchtlingskrise meistern oder erfolgreich eine gute wirtschaftliche und politische Entwicklung in Afrika und Vorderasien befördern. Kein Land allein kann den globalen Kapitalismus zur sozialen Marktwirtschaft zähmen. Kein Land allein kann gerechte Steuern und einen starken Sozialstaat sichern, kann den globalen Finanzsektor bändigen. Kein Land allein kann in unserer europäischen Währungsunion erfolgreich sein. Kein Land allein kann so überzeugend offene und faire Handelspolitik betreiben, wie die Europäische Union gemeinsam mit dem größten Binnenmarkt der Welt im Rücken. Keinem Land allein werden Klimaschutz und Energiewende gelingen. Kein Land allein kann die menschliche Ausgestaltung der fortgesetzten digitalen Revolution schaffen.

Die SPD Thüringen setzt sich für ein einiges und starkes, soziales und weltoffenes, demokratisches und freiheitliches Europa mit einem starken gemeinsamen Menschenrechts- und Grundrechtsfundament ein. Nur mit vereinten Kräften hat Europa die Chance, die globalen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu meistern, unserer Verantwortung in der Welt und für die nachkommenden Generationen gerecht zu werden und unseren Bürgerinnen und Bürgern zu dienen.

Das werden wir tun:

- Wir stellen gute Arbeit, soziale Leitplanken und eine nachhaltige Wirtschaft ins Zentrum unserer europapolitischen Initiativen. Dabei sind die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen (SDG) unsere Richtschnur. Ein soziales Europa braucht starke Arbeitnehmerrechte, handlungsfähige Gewerkschaften und durchsetzungsfähige Betriebsräte, um die Interessen der arbeitenden Menschen in Europa effektiv zu vertreten. Dem Lohndumping sagen wir den Kampf an. Wir setzen auch in Zukunft auf Investitionen mit Hilfe der EU in moderne Infrastrukturen, in Bildung, Forschung und Entwicklung.
- Thüringen hat von Investitionen der EU in den letzten Jahrzehnten in vielen Bereichen profitiert. Die gute wirtschaftliche Dynamik führt allerdings – zusammen mit dem Brexit – dazu, dass die Strukturmittel in den kommenden Jahren deutlich weniger werden. Wir werden uns deshalb mit den anderen ostdeutschen Ländern dafür einsetzen, dass wegen der besonderen Herausforderungen in Ostdeutschland ein möglichst hohes Niveau der Förderung auch in die nächste Förderperiode gewährleistet ist. Gleichzeitig stellen wir mit den Thüringer Akteuren die Weichen, um die europäischen Fördermöglichkeiten jenseits der Strukturfonds noch besser für Thüringen zu nutzen. Wir werden vereinfachte Förderverfahren für die europäischen Strukturfonds auf den Weg bringen.

- Wir werden auch in Zukunft regionale und Städtepartnerschaften, wie sie u. a. mit Polen, Frankreich, Litauen, Russland oder Ungarn bestehen, weiterentwickeln und fördern. Damit stärken wir den Austausch in Bildung, Kultur, Wirtschaft und Gesellschaft in Europa.
- Die Thüringen SPD nutzt alle Möglichkeiten in Brüssel und in Berlin, im Ausschuss der Regionen und im Bundesrat, um Initiativen hin zu einem sozialeren und einigen Europa zu unterstützen. Insbesondere setzen wir uns ein für einen europäischen Mindestlohn, eine europäische Arbeitsbehörde sowie eine europäische Steuerpolitik, die Steuerschlupflöcher schließt.
- Europa muss sich weiterentwickeln – hierbei wollen wir aktiv mitwirken. Wir wollen, dass Thüringen sich über den Ausschuss der Regionen und unsere Vertretungen in Brüssel für die Weiterentwicklung der europäischen Idee stark macht, damit sich unsere Bürgerinnen und Bürger auch künftig mit der europäischen Idee identifizieren können. Hierzu werden wir unsere Europaschulen weiter unterstützen und prüfen, wie wir die europäische Idee noch stärker an allen Schulformen verankern können.
- Wir wenden uns mit aller Entschiedenheit gegen jene politischen Kräfte, die das europäische Projekt durch Rechtspopulismus oder Nationalegoismus zu zerstören drohen. Wir bauen hierzu die politische Bildung gerade in Bezug auf europäische Themen aus und stärken die Förderung für Schüler- und Studierendenaustausche. Auf europäischer Ebene unterstützen wir die Ausweitung des Programm Erasmus+.

... für solide Finanzen und Gestaltungsspielräume von morgen

Verantwortungsvolle Finanzpolitik bringt Zukunftsinvestitionen und einen sparsamen Umgang mit öffentlichen Mitteln in einen harmonischen Einklang. In einer Strategie der finanzpolitischen Vernunft, einem Dreiklang aus Zukunftsinvestitionen, Sparen und Einnahmeerhöhungen sehen wir den Schlüssel für eine solide Finanzpolitik in Thüringen. Klare Prioritätensetzungen und eine planmäßige Begrenzung der Ausgaben schaffen die notwendigen Gestaltungs- und Spielräume in der Landespolitik.

Das werden wir tun:

- Nur durch anhaltend solides Haushalten und eine klare Priorisierung entstehen Freiräume für die Umsetzung künftiger Zukunftsprojekte.
- Wir werden den Landeshaushalt konsequent an den Herausforderungen der Zukunft ausrichten. Dafür sind eine hohe Investitionsquote mit einem besser Mittelabfluss, eine auskömmliche Finanzausstattung der Kommunen, eine zukunftsfeste Personalausstattung der öffentlichen Hand auf allen Ebenen und eine anhaltende Schuldentilgung gleichermaßen wichtig. Die Senkung von Schulden eröffnet mehr Bewegungsfreiheit im Landeshaushalt, um neue Vorhaben zu planen und umzusetzen.
- Wir werden für die Zukunft vorsorgen. Mit einer gesetzlich fixierten Konjunkturausgleichsrücklage wollen wir eine regelgebundene Rücklage einrichten. Diese sichert die Handlungsfähigkeit in Zeiten von weniger stark sprudelnden Steuereinnahmen.
- Wir werden eine klare Prioritätensetzung in der Förderung vornehmen. Förderprogramme sollen effizient und transparent gestaltet und eingesetzt werden. Wir werden die Landesprogramme konzentrieren und vereinfachen, um bessere Voraussetzungen für wichtige Investitionen in Schulen, Infrastruktur und Soziales zu schaffen. Unser Ziel ist es, die Investitionsquote im Ist wieder auf 13 Prozent zu erhöhen.

... für ein sportliches Thüringen

Fast 370.000 Menschen sind in den knapp 3.400 Thüringer Sportvereinen organisiert. Mit Recht kann der organisierte Sport im Freistaat damit für sich in Anspruch nehmen, die „größte Bürgerbewegung im Lande“ zu sein.

Seit über einem Vierteljahrhundert setzt sich daher die SPD engagiert für die Belange des Thüringer Sports ein. In der Anfangszeit des Landes lag unser Augenmerk vor allem auf dem strukturellen und organisatorischen Neuanfang des Sports nach dem Ende der DDR sowie auf dem gesellschaftlichen und sportpolitischen Umgang mit Stasi-Belastungen und Dopingverbrechen. In den Folgejahren sind dann immer stärker die Fragen der staatlichen Sportförderung zur Unterstützung der gesamten Breite des Sports vom Schulsport, dem Breitensport, dem Behindertensport bis hin zum Spitzensport in den Fokus genommen worden. Notwendigkeiten der Sanierung und des Ausbaus der Sportinfrastruktur in allen Regionen und für eine Vielzahl von Sportarten standen auf der Agenda. Darüber hinaus war die Stärkung von Oberhof als Zentrum des Wintersports und als Austragungsort internationaler Sportwettkämpfe von großer Bedeutung.

Das werden wir tun:

- Wir sprechen uns klar gegen Doping aus und setzen uns für einen sauberen Sport in Thüringen ein.
- Die partnerschaftliche Zusammenarbeit der Landespolitik mit dem Thüringer Sport werden wir ausbauen und weiter stärken. Dazu soll insbesondere ein Sonderinvestitionsprogramm zum Sportstättenbau und zur Sportstättenanierung beitragen. Wir streben eine jährliche Ausstattung mit mindestens 10 Millionen Euro an.
- Wir werden die Sportstättenförderung auf dem aktuellen Niveau verstetigen. Gleichzeitig werden wir ein Sonderprogramm Schwimmbadförderung auflegen, mit dem ein einmaliger Investitionsbetrag zur Sanierung von kommunalen Schwimmbädern zur Verfügung gestellt wird.
- Wir werden Oberhof als Leuchtturm des Sports und Tourismus weiter stärken. Hierzu werden wir weitere Investitionen in die Sportstätten vornehmen und gleichzeitig den Standort für ganzjährige Nutzungen im Sommer ertüchtigen.
- Wir werden die Vielfalt des Sportlandes Thüringen stärker in den Mittelpunkt rücken. Sportliche Höhepunkte in den Regionen wollen wir stärker für das Marketing im Tourismus nutzen, um so interessierte Gäste aus aller Welt nach Thüringen zu holen.
- Wir werden das Ehrenamt in den Thüringer Sportvereinen stärker unterstützen. Hierzu werden wir über den Landessportbund einen ersten Schritt hin zu einer Aufwandsentschädigung für die Trainerinnen und Trainer gehen. Ihr Engagement soll so spürbar gewürdigt werden.

**Unser Programm. Unser Angebot. SPD Thüringen.
Mutig. Konkret. Sozial.
Lust auf Zukunft. Lust auf Thüringen**

B1 | Familienrecht vs. Kindeswohl

Wir wollen keine gesetzliche Festlegung auf ein allgemeingültiges verpflichtendes Umgangsmodell. Wir wollen es Eltern und, falls diese sich nicht gütlich einigen, auch den Familiengerichten ermöglichen, den Kindesumgang flexibel und nach den jeweiligen Umständen des Einzelfalls zu regeln. Für uns ist dabei eines klar: Das entscheidende Kriterium für die Umgangsregelung muss allein das Kindeswohl sein.

Gerade in Fällen mit hochstrittigen Eltern und/oder häuslicher Gewalt darf das Wechselmodell nach den vorliegenden wissenschaftlichen Erkenntnissen keine Anwendung finden.

Im Mittelpunkt der gemeinsamen Betreuung der Kinder nach Trennung der Eltern muss – unter Berücksichtigung ALLER Faktoren – das Kindeswohl stehen - und hierin auch die Gefahr der Kinderarmut berücksichtigt und gebannt werden. Deshalb werden wir uns auf allen politischen Ebenen gegen ein allgemeingültiges verpflichtendes Umgangsmodell engagieren.

I1 | Für einen echten Schutz von Urheber*innen und den Erhalt des freien Internets – Aktuellen Entwurf der EU-Urheberrechtsreform ablehnen

Die SPD Thüringen lehnt den Richtlinienentwurf der EU-Urheberrechtsreform in der aktuellen Form ab. Die von SPD und Union im Koalitionsvertrag ausgehandelte, klare Ablehnung von Uploadfiltern bleibt für uns bestehen.

Aus diesem Grund fordern wir die sozialdemokratischen Mitglieder des Europäischen Parlaments auf, dem Gesetzesentwurf in der jetzigen Form nicht zuzustimmen und eine Veränderung von Artikel 11, 12 und 13 vorzunehmen.

Ferner fordern wir unsere sozialdemokratischen Mitglieder in der Bundesregierung dazu auf, auf eine veränderte Fassung der Artikel 11, 12, und 13 der EU-Urheberrechtsreform hinzuwirken und dabei jeden möglichen Vorschlag für Uploadfilter abzulehnen.

Die SPD Thüringen unterstützt die „SaveYourInternet“-Demo am 23. März ab 14.30 Uhr in Erfurt, als Teil der bundesweiten und europaweiten Kampagne gegen Artikel 13, und ruft zur Teilnahme auf.

I3 | Dopingstrukturen in Thüringen aufarbeiten und Konsequenzen ziehen

Die ASG Thüringen fordert die SPD-Landtagsfraktion sowie die Landesregierung auf, die Zusammenhänge und Hintergründe des aktuellen Dopingskandals auch politisch umfassend aufzuarbeiten. Es soll die Frage beantwortet werden, wie von Erfurt aus ein über Deutschland hinaus weites Netzwerk entstehen konnte und welche strukturellen Bedingungen dies ermöglicht haben. Dieser Prozess sollte beantworten, wer welche Verantwortung trägt und welche Konsequenzen das Land daraus strukturell für die Zukunft ziehen kann, beispielsweise im Rahmen der Sportförderung. Dabei sollte parallel eine umfassende Information der Öffentlichkeit erfolgen.

[Weiterleitung an: SPD-Mitglieder des Landtags und der Landesregierung]

I4 | Angleichung der Arbeitszeit Ost – für die 35-Stundenwoche in der Metall- und Elektroindustrie Ostdeutschlands

Die SPD Thüringen erklärt sich solidarisch mit dem Kampf IG Metall in den ostdeutschen Tarifgebieten der Metall- und Elektroindustrie um die Einführung der 35-Stunden-Woche.

Für die Thüringer Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist diese Tarifaufeinanderersetzung ein wichtiger Beitrag hin zu mehr Vereinbarkeit von Arbeit und Beruf und zu mehr Selbstbestimmung abhängig Beschäftigter in der Arbeitszeit. Gerade in Zeiten des Fachkräftemangels ist es nach unserer Auffassung von Bedeutung, dass die hiesige Industrie in ihren Arbeitsbedingungen dem Westen in nichts nachsteht. Darüber hinaus ist nach unserer Überzeugung die Verkürzung der Arbeitszeit der richtige Weg, um der durch Digitalisierung und Transformation getriebenen Rationalisierung von Arbeitsplätzen entgegenzuwirken.

Die IG Metall unternimmt den Versuch in der Leitbranche für die deutsche Industrie durch die Verkürzung der Arbeitszeiten dem Ziel gleichet Lebens- und Arbeitsverhältnisse in der Bundesrepublik näher zu kommen. Dieser Kampf verdient unsere uneingeschränkte Solidarität und Unterstützung.

Die Thüringer Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind aufgefordert, sich an den begleitenden Aktivitäten und Aktionen der IG Metall zu beteiligen und ihre Solidarität im Rahmen der anstehenden Mai-Kundgebungen zum Ausdruck zu bringen.